DIE ERHEBUNG DER GRAFEN VON NASSAU IN DEN REICHSFÜRSTENSTAND

INAUGURAL-DISSERTATION
VON WOLFGANG RUDORFF

GENEHMIGT VON DER PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT
DER FRIEDRICH-WILHELMS-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

TAG DER PROMOTION: 13. JUNI 1921

GEDRUCKT BEI
A. WESEMANN • BERLIN SW 11 • KÖNIGGRÄTZER STRASSE 109

99

REFERENTEN:
PROFESSOR DR. MICHAEL TANGL, GEH. REG.-RAT
PROFESSOR DR. DIETRICH SCHÄFER, GEH. REG.-RAT

DIE ERHEBUNG DER GRAFEN VON NASSAU IN DEN REICHSFÜRSTENSTAND

INAUGURAL-DISSERTATION
VON KARL WOLFGANG RUDORFF

GEDRUCKT BEI
A. WESEMANN, BERLIN SW 11, KÖNIGGRÄTZER STRASSE 109

LEBENSLAUF

Als Sohn des Gymnasialprofessors Karl Rudorff und seiner Ehefrau Käthe geb. Krafft bin ich, Karl Wolfgang Rudorff, am 17. 10. 1893 zu Elbing in der Provinz Westpreußen geboren. Ich bin lutherischen Bekenntnisses. Meine Ausbildung erhielt ich auf dem Kgl. Gymnasium zu Elbing, das ich Ostern 1913 mit dem Zeugnis der Reife verließ.

Seitdem studiere ich in Berlin Geschichte, Philologie, Philosophie und Staatswissenschaften und hörte besonders Vorlesungen bei den Herren Professoren Dessau, Dessoir, Eberstadt, Erdmann, Herkner, Heusler, Hirschfeld, Hoetzsch, Lasson, Meinecke, Ed. Meyer, Roethe, Schäfer, Sering, Stumpf, v. Wilamowitz-Moellendorf. Ich nahm teil besonders an den Uebungen der Herren Professoren: Hirschfeld, Hoetzsch, Ed. Meyer, Paul M. Meyer, Roethe, Sering, Tangl.

Meinen hochverehrten Lehrern, Herrn Geheimrat Hirschfeld und vor allem Herrn Geheimrat Tangl, bin ich zu aufrichtigstem Dank verpflichtet. An dieser Stelle sei es mir auch erlaubt, der steten Hilfsbereitschaft des Herrn Geheimrats Wagner vom Staatsarchiv Wiesbaden zu gedenken.

Für den größten Teil des Krieges wurde ich seit der Mobilmachung durch den Heeresdienst dem Studium entzogen.

Zu den wichtigsten Merkmalen für die Ausbildung des neueren Reichsfürstenstandes seit dem Ende des 12. Jahrhunderts gehören die Erhebungen in den Fürstenstand, die von da ab ausdrücklich beurkundet werden. Unter diesen muß die Urkunde für die Grafen von Nassau vom 25. September 1366 zu Würzburg als umstritten gelten. Denn von ihrem Fürstenstand ist gleichwohl in der Folgezeit nichts wahrzunehmen, bis dann seit der Mitte des 17. Jahrhunderts die einzelnen Zweige des Hauses zu Fürsten erhoben werden.

Diese Tatsache schließt offenbar einen Widerspuch in sich. Fand wirklich im 14. Jahrhundert eine Erhebung statt, so war eine solche später überflüssig, falls man nicht gerade annehmen will, das Diplom von 1366 sei in Vergessenheit geraten und die neue Würde habe damit ihre Rechtskraft eingebüßt. Das ist aber durchaus nicht der Fall, wie noch im einzelnen darzulegen sein wird. So muß man wohl, um eine Lösung herbeizuführen, eine Anfechtung der erwähnten Urkunde in Betracht ziehen. Auf diesen Standpunkt hat sich auch zuerst Ficker gestellt, der sie für untergeschoben erklärte,[1]) dann aber für ihre Echtheit eintrat.[2]) Wer aber dieser Lösung beipflichtet, muß die Erklärung versuchen, auf welche Weise überhaupt der Zwiespalt zwischen Rechtshandlung und Wirkung statthaben konnte. Oder ist nicht noch ein dritter Ausweg möglich, konnte die kaiserliche Verfügung nicht nur eine leere Phrase enthalten? Diese Frage stellen, heißt sie verneinen müssen; darf doch keinen Augenblick daran gezweifelt werden, daß den klaren und einwandfreien Ausdrücken der Ehrung unumgänglich eine bestimmte Bedeutung beizulegen ist. Welcher Art sie zu sein scheint, soll die folgende Untersuchung zeigen, und nur indem auf der einen Seite

[1]) Vom Reichsfürstenstand I § 79, 163.
[2]) Forschungen II § 264, Reichsfürstenstand II § 333.

eine Fälschung nachgewiesen wird oder sich auf der anderen eine tatsächliche Erhellung des angedeuteten Widerspruchs ermöglichen läßt, wird die Darstellung imstande sein, eine bis dahin fühlbare Lücke in der Kenntnis des neueren Reichsfürstenstandes auszufüllen.

Die in Betracht kommende Urkunde ist in zwei Fassungen erhalten: die lateinische findet sich mit den Willebriefen der Kurfürsten bei Lünig Reichsarchiv X S. 558 f., die deutsche ebenda XXII S. 638. Außerdem ist sie wiederholt im Auftrag der Grafen von Nassau gedruckt worden und hat auch bei Londorp Acta publica VI S. 829 f. Aufnahme gefunden. Die Originale befinden sich im Großherzoglich Luxemburgischen Hausarchiv Biebrich a. Rh. und sind auf meine Bitte im Staatsarchiv Wiesbaden abgeschrieben worden. An ihrer Echtheit scheint kein Zweifel zu bestehen.[3])

Kaiser Karl wendet sich an die Adresse „ad perpetuam rei memoriam illustri Johanni principicomiti de Nassow et domino in Merenberg consanguineo et fideli suo dilecto". Bedeutet „ad perpetuam rei memoriam" die allgemeine Kundmachung, so das Folgende die besondere Adresse. Eine solche Verbindung ist allerdings auffällig, doch keineswegs unmöglich.[4]) Mit illustris wird Johann ein Prädikat erteilt, das eins der wichtigsten Kennzeichen des Fürstenstandes bedeuten kann, aber er wird nicht einfach princeps genannt, sondern erhält die Bezeichnung princepscomes, Fürstgraf oder gefürsteter Graf. Die sich hieran anschließende Arenga ist in schwülstigen Ausdrücken gehalten und atmet durchaus schon den Geist des Humanismus. In ihr wird die kaiserliche Majestät als Gnadenspender gefeiert und hervorgehoben, wie ihr Glanz durch Auszeichnung anderer nur gewinne, und deshalb müsse Johann geehrt werden, der sich mitsamt seinen Vorfahren große Verdienste um Kaiser und Reich erworben habe. „illustrium principum, comitum, baronum et procerum sacri imperii sano accedente consilio" ist die Verfügung zustande gekommen. Eine solche Aufzählung der einzelnen Standespersonen gehört zu den selteneren Fällen, auch bei der Erhebung der Grafen von Luxemburg am 13. März 1354 spielt sie eine Rolle.[5]) Bei welcher Gelegenheit diese Beratung stattgefunden hat, das entzieht sich unserer Kenntnis. Zweifelhaft bleibt, ob es sich um eine unverbindliche Besprechung bei irgendeiner Zusammenkunft ohne besonderen Charakter gehandelt hat oder ob diese Darstellung auf eine ganz bestimmte Form hinweist, etwa gar auf einen vorausgehenden Reichstagsbeschluß. Von consensus oder assensus der Kurfürsten wird nichts geäußert,

[3]) Vgl. die Beilagen.

[4]) Herzberg-Fränkel Kaiserurkunden in Abbildungen, Lieferung 8, Text S. 218 f.

[5]) Siehe S. 14.

und das scheint doch darauf hinzudeuten, daß kein Willebrief vorzeitig erlassen ist. Dann wird die eigentliche Ehrung für Johann und seine Erben mit folgenden Worten ausgesprochen: „te .. illustramus, honoramus, libertamus, exaltamus et illustres principescomites creamus, ordinamus et facimus, ut videlicet principescomites existatis et in collegio principumcomitum, qui vulgari Theutonico gefurstetet graven dicuntur, inantea computemini.“[6] Bemerkenswert sind die Ausdrücke libertamus und exaltamus, die eine deutliche Erhebung in einen höheren Stand bezeichnen, aber wie aus dem Folgenden hervorgeht, eben nicht in den Fürstenstand schlechthin, sondern nur in den der principescomites, der gefürsteten Grafen, deren Kolleg sie zugeschrieben werden. Als solche sollen sie teilhaben an sämtlichen Ehrungen und Vorrechten, wie sie diesen zukommen, und besonders auch an kaiserlichen Ratssitzungen, an Kriegserklärung und richterlichen Befugnissen. Im Schluß werden die Stände unter Strafandrohung aufgefordert zu verkünden: „quatenus te .. et heredes tuos legittimos illustres principescomites nominent, intitulent, revereantur, honorent et condignis semper prosequantur studiis.“ Auch hier springt die Häufung der Ausdrücke in die Augen, die für die Ehrung angewandt werden. Danach folgt das kaiserliche Titelmonogramm, wie üblich, auf allen Seiten vom Text eingeschlossen und in diesem ausdrücklich erwähnt, das unter Karls Herrschaft gang und gäbe stets dieselben Buchstaben behalten hat.[6]) Schon die Invocatio, deren Anwendung bestimmten Voraussetzungen unterworfen ist, ließ ein kaiserliches Signum erwarten, und dem entspricht auch die darauf genannte verhältnismäßig große Zahl von 21 Zeugen und die Rekognition. Sie ist durch den Kanzler, Bischof Johann von Olmütz, vollzogen. Seit Ludwig dem Bayern eine feststehende Formel, diente sie nicht nur zur Beglaubigung, sondern sollte ebenso zur Verstärkung des Eindrucks beitragen. Als viertes Merkmal für die besondere Ausstattung der Urkunde hat dann die goldene Bulle zu gelten, die natürlich erst später zum Schutze mit einer Blechkapsel versehen wurde. Namenszeichen, Zeugenreihe, Rekognition und Goldbulle geben der Urkunde ein hervorragendes Ansehen, eine bemerkenswerte und höchst feierliche Form der Ausprägung, wie sie nur selten anzutreffen ist und schon dadurch der Auffassung entgegensteht, es könne sich hier unter Umständen nur um eine hohle Phrase handeln.[7])

Bei der Untersuchung der Zeugenreihe wird man von dem Gesichtspunkt auszugehen haben, ob die Genannten zu jener Zeit auch sonst noch als Urkundenzeugen nachweisbar sind. So ist Erz-

[6]) Kaiserurkunden in Abbildungen Lieferung 5 Nr. 10, 13.

[7]) Theodor Lindner, Das Urkundenwesen Karls IV. und seiner Nachfolger. Stuttgart 1882, S. 77, 80, 98.

bischof Gerlach mehrfach als Zeuge in Urkunden aufgeführt, die kurz vor dem 25. September 1366 und bald danach erlassen wurden. Noch am 14. September erscheint er in Frankfurt als Zeuge,[8]) und noch am 27. September bekundet er, daß er dabei war, als Kaiser Karl dem König Wenzel erlaubte, den Reichsbesitz von Heidingsfeld und Mainbernheim zu befestigen.[9])

Otto von Brandenburg ist gleichfalls am 14. September in Frankfurt anwesend, es ist also nicht abzusehen, warum er nicht am 25. September in Würzburg hätte sein können.

Bischof Albrecht von Würzburg steht sozusagen selbstverständlich auf der Liste, da ja die Urkunde dort ausgestellt wurde.

Bischof Peter von Chur ist mehrfach in Urkunden bezeugt, die aus jener Zeit stammen, so gleichfalls am 14. September in Frankfurt und am 1. Dezember in Nürnberg.[10])

Herzog Ruprecht von Brieg befindet sich am 7. September in Frankfurt.[11])

Markgraf Wilhelm von Meissen ist am 7., 12. und 14. September in Frankfurt, am 13. Februar mit dem Kaiser zusammen in Nürnberg.[12])

An der Beteiligung des Burggrafen Burchard von Magdeburg, des kaiserlichen Hofmeisters, darf schon wegen seines Amtes nicht im geringsten gezweifelt werden. Am 14. September hält auch er sich in Frankfurt auf, am 30. November ist er in Würzburg.[13])

Heinrich von Schwarzburg ist am 14. September in Frankfurt, am 13. Februar 1368 in Nürnberg.[14])

Die beiden Landgrafen Ulrich und Johann von Leuchtenberg sind am 14. September und 30. November mit den bereits Genannten bezeugt.

Graf Eberhard von Wertheim wird am 7. September in Frankfurt, sonst überhaupt selten genannt.[15])

Graf Ulrich von Helfenstein ist ebenso am 7. September und 30. November an den erwähnten Orten als Zeuge aufgeführt.

Gerlach von Hohenlohe bescheinigt am 7. September 1366 der Stadt Nürnberg an Stelle des Kaisers den Empfang von 2000 Gul-

---

[8]) Reg. Karls 4367.
[9]) Vogt-Vigener Regesten der Erzbischöfe von Mainz II Abt. I Bd. Leipzig 1913 Nr. 2151.
[10]) Reg. Karls 4443.
[11]) Reg. Karls 4354.
[12]) Reg. Karls 4610 a.
[13]) Reg. Karls 4442.
[14]) Reg. Karls 4610 a.
[15]) Reg. Karls 4354.
[16]) Hohenlohisches Urkundenbuch III Stuttgart 1912 Nr. 330.

den,[16]) und am 13. Oktober wird ihm vom Kaiser verboten, das Kloster Ebrach zu behelligen.[17])

Andreas von Bruneck ist im ganzen wenig bezeugt, am 7. Juni 1366 in Avignon,[18]) am 8. April 1369 in Lucca.[19])

Auch Ulrich von Hanau wird am 7. September 1366 in Frankfurt aufgeführt.

Borso von Riesenburg war als kaiserlicher Kammermeister sicher bei der Tagung in Würzburg. Er befand sich am 19. März 1366 in Prag,[20]) am 1. August 1370 war er gleichfalls dort.[21])

Für den Kammermeister Hasco von Zwirzetitz darf man denselben Standpunkt in Anspruch nehmen. Am 7. September und 30. November 1366 wird er als Zeuge in den erwähnten Orten genannt.

Desgleichen ist Thimo von Colditz an diesen beiden Tagen bezeugt.

Poto von Czastolowitz wird am 7. September erwähnt und dann am 10. März 1372 in Breslau.[22])

Wanco von Pottenstein tritt sonst nicht hervor.

Johann IX., Bischof von Olmütz, hat sich als Hofkanzler sicher in der Begleitung des Kaisers befunden.

Trotz der großen Zahl der unterfertigten Zeugen ist kein Widerspruch zwischen ihren Namen und der Zeit wahrzunehmen, und auch dieser Umstand darf als Stütze für die Echtheit der Urkunde angezogen werden. Wenn man aber trotz dieser Tatsache an einer Fälschung festhalten will, so wird man dann wenigstens der Annahme beipflichten dürfen, daß die Zeugenreihe einer echten Vorlage entnommen sein muß, die allein die Sicherheit gegen innere Widersprüche gewährleisten kann.

Eine entscheidende Stütze erhält die Urkunde vor allem dadurch, daß sie sich in der lateinischen Fassung auch als „creacio comitis in principem comitem“ in dem Formularbuch des Johann von Gelnhausen[23]) findet. Gelnhausen war Oberregistrator Karls gewesen und hatte in dieser Eigenschaft sein Formularbuch zum Gebrauch für die Notare in den königlichen und fürstlichen Kanzleien abgefaßt. Daß er sich hierbei nur auf Material stützte, das Anspruch auf Glaubwürdigkeit und Sicherheit bot, ist wohl selbst-

---

[17]) Reg. Karls 4610 a.
[18]) Reg. Karls 4174.
[19]) Reg. Karls 4736.
[20]) Reg. Karls 4298.
[21]) Reg. Karls 4863.
[22]) Reg. Karls 5023.
[23]) Hans Kaiser collectarius perpetuarum formarum Joannis de Geylnhusen Nr. 44.

verständlich, und da sein Werk durchaus als offiziöses zu betrachten ist, so muß die Aufnahme der Erhebungsurkunde von 1366 in seinen collectarius für die Zuverlässigkeit der Urkunde als einer Deckung gelten, die an Beweiskraft der einer Registereintragung unmittelbar nahe kommt. Ferner stellt auch die frühe Abfassung des Formularbuchs, die in den Brünner Aufenthalt Gelnhausens, also in den Zeitraum von etwa 1380—87 fällt, das beste Leumundszeugnis für die Echtheit der Urkunde aus.[24])

Die deutsche Fassung ist nicht als bloße Uebersetzung der lateinischen aufzufassen; sie ist vielmehr eine Ausfertigung für sich, und das kommt ja häufig genug vor, wo ein Diplom doppelt ausgeführt wird. Soviel ist klar, daß auch dieser Umstand für die Echtheit spricht.

Auch hier werden die Dienste Johanns und seiner Vorfahren um das Reich hervorgehoben. Aber Johann erhält an dieser Stelle nicht das dem Prädikat „illustris" entsprechende hochgeboren, sondern nur edel. Dann heißt es: „mit rate unserer fursten .. hohen, wirden, freyen und eren wir den egenanten unsern neven und .. wollen, daz er und sine erben .. gefurstete, gefreyte und hochgebornen graven sin sullen." Diese Bezeichnungen entsprechen im allgemeinen den lateinischen, auch hier ist also nicht von einer Erhebung in den Fürstenstand an sich, sondern nur zu gefürsteten Grafen die Rede. Desgleichen sollen sie als Richter walten und teilnehmen an den kaiserlichen Räten „gefurster, gefrieter und hochgeborner graven genozz". Damit ist wohl das Kolleg der gefürsteten Grafen gemeint, das die lateinische Fassung zitiert. Gleichwohl mutet dieser Ausdruck fremd an. Es scheint so, als wenn damit die Fürstengenossen identisch sind, die das Staatsrecht kennt. Denn gefürstete Grafengenossen sind eben nichts weiter als Fürstengenossen. Im übrigen werden ihnen dann dieselben Ehren und Vorrechte zugebilligt wie den andern gefürsteten Grafen, genau wie es das lateinische Diplom ausdrückt. Zum Schluß werden die einzelnen Stände ermahnt, die hier ausführlicher genannt sind, wofür aber die Strafandrohung in Fortfall gekommen ist, daß sie Johann und seine Erben „als gefurstente, gefriete und hochgeborne graven eren, wirden, nennen, haben und halden sullen". Das entspricht der lateinischen Ausfertigung, aber dort wird stets nur von principescomites gesprochen, während hier wieder die Attribute „gefriete und hochgeborne" gebraucht werden. Daran reihen sich Ausstellort und Datum, dagegen fehlen die Zeugen. Ein Unterschied in der Erhebung besteht also nicht.

Um nun zur Feststellung gelangen zu können, welcher Art die Ehrung ist, die den Grafen von Nassau hierdurch zuteil wurde,

[24]) Harry Breslau Handbuch der Urkundenlehre II Bd. 1915 S. 276.

wird man am besten die übrigen Urkunden zum Vergleich heranziehen, durch die Erhebungen in den Reichsfürstenstand stattfanden.

1. Die betreffende Urkunde für Otto von Braunschweig datiert vom August 1235. Es heißt da: „Nos autem .. predictum castrum de Luneburch cum omnibus castris, pertinenciis et hominibus suis, quemadmodum ex eiusdem Ottonis assignatione in proprietatem accepimus, in presentia principum in imperium transtulismus et concessimus, ut per imperium infeodari deberet. Quapropter cum consilio, assensu et assistencia principum civitatem Brunswich et castrum Luneburch cum omnibus castris, hominibus et pertinenciis suis univimus et creavimus inde ducatum et imperiali auctoritate dictum consanguineum nostrum Ottonem ducem et principem facientes ducatum ipsum in feodum imperii ei concessimus." Auch Zeugen sind zum Schluß genannt. Der Vorgang ist klar: der Kaiser bestimmt die Burg Lüneburg, die ihm Otto zur Verfügung gestellt hat, zur lehnsweisen Vergabung. Darauf vereinigt er Braunschweig und Lüneburg, erhebt dieses Gebiet zum Herzogtum, macht Otto zum Herzog und Fürsten und gibt ihm das Herzogtum als Reichslehen. Einmal verdient hervorgehoben zu werden, daß Otto zum Fürsten und Herzog erhoben wird, und zweitens wird ihm auch ein Herzogtum gegeben. Dem Fürstenstand entspricht also auch ein Fürstenland.[25])

2. Auch die Belehnungsurkunde Rudolfs für seine Söhne vom 27. Dezember 1282 gehört hierher. Zwar handelt es sich nicht um Aufrichtung eines neuen Fürstentums, sondern nur um eine Vergabung an bisher zum Fürstenstand nicht gehörige Personen, aber der Vorgang selbst ist mit jenem identisch. Die entscheidende Stelle lautet: „de libero et expresso consensu imperii principum ius in electione regis Romani ex longa consuetudine tenencium principatus sive ducatus Austriae, Stirie, Carniole et Marchie cum universis suis honoribus, iuribus, libertatibus et pertinenciis .. illustribus Alberto et Rudolfo filiis nostris Karissimis apud Augustam sollempniter cum vexillis et sollempnitate debita concessimus in feodum ac principum imperii numero, consorcio et collegio aggregantes eosdem et ipsis ius principum concedentes, ab eis pro principatibus memoratis fidelitatis et homagii recepimus iuramentum." Gleichfalls wird hier auf die Zustimmung der Kurfürsten Bezug genommen, deren Willebriefe denselben Vorgang beleuchten. Albert und Rudolf werden in das Fürstenkolleg eingereiht, während Johann von Nassau nur Zutritt zum Kolleg der gefürsteten Grafen bekommt, und erhalten fürstliche Rechte. Durch die Belehnung mit den erwähnten Gebieten wird ihrer Herzogswürde die reale Grundlage gegeben.[26])

[25]) Const. II Nr. 197. S. 263.
[26]) Const. III Nr. 339. S. 325.

Auch König Albrecht erhebt am 21. November 1298 seine Söhne mit denselben Worten zu Herzögen.[27])

Nicht anders ist die Urkunde vom 1. Februar 1286 zu bewerten, in der Rudolf Graf Meinhard von Tirol mit dem Herzogtum Kärnten belehnt. Es ist darin keine Bezugnahme auf die Zustimmung der Kurfürsten enthalten, obwohl bereits Herzog Albrecht von Sachsen am 29. März 1285 seinen Willebrief — nur dieser ist überliefert — gegeben hatte. In der Hauptsache wird ausgeführt: „Nos .. advertentes, quod crescente numero imperii principum Romanorum vires imperii sui roboris pariter et decoris suscipiunt incrementum, memoratum Meinardum pro se et suis heredibus de ducatu predicto terre Karinthie .. curavimus investire, eundem cum suis heredibus, qui sibi in eodem ducatu successerint, iuri, honori et titulo ceterorum imperii principum perpetuo ascribentes." Man sieht, wie Land und Stand untrennbar miteinander verbunden sind.[28])

3. Besonders wichtig ist die Erhebungsurkunde für Landgraf Heinrich von Hessen vom 11. Mai 1292: „Henrico principi nostro et imperii Karissimo ac heredibus ipsius imperpetuum castrum Boemeneburg .. et opidum Eschenwege .. concessimus et contulimus, concedimus et conferimus per presentes, ut ab ipso lantgravio et heredibus suis iugiter teneantur et possideantur a nobis necnon successoribus nostris in regno Romanorum et a sacro imperio in feodum nomine principatus, quodque idem lantgravius et sui heredes specialiter racione predictarum possessionum et bonorum pro principibus habeantur et radeant nitoribus gaudeantque suffragiis, honoribus ac privilegiis principatus." Deutlich tritt das Bestreben zutage, auch wirklich ein ausreichendes Gebiet zusammenzubringen, das für ein Fürstentum in Frage kommt. Dazu gibt Heinrich sein Allod Eschwege an den König und empfängt es als Reichslehen zusammen mit Boineburg zurück. Auch hier also gehören Fürstenstand und Fürstenland unauflöslich zusammen.[29])

4. Die Erhebungsurkunde für Graf Reinald von Geldern datiert vom 1. August 1317. Dort heißt es: „Nos de plenitudine potestatis regiae nomen principis comitatus titulo cumulando ipsum suosque heredes imposterum de gradu comitum exaltantes principum nostrorum et imperii perpetuo comprincipes facimus, ipsorum eos asscribentes numero et participio participes statuentes. Quapropter hoc edicto volumus regio et sanctimus, ut idem Reynaldus noster dilectus princeps suique ut premittitur heredes privilegio in omnibus prin-

---

[27]) Const. IV. 1. Nr. 41. S. 35.
[28]) Const. III Nr. 375. S. 356.
[29]) Höhlbaum Zur Geschichte der Verleihung der Reichsfürstenwürde an Landgraf Heinrich von Hessen. Mitt. Oberrh. Gesch. Ver. N. F. 4. Bd. 1893 Const. III Nr. 476, S. 464.

cipum gaudeant et utantur, in monetis videlicet, theloneis et officialium constitutione, prout principes condecet et est moris, necnon quibuscumque aliis iuribus indultis principibus et concessis." Sehr scharf wird hier die Erhebung selbst bezeichnet, obwohl damit kein höherer Amtstitel verbunden ist, indem Reinald von der Stufe der Grafen auf die der Fürsten emporgehoben wird. Sonst wird gesagt, er solle die Rechte eines Fürsten haben, die dann im besonderen aufgezählt werden, aber nicht im geringsten identisch sind mit denen in der nassauischen Urkunde genannten. Eine Erhöhung auch des Landes zum Fürstentum wird nicht ausgesprochen. Aus welchen Gründen nun dieses Diplom keine Rechtskraft erlangt hat, das läßt sich nur vermuten. Ob nicht aber daran gerade der Umstand mit schuld war, daß eben auch die Erhebung des Landes verabsäumt wurde? Denn dieser Mangel ist bei der zweiten Ausfertigung am 19. März 1339 abgestellt. „Notum esse volumus, quod eundem Reinaldum .. in principem et ducem nostrum ac sacri Romani imperii ac ipsius comitatum Gelriae praescriptum cum suis terminis et pertinentiis quibuscunque in ducatum et principatum fecimus et facimus, creavimus et creamus." Hier entspricht dem Fürstenstand auch ein Fürstenland.[30])

5. Am 21. August 1336 wird Graf Wilhelm von Jülich zum Fürsten erhoben. „Notum esse volumus .., quod eundem Wilhelmum . . in principem et marchionem Juliacensem ac ipsius comitatum in marchionatum fecimus et facimus, creamus et creauimus." Außer mancherlei anderen Würden erhält er dann noch eine Vergrößerung seines Gebiets: „nemus vulgariter dictum des richs walt a nobis et imperio in feodum descendens, quod incipit apud monasterium S. Cornelii et protenditur usque ad castrum Moynjowe sepedicto Wilhelmo marchioni suisque heredibus damus. assignamus et de potestate imperialis celsitudinis deputamus." Als besondere Gnade verleiht der Kaiser das Recht, ihm und seinen Nachfolgern bei Feierlichkeiten das Zepter vorzutragen, auch gibt er ihm die Münze. Zwar ist nicht direkt gesagt, die Grafschaft werde zum Fürstentum erhoben, sondern nur zur Markgrafschaft; aber darin und in der Zuteilung des Reichswaldes äußert sich doch der Grundsatz, daß zum Fürstenstand auch ein rechtes Fürstenland gehören müsse.[31])

6. Für die Grafen von Mecklenburg lautete die entscheidende Stelle nach einem rhetorischen Eingang in der Urkunde vom 8. Juli 1348: „et aliorum tam principum electorum quam aliorum principum ac etiam nobilium vasallorum imperii consilio verbo

---

[30]) Const. V Nr. 450 S. 372 van Spaen Oordeelkundige Inleiding tot de Historie van Gelderland Utrecht 1795 II Bd. C. D. Nr. 42.

[31]) Lacomblet Niederrheinisches Urkundenbuch III Nr. 307.

voluntate et expresso consensu, predictos Albertum et Johannem fratres de Magnipoli .. illustrauimus et illustramus et hodie in Dei nomine in veros principes et duces Magnipolenses ereximus, decorauimus et erigimus. Albertus et Johannes . . supplicarunt, quod . . ipsorum dominium in principatum et ducatum sublimare et erigere gratiosius dignaremur. Eapropter supradictis illustribus Alberto et Johanni ducibus Magnipolensibus heredibus et successoribus eorum, qui hoc a sacro Romano imperio in pheudum suscipere tenebuntur, dominium Magnipolense terras et pheuda predicta . . in verum principatum et ducatum ereximus, decorauimus, erigimus et decoramus ac etiam insignimus." Achtzehn Zeugen sind genannt. Die Art der Erhebung ist auch hier ganz eindeutig, sie besteht in einer solchen zum Fürsten und zum Fürstentum.[32])

7. Die Erhebungsurkunde für den Herzog von Luxemburg am 13. März 1354 beginnt mit einer rhetorischen Einleitung, die der nassauischen ähnlich sieht, und betont auch die Beratung mit den Großen des Reichs. Dann fährt der Kaiser fort: „Te frater carissime, Wenceslae, .. hodie in nomine Domini et Salvatoris nostri, a quo omnis principatus et honor provenire cognoscitur, illustravimus et illustramus, in verum principem et ducem sublimavimus, ereximus, decoravimus et erigimus .. terrasque tuas, opida, castra, munitiones, villas, provincias, districtus, montes, colles et plana .. in verum principatum et ducatum L. ereximus et erigimus insignimus ac .. decoramus, tibi illustri videlicet praedicto ducatum sive principatum huiusmodi .. conferentes." In Feldzügen darf er das königliche Streitroß am Zügel führen und ferner darf er beim Gastmahl vorschneiden. Diese Urkunde nun reicht zeitlich nahe an die nassauische heran. Gewiß muß zugegeben werden, daß einzelne Sätze sich ziemlich gleichen. Aber darüber hinaus ergibt sich ein ganz verschiedenes Bild; es handelt sich um eine ausgesprochene Erhebung in den Fürstenstand und eine solche zum Fürstenland.[33])

8. Vom 24. Mai 1380 stammt die Urkunde für Graf Wilhelm von Berg. Der Eingang ist auch hier rhetorisch gehalten. Darauf wird zugestanden: „animo deliberato maturoque tam principum electorum, quam etiam aliorum nostrorum et imperii sacri principum et procerum accedente consilio, te hodie in nomine domini saluatoris nostri, a quo omnis honor, principatus et nobilitas prouenire noscuntur, in verum principem et ducem Montensem illustrauimus, ereximus, creauimus et sublimauimus et de certa nostra scientia necnon Romanorum regie potestatis sollempniter

[32]) Philipp Wilhelm Gerken Vermischte Abhandlungen. Leipzig. 1781 III S. 47.

[33]) Henrici Meibomii rerum Germanicarum tomi III. Helmstedt 1688 III S. 217.

decoramus." Nach Erwähnung der üblichen Vorrechte: „Terras quoque tuas .. in verum principatum et ducatum Montensem erexi-mus et erigimus, insigniuimus et .. decoramus, tibi illustri duci Montensi predicto ducatum siue principatum huiusmodi . . confe-rentes." Auch er darf in Feldzügen das königliche Streitroß führen, und ebenso darf er beim Gastmahl vorschneiden. Man sieht, wie diese Urkunde mit der zuletzt angeführten in allen wesentlichen Punkten fast wörtlich übereinstimmt und dieselben schwerwiegen-den Unterschiede mit der von 1366 aufweist.[34])

9. Auch die Erhebungsurkunde für Graf Adolf von Cleve vom 28. April 1417 besagt fast wörtlich den gleichen Vorgang wie bei Berg und Luxemburg, nur die beiden ganz besonderen Ehrungen am Schluß fehlen, wogegen aber Zeugen genannt sind. Ent-sprechend verdient hervorgehoben zu werden: „te prefatum Adolfum . . illustrauimus et insigniuimus in verumque principem atque ducem Cliuensem sublimauismus, ereximus et decorauismus ac illustramus, insignimus, sublimamus, erigimus de Romanoque regie potestatis plenitudine ac de certa nostra scientia decoramus .. terras quoque tuas .. in verum principatum et ducatum Cliuensem erexinus ac .. erigimus .., tibi illustri Adolfo duci Cliuensi ducatum siue princi-patum huiusmodi . . conferentes."[35])

10. Anders verhält es sich mit der Urkunde, durch die am 30. November 1436 die Grafen von Cilly erhoben werden. Dort heißt es: „So haben wier die vorbenandten Friederichen graffen zu Zilli, unssern lieben schwager, vndt Ulrichen sein sohn vndt alle vndt iede ihre erben, erbserben vndt nachkommen gefürstet vndt zu gefürsten graffen geschöpfft, erhoben, gesetz vndt gemacht, schöpffen, setzen erheben vndt machen .. all ihr lehen nemblich die graffschafft Ordtenburgk vndt Sternbergk mit allen ihren zu-behörungen zu rechten lehen geliehen .. auch schepffen, setzen vndt machen wier . . dieselben graffschaft Cilli, Ordtenburgk vndt Sternbergk .. vndt andere herschafften, so die vorgenandten graf-fen von Zilli in dem H. Röm. reich haben und besitzen, davon sy wohl fürsten gewesen mögen, zu einem rechten vndt wahren Für-stenthumb, also daß die obgenandten . . fürsten vndt gefürst graffen genandt sein vndt bleiben sollen vndt die obgenandt graffschafft Zili, Ordtenburgk vndt Sternbergk vndt andere ihre landt vndt herrschafften alls ein fürstenthumb des H. Röm. reichs." Hier wer-den die Grafen „gefürstet vndt zu gefürsten graffen" erhoben, nicht schlechthin zu Fürsten. Aber fürsten bedeutet hier soviel wie zum Fürsten machen. Wenn er außerdem noch zu einem gefürsteten Grafen wird, so ändert das nichts an der Sache selbst. Dagegen

[34]) Lacomblet III Nr. 848.
[35]) Lacomblet IV Nr. 102.

werden die Grafen von Nassau nur zu gefürsteten Grafen ernannt. Das kann doch nur soviel bedeuten, daß die Grafen von Cilly tatsächlich Fürsten werden, wenn ihnen auch kein höherer Amtstitel verliehen wird und sie andererseits den Namen gefürstete Grafen führen. Ferner ist ganz klar und eindeutig die Erhebung des Landes zum Fürstentum vollzogen, „zu einem rechten undt wahren", nicht etwa zu einer gefürsteten Grafschaft, wie es sonst sinngeäß hätte heißen müssen. Auch der Satz „davon sy wohl fürsten gewesen mögen" zeigt ihre fürstliche und nicht ihre nur fürstgräfliche Stellung wie bei Nassau.[36])

11. Am 7 Dezember 1462 werden die Söhne König Georgs von Böhmen zu Herzögen von Münsterberg erhöht. Auch hier ist die Einleitung der nassauischen verwandt, ebenso die Berufung auf den Rat der Großen des Reichs, während sonst Form und Inhalt mit den zuletzt genannten Urkunden übereinstimmen. „Vos comites Victorinum Henricum et Henricum fratres, hodie in nomine domini salvatoris nostri, a quo omnis honor principatus et nobilitas provenire dignoscitur, in veros principes sacri Romani imperii et duces in Munsterberg illustravimus, erigimus, creamus et sublimamus et . . decoramus." Auf die Verleihung der üblichen Rechte wird wieder die Erhebung des Gebietes zum Fürstenland betont: „Nos quoque civitates, castra .. in verum principatum et ducatum in Munsterberg erigimus et insignimus et .. decoramus."[37])

12. Vom 14. Febrar 1474 datiert die Urkunde für die Erhebung von Holstein, die sich auch unter dem bekannten Beirat vollzieht. Dann fährt der Kaiser fort: „titulos comitatum Holsatiae et Stormariae univimus, eisque districtum Dithmarsiae incorporavimus, huiusmodique terras, districtus et dominia unita et incorporata in ducatum ereximus, extulimus et constituimus, conferentes eidem omnia et singula ducalia ac principatuum iura, honores, praerogativas, eminentias ac imponentes eidem titulum ducalem de Holsatia." Auch hier werden nach der fast überall üblichen Strafandrohung Zeugen angeführt. Holstein wird also in ganz bestimmten Ausdrücken zum Herzogtum und damit auch zum Fürstentum erhoben, es werden die herzoglichen und fürstlichen Rechte betont, und der Graf erhält den Herzogstitel. Ist hier auch die Art der Erhebung nicht so ausgeprägt wie z. B. bei Berg, so ist der Vorgang doch klar und der Unterschied mit der nassauischen ganz unverkennbar.[38])

---

[36]) Hahn collectio monumentorum veterum et recentium ineditorum Braunschweig 1724 II S. 756.

[37]) Lünig, R. A. 6 b S. 329/30.

[38]) Meibom III. S. 213.

13. Die Erhebungsurkunde für Graf Eberhard von Württemberg vom 21. Juli 1495 lautet: „So haben wir . . die vorgemeldt Wirtembergisch landtschafft zu Swaben gelegen mit allen herrschaften .. dem vorgenanten vnserm fürsten vnd lieben oheim hertzog Eberharten von Wirtemberg dem eltern zu lehen versamelt, verainigt und also samentlich zu einem hertzogthumb geordnet, gemacht, erheben vnd aufgericht vnd den tittel vnd namen des herzogthums Wirtemberg gegeben, auch dem ietzgemelten vnsern lieben oheim vnd fürsten hertzog Eberharten zu Wirtemberg den elltern mit solchem hertzogthumb zu rechtem manlehen belehnt vnd fürstlichen herzogthumlichen tittel feren, gewirdigt vnd gehöhet, ordnen, machen vnd richten solch herzogthumb auf und belehnen den vorgenandten vnsern fursten." Auch an dieser Stelle entspricht dem Fürstenstand ein Fürstenland.[39])

Somit ergibt sich, daß zwischen den angeführten Erhebungsurkunden kaum Beziehungen zu der nassauischen bestehen und etwa die Art der Erhebung miteinander identisch ist. Eine bekannte Analogie findet sich wohl im Namen der gefürsteten Grafschaft Tirol. Doch ist hier keine Erhebungsurkunde vorhanden, die einen Vergleich gestattete. Wenn daher seit etwa 1359 von dem Fürstentum Tirol die Rede und dessen Zugehörigkeit zum Reichsfürstenstand nicht zu bezweifeln ist, so wurde der Name der gefürsteten Grafschaft Tirol doch erst Ende des 15. Jahrhunderts gebräuchlich, fällt also in eine Zeit, wo an der vollen reichsfürstlichen Stellung kein Zweifel mehr besteht. Daher scheint es sich um eine willkürliche Titulatur zu handeln, indem sie nämlich von der gefürsteten Grafschaft Cilly übernommen wurde. Auf demselben Blatt steht die Bezeichnung, die sich Maximilian I. und seine Nachfolger beilegen, princeps et comes oder gefürsteter graf für Habsburg, Tirol, Burgund, Flandern, Görtz, Artois, Holland, Seeland, Pfirt, Kiburg, Namur und Zütphen.[40])

Noch anders ist die Stellung, welche die Grafen von Henneberg einnehmen. Dem Grafen Berthold wird am 25. Juli 1310 eine Urkunde ausgestellt, deren Einleitung stark an die nassauische erinnert. König Heinrich gewährt darin: „de principum nostrorum consilio conferimus eidem Berch(toldo) ac suis heredibus omnia iura principum tam in ingressu quam in egressu ad imperialem deliberationem, in sententiis conveniendis, dictandis, pronuntiandis in iure civili et plebiscito quod vulgo dicitur lantrecht, et specialiter ipsi comiti Berch(toldo) et liberis suis necnon hominibus eorundem hanc de liberalitate regia duximus libertatem et graciam faciendam,

---

[39]) Christian Friedrich Sattlers Allgemeine Geschichte Württembergs. Frankfurt-Leipzig 1764 V Beylagen Nr. 20.

[40]) Ficker I § 82. 159.

quod ipse comes et liberi sui debeant iure et more aliorum principum nostrorum et imperii choruscare et homines sui iure hominum aliorum principum congaudere, sic quod ipse comes et sui liberi non alibi, quam ubi alii principes imperii, et homines eorum non alibi, quam ubi homines aliorum principum conveniuntur, valeant conveniri. Ipsum comitem Berch(toldum) et suos liberos iuribus aliorum principum nostrorum et imperii necnon homines eorundem hominibus aliorum principum nostrorum tam in parendo et standO iuri quam aliis libertatibus et iuribus per omnia adequantes." Hauptsächlich bestehen die Vorrechte im Kampf und Urteil. Auch die Willebriefe besagen dasselbe, so der des Kurfürsten von Mainz am gleichen Tage, aber er sieht darin eine bestimmte Erhöhung: „nos dicti comitis, cuius exaltacionem et honorem diligimus, votivis precibus inclinati premissis omnibus, prout superius et in litteris regalibus exprimuntur, consensum nostrum expressum et benivolum adhibemus." Das bezeugt auch der Böhmenkönig am 22. Mai 1311.[41]) Eine Bestätigung der Urkunde geschah am 12. März 1323, eine Erneuerung am 1. Januar 1330. Trotzdem erscheinen sie in der Folgezeit nicht als Fürsten, wie auch die Grafen von Nassau nicht, und erst seit etwa 1470 gehören sie dem Reichsfürstenstand an. Und zwar beanspruchten sie gerade auf Grund ihres alten Diploms diese Würde, wie sich denn in späteren Urkunden wiederholt Rückbeziehungen auf die ältere Zeit finden, so in einem Schreiben des Kaisers vom Juli 1474: „Als wir vormals auf genugsam underrichtung herkomen und stamens von Hennenberg den wolgeborenen F. und O. auch iren brudern graven zu Hennenberg und iren erben furstlichen titel zu schreiben und fürstengenoß zu halttn empfohlen . ." Daraus geht hervor, daß die Grafen von Hennenberg wohl fürstliche Rechte hatten, aber deshalb noch keine Fürsten waren, vielmehr nur Fürstengenossen.[42])

Aehnlich liegen die Verhältnisse für die Burggrafen von Nürnberg, denen die Urkunde vom 17. März 1363 verhieß: „Quamuis racionabili fidedignorum testimonio dudum informata sit nostra serenitas, qualiter spectabiles Nurembergenses burggrauii ab antiquo tempore nobilitate sua illustribus principibus parificati sint et fuerint adhuc in omnibus et singulis nobilitate principum pociantur; quia tamen nonnulli predecessores eorum huiusmodi libertates et honores in aliqua parte sic neglexisse noscuntur . . principum, comitum, baronum et procerum sacri imperii accedente consilio . . dicimus, quod spectabilis Fridericus burggrauius Nurembergensis, heredes et successores . . imperpetuum illustrium principum sacri imperii iuribus, dignitatibus, libertatibus et honoribus gaudere et potiri debeant in iudiciis et in omnibus aliis causis et negociis, quecunque

[41]) Const. IV 1 Nr. 404.
[42]) Ficker I § 161.

sint .." Die deutsche Fassung besagt: „Wie wol daz sei, das wir .. vwnderweiset sein, daz die edlen burggrauen von Nuremberg von alden zeiten ir adel also herbracht haben, daz sie allenwege fursten genozz gewesen sint vnd noch sein in allen dingen, doch seit demmal, das ire vordern sulche freiheit vnd ere in etlicher mazze vorsaumet haben, .. das es also lantkundig vnd offenbar wurde, als die wirde vnd ere desselben burggrauen amptes billichen angehoret; des ist vnser meynung .., das wir dieselben burggrauen, ire erben vnd nochkomen, bey sulchen eren, genaden vnd wirden behalden wollen .. mit rate der fursten, (grau)en, freyen vnd edlen, vnserr vnd des reichs getrewen .. sprechen wir, das der edle Fridrich .. sein erben vnd nochkomen .. hochgeborner des heiligen reichs fursten recht, wirde, freiheit vnd ere haben sullen, in gerichte vnd in allen sachen vnd dingen, welherley die sint .."[43]) Ob es sich hier um eine Erneuerung vergessener Rechte handelt oder nicht, mag dahingestellt bleiben. Im Vordergrund steht die Anerkennung als Fürstengenossen und Erteilung fürstlicher Rechte. Von einer ausdrücklichen Erhebung in den Reichsfürstenstand oder gar zum Fürstentum wird nichts gesagt, ganz wie bei Nassau. Auch in diesem Fall ist in der Folgezeit von der fürstlichen Stellung nichts zu spüren. Als Fürstengenossen blieben sie eben Magnaten. Erst seit etwa 1385 gehören sie tatsächlich zum Reichsfürstenstand, indem auch hier das Privileg die Veranlassung wurde, sie dazuzurechnen.[44])

Wie äußerte sich nun die Wirkung des Gnadenbriefs von 1366? Als Fürsten sind die Grafen von Nassau in den folgenden Jahrhunderten nicht nachzuweisen, und das kann ja auch gar nicht möglich sein, weil Johann damals nicht in den Reichsfürstenstand erhoben war, sondern nur zum gefürsteten Grafen. Und in dieser Stellung ragte er unter den Magnaten genau so wenig hervor wie die von Henneberg und Nürnberg. Wohl werden jene ganz vereinzelt Fürsten genannt. Auch Johann war ja schon in der Urkunde mit illustris bezeichnet worden; doch kann dies durchaus nicht als untrüglicher Beweis für den Fürstenstand angesehen werden, da selbst die Reichskanzlei mit diesem Prädikat nicht ausschließlich Fürsten zu belegen pflegte. Aber ein Collectanea betiteltes Kopialbuch des walramischen Hausarchivs bringt unter Beilage II zu dem Memorial Graf Johannes von Nassau an den Kurfürstenrat vom 6. März 1653 im ganzen 15 Beispiele für den Titel „hochgeboren" und „hochgeborener Fürst".

1. Am 3. November 1367 bekennt Ritter Johann von Langenau, daß „der hochgeborne furste, grave Johan von Nassaw, herre czu

---

[43]) Mo. Zoll. IV. 1. 5.
[44]) Ficker I § 162.

Merenberg, myn liebe gnedige herre", alles bezahlt hat, was er seinen Eltern schuldig war.[45])

2. 1367 gebraucht Wilhelm Wolxada von Wildmanshausen in einer Verschreibung das Prädikat „dem hochgebohrnen fürsten und herrn, herrn Johann grafen zu Nassau und herrn zu Merenberg".

3. 1367 nennt Landgraf Heinrich von Hessen „den hochgebohrnen Johannen graffen zu Nassau, herrn zu Mehrenberg".

4. 1367 bekennt der Schöffe Konrad Stumpf aus Wetzlar, daß er „des hochgebohrnen fürsten, graffen Johann zu Nassau, herrn zu Mehrenberg, mann worden".

5. 1367 bekennt Eberhard Hann, Bürger aus Wetzlar, dasselbe.

6. Am 29. Januar 1369 verpflichtet sich „Emmerich genand Widuwilt" zu Weilburg „dem hochgeborn fursten, greben Johann, greben zu Nassauwe, herren zu Merenberg" zu Diensten auf Lebenszeit.

7. 1369 nennt Graf Heinrich von Waldeck „des hochgebohrnen Johann .. tochter", die an seinen Sohn verheiratet gewesen.

8. 1369 gebraucht Gretha von Offenheimb in einem Kaufbrief die Worte: „dem hochgebohrnen fürsten, graf Johann . . unserm lieben gnädigen herrn".

9. 1370 gebraucht Herr Eberhard von Isenburg und Grensau dieselbe Titulatur.

10. 1371 nennt Bischof Eckard von Worms „die hochgebohrne edle frau, frau Johanna, witwe des hochgebohrnen grafen Johannsen von Nassau". In einem Schreiben an den Bischof bezeichnet sie sich selbst als „Johanna, wittibe des hochgebohrnen graffen Johanns . ."

11. 1371 spricht Pfalzgraf Ruprecht d. Ae. in einem Lehnsbrief von „dem hochgebohrnen Johannem, grafen zu Nassau".

12. Am 24. Juli 1372 zu Gleiberg verzichten Eberhard Rubesam und Ludwig Lupelin von Göns (Gunsse) auf alle Einkünfte aus dem Schloß Gleiberg, da „die hochgeborn frauwe . ., frauwe Johanne von Sarbr[ucken] grefinnen zu Nassauwe und frauwe zu Merenberg" sie wieder zu ihrem Erbe in dem genannten Schloß zugelassen hat.

13. 1372 spricht Graf Otto von Solms in einer Schuldverschreibung von „der hochgebohrenen frau, frau Johanna von Sarbrücken". Die Ritter Kraft von Rodenhausen, Kuno von Dernbach und Gerhard von Kinzenbach bekennen sich als Bürgen gegenüber der „hochgebohrn unser gnädige frau von Nassau".

14. 1481 nennt Graf Philipp II. von Nassau in einem Vertrag seinen Enkel Graf Ludwig I. von Nassau „hochgebohrn". Dasselbe

---

[45]) Siehe die Beilage.

tun die Mitbesiegler, die Räte Eberhard von Merenberg, genannt Rübsam, und Eberhard Stummel.

15. (28. Juni 1470) Vyprecht Lewe von Steinfurth erwähnt in einem Revers „den hochgebohrnen herrn junkern Philipsen und junker Johannen dessen sohn graffen zu Nassau und Saarbrücken".[46])

Ferner verdient hervorgehoben zu werden:

1. Die Urkunde für den Bischof von Merseburg vom 27. Oktober 1366, in der Graf Johann als Zeuge nach den schlesischen Herzögen und vor den Burggrafen von Magdeburg und Nürnberg steht.[47])

2. Am 30. Dezember 1366 schreibt der Kaiser in einem Brief an Herzog Wilhelm von Lüneburg von „dem hochgeborn Johansen, graffen zu Nassow, unsern fürsten".[48])

3. Am 19. Juni 1367 tut Wilhelm Walpod von Waltmanshausen „dem hochgebornen fürsten herrn Johann, grafen zu Nassau .." ein Amtsgelöbnis.

4. Am 29. Januar 1370 gesteht „Emmerich genand Widuwilt dem hochgebornen fürsten grafen Johann .." 300 Gulden schuldig zu sein.[49])

5. Am 7. September 1413 schreibt Kaiser Sigmund zu Chur: „Wir Sigmund .. embieten dem wolgebornen Philipp graven zu Nassaw und zu Sarbrucke, unsern und des richs lieben getruen, unser gnad und alles gut. Wolgeborner lieber getruer, wann dir wol wissentlichen und landkundig ist, daz der hochgeborn Antoni von Burgundi .. unsere liebe getruen .. beschedigt haben .., und du unser und des richs furste bist, dorumb haben wir dich .. der vorgenannten ritterschaft zu einem houptman gegeben."[50])

6. Am 16. Dezember 1452 wendet sich der Meister des Johanniterordens in Rhodus in einem Originalbrief an „Illmo principi ac potenti et magnifico domino, domino de Nassoy", worin der Fürst unter der Anrede „Illustrissime princeps" gebeten wird, sich für Bruder Johann Scelang zu verwenden.[51])

Viel Zeugnisse sind das nicht, aus denen auf die fürstliche Stellung der Grafen von Nassau zu schließen wäre. Das Prädikat hochgeboren kann dafür allein nicht maßgebend sein, und die meisten Belege stammen aus einer Zeit, die unmittelbar auf die kaiserliche Gnade folgte, während sie durch Jahrhunderte fehlen. Zudem rühren sie in der Hauptsache aus unteren Schichten her, aus Kreisen

[46]) Londorp VI S. 849/50.
[47]) Reg. Karls Nachtrag S. 626.
[48]) Sudendorf Urkb. III S. 205.
[49]) Schliephake-Menzel VI S. 62 Note.
[50]) und [51]) siehe die Beilage.

also, denen die staatsrechtliche Stellung eines gefürsteten Grafen nicht so recht klar sein konnte, die sie vielmehr der eines Reichsfürsten gleich setzten. Nie ist aber von Fürst an sich die Rede, sondern stets von Graf und Fürst, selbst in dem kaiserlichen Schreiben vom 30. Dezember 1366. Anders freilich scheint es mit der angeführten Urkunde Kaiser Sigmunds zu stehen. Zwar richtet sich die Adresse auch nur an den Grafen von Nassau, aber der Ausdruck „und du unser und des richs furste bist" scheint doch eindeutig den Fürstenstand zu bezeugen. Ferner muß man den Umstand in Betracht ziehen, daß dieser Titel nicht Johann selbst, sondern 50 Jahre später seinem Nachfolger gegeben wurde. Unwillkürlich wird man an die Fürsten erinnert, die kein Fürstentum besaßen, an die Titularherzöge zu Beginn des 13. Jahrhunderts, nach deren Aussterben ihre Nachfolger zu den Magnaten gerechnet wurden. Es waren dies Rotenburg, Zähringen, Pfalzburgund, Welf, Meran und Tuszien.[52]) Möglicherweise hat dem Kaiser, indem er den Grafen von Nassau als Fürsten bezeichnete, da er ja kein Fürstenland besaß, eine entsprechende Stellung wie die jener Titularherzöge vor Augen geschwebt. Bei der schwankenden Auslegung des Begriffs der gefürsteten Grafen kann eine derartige Gleichstellung nicht weiter Wunder nehmen, die um so verständlicher ist, als in der Tat zwischen ihnen und jenen Fürsten ohne Land keine wesentlichen Unterschiede zu bestehen scheinen.

Dagegen ließe sich eine Reihe von Zeugnissen anführen, in denen ein bestimmt nichtfürstlicher Rang zum Ausdruck kommt. Dies gilt schon für Johann I. selbst.[53]) Besonders wichtig ist es, daß der Reichsvikar Wenzel keine Notiz von der Auszeichnung Johanns durch seinen Bruder genommen haben sollte, obwohl er mit jenem im besten Einvernehmen stand. Er hätte doch wohl in erster Linie wissen müssen, welche Prädikate jenem zukamen. Daß er ihn nicht als Fürsten betrachtete, das beweist doch nur, daß Johann zu den Magnaten gehörte. Etwa annehmen zu wollen, es handle sich um eine Erhebung in den Reichsfürstenstand, die nur nicht rechtskräftig geworden oder wieder bald in Vergessenheit geraten wäre, dafür liegen nicht die geringsten Anzeichen vor. Und wenn Johann nach 1366 keine weiteren Gunstbezeugungen erhielt, so braucht man diesen Umstand noch längst nicht darauf zurückzuführen, daß der Kaiser sich der unangenehmen Entscheidung habe entziehen wollen, wie er den Grafen anzureden hätte.[54]) Bei wirklich reichsfürstlicher Stellung dürfte ihm die Titulatur wohl keine Schwierig-

[52]) Ficker Reichsfürstenstand I § 187.

[53]) Menzel-Sauer codex dipl. Nass. I 3. Nr. 3332, 3269, 3271, 3273, 3339. Ficker I § 163. Schliephake-Menzel VI S. 64 Anm. 1, 2, 3, S. 87 Anm. 3.

[54]) Schliephake-Menzel VI S. 64.

keiten gemacht haben, und als Magnat kam ihm eben keine besondere zu. Auch Johann selbst wäre wohl für seine neue Würde mehr eingetreten, wenn er ihr eine wichtige Bedeutung beigemessen hätte.[55])

Noch am 26. Juli 1449 wurde die Urkunde von 1366 durch Dekan und Kapitel des Klosters St. Arnual der Metzer Diözese eingesehen und bestätigt.[56]) Es lag also kein Grund vor, von ihr nicht den rechten Gebrauch zu machen, wenn sie tatsächlich den Reichsfürstenstand bezeugt hätte. Vielmehr sieht man, daß sie wohl bestand und durchaus nicht vergessen war, aber eben nicht die Würden bezeichnete, als es vielleicht bei oberflächlicher Betrachtung den Anschein haben konnte.

Wenn man die Willebriefe betrachtet, die von den Kurfürsten zu der Erhebungsurkunde von 1366 erlassen wurden, so fällt ganz besonders die Tatsache auf, daß sie teilweise stark hinter der kaiserlichen Ausfertigung datieren, und so könnte man zu der Vermutung neigen, es handle sich bei dieser Verleihung von fürstlichen Rechten an und für sich nicht um solche Zugeständnisse, zu denen die kurfürstliche Zustimmung vorher hätte eingeholt werden müssen.

Um diese Frage zu beantworten, muß man dem Begriff und Zweck auf den Grund gehen, der sich in den Willebriefen ausdrückt, und da wird man nicht vergessen dürfen, auf ihren Ursprung hinzuweisen.[57]) Ohne Zweifel findet sich in den Willeerklärungen der Kardinäle zu den Verfügungen des Papstes die ausgeprägte Analogie für die Entstehung des Konsenses der Kurfürsten. Seit der Mitte des 11. Jahrhunderts kommen jene als Ausdruck der Machtbestrebungen des Kardinalkollegs auf und haben als Ausfluß ihrer Teilnahme an den Regierungshandlungen zu gelten, wie sie im Konsistorium vorgenommen wurden, und als Einschränkung der päpstlichen Gewalt. Die gebräuchlichen Formeln sind: de communi consensu collegii, cum consensu et auctoritate cardinalium, cum consensu et voluntate episcoporum et cardinalium, besonders communicato fratrum nostrorum consilio oder de fratrum nostrorum consilio, auch mit angehängtem et consensu oder et assensu. Ein Unterschied zwischen consilium und consensus hat ursprünglich kaum bestanden, so im 11. und 12. Jahrhundert. Schon damit, daß der Rat erteilt wurde, enthielt er eine Zustimmung der Kardinäle, an die der Papst gebunden war. Das geht aus einem Entwurf zu

---

[55]) Spielmann Geschichte von Nassau I S. 17.

[56]) Siehe die Beilage.

[57]) Jean Lulvès Die Machtbestrebungen des Kardinalats. Quellen und Forschungen aus Italienischen Archiven und Bibliotheken Bd. XIII. Rom 1910. S. 73 f. Breslau Handbuch der Urkundenlehre II 1 S. 56 f.

einer Verständigung zwischen Friedrich II. und Innocenz IV. vom März 1244 hervor: „Et licet pro predictis offensis satis oblatum esse credamus, nichilominus tamen ad pleniorem satisfaccionem et securitatem tam precedentium quam sequencium capitulorum et ad maiora devocionis iudicia demonstranda dominus imperator stabit consilio et ordinacioni tractatorum, scilicet dominorum Hostiensis episcopi, Stephani, Egidii et Ottonis cardinalium. Qui, excepta persona domini nostri, supplebunt in satisfactione et securitate quod viderint esse supplendum, ita tamen quod nihil facient sine consilio et mandato domini pape; et predictis salvis de satisfaccione et securitate, predicti tractatores facient, quod de consilio fratrum dominus papa faciendum decreverit."[58]) Erst im 13. Jahrhundert änderte sich das Verhältnis von consilium und consensus.

Die Mitbestimmung erstreckte sich auf die verschiedensten Angelegenheiten wichtigster Art, besonders auch politischer. Bei der Mitwirkung an den Kardinalskreationen hatte sich die stehend gewordene Formel de fratrum nostrorum consilio ausgeprägt. Mit der Ausbildung der absoluten Gewalt des Papstes seit Gregor VII mußte es im Interesse der Kardinäle liegen, eine bestimmte Formulierung ihres Konsensrechtes zu gewinnen. Das geschah in der Konstitution Rex excelsus Gregors IX. vom 16. Januar 1234. Danach erforderte jede Veräußerung von Kirchengut und im Kirchenstaat, die durch den Papst vorgenommen wurde, den einstimmigen Beschluß des Kardinalkollegs: „Nos . . unanimi fratrum desiderio et petitione concordi hac in perpetuum valitura constitutione sancimus, ut de patrimonialibus sine communi fratrum consilio et assensu alienatio nulla fiat, sitque uni facultas, quod ex causa legitima obstaculum libere contradictionis opponat."[59]) Eine ähnliche Entwicklung nahmen die Machtbefugnisse der Kurfürsten in Deutschland. Das angestrebte Recht, die Vergabung von Reichsgut von der Erteilung ihrer Zustimmung abhängig zu machen, verlieh ihnen Rudolf von Habsburg am 9. August 1281: „quod nobis . . sententiatum exstitit . . omnium principum applaudente consensu, quod omnia data . . nullius habere debeant roboris firmitatem, nisi consensu maioris partis principum in electione Romani regis vocem habencium fuerint approbata."[60])

So war also wenigstens für diesen Fall das Konsensrecht der Kurfürsten anerkannt. Daß daneben auch für andere königliche Verfügungen die Einforderung des Konsenses stattfand, lehren die erhaltenen Willebriefe. Wie die Willeerklärungen der Kardinäle den Papst an ihre Zustimmung banden, so bedeutet auch der kurfürst-

[58]) Const. II S. 335 Nr. 246 § 5.
[59]) Augustin Theiner codex diplomaticus dominii temporis s. sedis Rom. 1861 I S. 102 Nr. 147.
[60]) Const. III Nr. 284 S. 290.

liche Willebrief die Bindung des Königs an die Zustimmung des Kurfürsten. Sollte aber diese ganze Einrichtung nicht sinnlos sein, so hatte der Konsens vorzeitig zu erfolgen, wie doch über die Belehnung mit Reichsgut eben nur auf Grund mündlicher Vorbesprechungen entschieden werden konnte. Und wie die Willeerklärungen der Kardinäle undenkbar waren ohne ihre Mitwirkung im Konsistorium, so müssen auch zwischen König und Kurfürsten mindestens unverbindliche Verhandlungen vorangegangen sein. Darauf haben die Kurfürsten sicher großen Wert gelegt, weil sie dadurch eher einen maßgebenden Einfluß auf die Abfassung der königlichen Urkunde und die Möglichkeit ihrer Prüfung gewannen, als es sonst der Fall war. Eine nachträgliche, spätere Zustimmung konnte nichts weiter bedeuten als eine bloße Formalität, zu der das Recht der Kurfürsten später herabsank. Auch dafür gibt es in der Geschichte der Zustimmung durch die Kardinäle einen ähnlichen Vorgang, der wenigstens seinem Inhalt nach dieselbe Bedeutung hat. Ein tatkräftiger Papst brauchte durchaus nicht auf den Konsens seiner Kardinäle zu verzichten, da er sie ja doch dahin brachte, wohin er wollte. So besagte in diesem Fall der Ausdruck „de consilio et consensu fratrum nostrorum" nur eine reine Formel, es war somit eine ähnliche Fiktion, als wenn die kurfürstliche Genehmigung später nicht mehr vorzeitig, sondern nachzeitig erfolgte. Wie sich diese Tendenz im einzelnen ausgebildet und im Lauf der Jahre fortentwickelt hat, das soll die folgende Darstellung zeigen. Entscheidend wird das Zeitverhältnis sein, das zwischen dem Erscheinen der königlichen Erlasse und dem der Willebriefe bestand.

Ueber diese Frage ist bisher nur wenig an Literatur erschienen, und so liegen die Beziehungen zwischen Königsurkunde und Willebriefen noch ziemlich im Dunkeln, nicht nur was das Tatsächliche betrifft, sondern auch was Zeit und Ort der Ausstellung anlangt. Soweit eine solche Klarstellung für diesen Fall nicht zu umgehen ist, soll der Versuch gemacht werden, sie kurz durch genetische Betrachtungsweise anzudeuten, die im wesentlichen die Regesta Imperii und die Constitutiones heranzog.

Die Entstehung der kurfürstlichen Willebriefe geht auf die Erhebung Rudolfs von Habsburg zurück, seit dessen Wahl diese in großer Zahl überliefert sind.[61])

1. Finden sich Willebriefe bereits seit dem Tage seiner Wahl, so läßt sich für unsere Zwecke erst der Fall heranziehen, und auch dieser nur bedingt, da Rudolf am 7. Oktober 1273 dem Erzbischof Heinrich von Trier den Ersatz seiner Wahlkosten verspricht und am 8. Oktober die Erzbischöfe von Mainz und Trier und die welt-

[61]) Ficker Fürstliche Willebriefe und Mitbesiegelungen. M. I. Oe. G. III S. 2/3.

lichen Kurfürsten, darunter die von Sachsen und Brandenburg gemeinsam, ihre Zustimmung erteilen. Die Konsensformel tritt hier noch wenig hervor; so schreibt Brandenburg: „Nos itaque . . presentibus protestamur, quod de nostra et coelectorum nostrorum procedit optima voluntate, ut . . ipsi fideiussores de bonis imperii se absolvant, et successor . . teneatur fideiussores ab omni obligatione et dampnis quibuslibet reddere absolutos.“[62])

2. Der erste in die Augen springende Fall knüpft an die Belehnung des Burggrafen Friedrich von Nürnberg mit der Burg zu Nürnberg am 25. Oktober 1273 zu Aachen an. Vom selben Tag und Ort rühren her die Willebriefe der Erzbischöfe Werner von Mainz, Heinrich von Trier und Engelbert von Cöln, ebenso der gemeinsame Willebrief von Pfalzgraf Ludwig, Herzog Johann von Sachsen und Markgraf Johann von Brandenburg. So heißt es in dem Brief Werners von Mainz: „Notum esse volumus universis et presentibus publice profitemur, quod Rudolfus . . nobis presentibus et videntibus concessit Friderico .. omnia bona . ., et indulsit, quod filia ipsius burcgravii Maria . . et alie sue filie succedere possint et valeant in eisdem secundum tenorem et modum expressum in litteris domini nostri regis memorati, nostro consensu et voluntate ad hoc per omnia accedente.“ Diese Konsensformel findet sich in allen genannten Ausfertigungen. Tragen nun die Urkunde des Kaisers und die der Kurfürsten dasselbe Datum, so weisen doch die Worte in den Willebriefen „secundum tenorem et modum expressum in litteris domini nostri regis memorati“ darauf hin, daß der kaiserliche Text bereits festgestellt war.[63])

3. Am selben Tag und Ort wurde die edle Frau Adelheid, Tochter Ulrichs von Minzenberg, für frei erklärt: „de consensu principum nostrorum qui coronacioni nostrae felici interesse poterant et debebant.“ Ebenfalls vom selben Tag sind die Willebriefe der Erzbischöfe von Mainz, Cöln und Trier und des Burggrafen von Brandenburg, vom 26. Oktober stammt der des Herzogs Johann von Sachsen. Johann von Brandenburg bekundet an Adelheid: „Rudolphus . . personam vestram et pueros . . reddidit et donavit nobiles et ingenuos de utroque parente, ac ab omni servitute ministerialium libertavit, de gratia speciali, prout in literis ipsius domini regis, vobis super eo concessis, plenius continetur. Quod autem huiusmodi gratia de pleno nostro [ceterorumque principum, qui coronationi ipsius regis intererant, beneplacito et consensu ac certa sciencia fuerit nobsi facta] hoc publice protestamur.“ Auch hier deutet die Fassung „prout in literis ipsius domini regis, vobis super

[62]) Redlich Reg. Rud. 2. Const. III Nr. 8, 9, 10 S. 13. Neues Archiv 23 S. 671.

[63]) Redlich Reg. Rud. 8. Const. III Nr. 17, 18, 19 S. 20/22.

eo concessis, plenius continetur" bereits auf eine vorhergehende Formulierung der kaiserlichen Verfügung hin. Johann von Sachsen gab seine Zustimmung erst einen Tag später.[64])

4. Anders verhält es sich mit der Bestätigung der von Konradin an Herzog Ludwig von Bayern gemachten Schenkungen. Sie ist in Hagenau am 1. März 1274 erlassen, wenn auch das Datum zu Zweifeln Anlaß gibt. Hierzu gehören folgende Willebriefe: am 6. November 1273 zu Cöln von Herzog Albrecht von Sachsen, am 24. November 1273 zu Cöln von Markgraf Otto von Brandenburg, am 29. März 1275 von Herzog Johann von Sachsen, am 15. April 1291 von König Wenzel von Böhmen zu Prag, am 14. Oktober 1300 von den Erzbischöfen von Mainz und Cöln zu Bingen und von Trier zu Bacharach. So lautet z. B. die Konsensformel bei Böhmen: „Sicut haec omnia in ipsius domini nostri regis Rudolphi patentibus instrumentis expressa et per eundem dominum regem Rudolphum facta sunt, . . approbamus et nostrum eis prebemus assensum." Dies ist der erste deutliche Fall, wo ein Teil der Willebriefe der königlichen Urkunde vorausgeht, der andere aber nachfolgt und zwar ganz erheblich später, selbst wenn das Datum der Bestätigungsurkunde nicht stimmen sollte.[65])

5. Daß der kurfürstliche Willebrief durchaus nicht eingeholt zu sein brauchte, bevor der Herrscher seine Verordnung traf, ergibt sich zuerst mit völliger Sicherheit aus dem Ersuchen der Königin Anna an einen Kurfürsten, zu der 1274 erlassenen Anweisung des Königs auf bestimmte Einkünfte seinen Willebrief zu geben. Zwar war schon in der Verleihung die Zustimmung ausgedrückt: „Papae nec non venerabilium archiepiscoporum, episcoporum etc. ac aliorum sacri Ro. imperii principum in electione ius habentium accedente consensu aut benivola voluntate", aber auf den eigentlichen Willebrief wurde trotzdem noch großer Wert gelegt: „De vobis igitur, quem specialissimae praerogativa dilectionis amplectimur, non minoris aut imparis spei fiduciam obtinentes, sinceritatem vestram rogamus affectu quo possumus ampliori, quatinus praenotatae benivolae gratiae nobis factae vestrum applausivum liberaliter et libenter applicantes assensum, confectas super eadem gratia litteras, quas per exhibitorem praesentium vestrae dilectioni transmittimus, vestri iubeatis sigilli munimine roborari." Die mitgeschickte Fassung gebrauchte die Wendung: „Hinc est, quod nosse vos volumus universos, quod nos unacum aliis nostris coelectoribus in hoc, motu voluntario consentimus et plenum ac liberum impertimur assensum, quod serenissimus dominus noster

---

[64]) Redlich Reg. Rud. 9. Riedel C. D. B. II 2, 122.
[65]) Redlich Reg. Rud. 24 a. 116. Lünig R. A. VIII, 5.

Rudolphus . . eidem dominae nostrae . . ubi voluerit et expedientius viderit, valeat assignare."[66])

6. Ein anderer evidenter Fall hängt mit der Versetzung von Hochfelden an Otto von Ochsenstein am 18. März 1278 zusammen. Vom 17. März datieren die Willebriefe des Herzogs Albrecht von Sachsen und Pfalzgrafen Ludwig, die beide auch als Zeugen in der Urkunde genannt sind, vom 8. August der Erzbischofs Heinrich von Trier, vom 17. April 1282 Erzbischofs Werner von Mainz, vom 27. Juni 1284 Erzbischofs Siegfried von Cöln, vom 11. Februar 1285 ein zweiter des Pfalzgrafen, und am 3. März 1289 endlich folgte der Böhmenkönig mit seiner Erklärung: „Nos Wenceslaus . . profitemur, de nostra bona voluntate ac consensu libero processisse . . In cuius nostri consensus evidens argumentum eidem Ottoni dedimus nostras presentes literas."[67])

7. Besonders hervor tritt die Bestätigung aller der Römischen Kirche gemachten Versprechen vom 14. Februar 1279, auf welche die Willebriefe nachfolgten. Diese zu erlassen, wandte sich Papst Nicolaus III. am 21. Dezember 1278 an eine Anzahl deutscher Fürsten. Von den Kurfürsten stammt ein gemeinsamer Willebrief ohne Datum, der aber vor dem 24. September ausgestellt ist. Seine Konsensformel lautet: „Voluntatem nostram, assensum atque consensum unanimiter et concorditer exhibemus et promittimus . . Et ut hac nostra voluntas, approbatio, ratificatio, assensus, consensus atque promissio a nobis eisdem Romanis pontificibus et ecclesie in perpetuum observentur, hoc presens scriptum inde fieri fecimus nostrorum sigillorum munimine roboratum." Die Einzelausfertigungen, die außerdem erschienen, sind folgende: Pfalzgraf Heinrich am 8. März 1279, Pfalzgraf Ludwig und die Herzöge Johann und Albrecht von Sachsen am 19. März, Erzbischof Siegfried von Cöln am 2. Juni, die Markgrafen Johann von Brandenburg am 2. September, Konrad und Otto am 6. September, Otto am 12. September und die Erzbischöfe Werner von Mainz und Heinrich von Trier am 27. September.[68])

8. Daß andererseits die Willebriefe dem königlichen Erlaß vorausgehen, zeigt die Zustimmung Herzog Johanns von Sachsen zur Uebertragung des Königreichs Arelat an Karl von Salerno am

[66]) Redlich Reg. Rud. 301. Franciscus Joseph Bodmann Codex epistolaris Rudolfi I. Leipzig 1806 S. 266. 41. Martin Gerbert Codex epistolaris Rudolphi I. S. Blasien 1772 S. 9.

[67]) Redlich Reg. Rud. 930. 2211. Lehmann Urkundliche Geschichte der Grafschaft Hanau-Lichtenberg. Mannheim 1862 II S. 14 Note. Zs. f. Gesch. d. Oberrh. 16 S. 414.

[68]) Redlich Reg Rud. 1062. Kaltenbrunner Der Willebrief für die Römische Kirche v. J. 1279 M. J. Oe. G. I E. Bd. S. 376. Const. III Nr. 225 bis 227 S. 212/17. Kaltenbrunner Aktenstücke zur Geschichte des Deutschen Reiches. Wien 1889 I Nr. 147.

15. September 1281, die dann aber nicht erfolgte. Dort hieß es: „Nos Johannes . . laudamus, consulimus, approbamus et etiam consentimus expresse, quod . . Rodolfus . . de persona magnifici principis domini Karuli principis Salernitani . . pro honore imperii provideat et . ., prout ipsi domino nostro regi pro utilitate ipsius imperii utilius videbitur, conferat solempnitatibus debitis et consuetis, gratum habentes et ratum quicquid predictus dominus noster fecerit in premissis et sequentibus ac premissa."[69])

9. Zur Belehnung des Burggrafen Friedrich von Nürnberg mit verschiedenen Dörfern am 30. September 1282, die „de consensu principum electorum" erfolgte, finden sich sowohl vorangehende wie nachfolgende Willebriefe. Vom 24. September 1282 datieren die gleichlautenden der Erzbischöfe von Mainz, Cöln, Trier und des Pfalzgrafen, wo die entscheidende Erklärung bei Mainz heißt: „Volentes serenissimi domini nostri Rudolfi Romanorum regis semper Augusti beneplacitis iugiter complacere, consentimus expresse, ac nostrum ad hoc liberaliter inpertimur assensum . ., quandocumque sue placuerit voluntati." Dagegen sind die Briefe des Herzogs Albrecht von Sachsen und Markgrafen Otto von Brandenburg erst am 15. Mai 1292 zu Frankfurt ausgestellt, und Herzog Albrecht schreibt darin: „Nos recognoscimus . ., quod . . nobis quidem absentibus, set aliis imperi principibus, utpote reverendis in Christo patribus et dominis Maguntino, Coloniensi et Treuirensi archiepiscopis, necnon illustri Lud. comite palatino Reni duce Bavarie presentibus et suum consensum adhibentibus, . . Fridericum, . . infeodauerit . . Nos nichilominus infeodacionem huiusmodi ratam et gratam habentes, ad eandem nostrum consensum beniuolum apponimus presencium testimonio litterarum."[70])

10. Den einzigen überlieferten Willebrief, der sich auf die Verleihung von Einkünften aus dem Zoll zu Boppard an Hermann von Schonecke am 1. November 1282 bezieht, hat Erzbischof Werner von Mainz am 13. November 1282 zu Aschaffenburg gegeben.[71])

11. Dagegen beteiligen sich alle Kurfürsten an der Ausübung ihres Konsensrechtes bei der Verpfändung des Reichszolls in Boppard an Graf Eberhard von Katzenellenbogen am 11. November 1282, und zwar am 11. Januar 1283 in einer gemeinsamen Ausfertigung die Erzbischöfe Werner von Mainz und Siegfried von Cöln, am 24. Januar 1283 (1293 nach Wenck) Pfalzgraf Ludwig, am 16. Mai 1283 Erzbischof Heinrich von Trier, am 13. April 1285 der König von Böhmen, am 14. April 1285 Herzog Albrecht von Sach-

[69]) Redlich Reg. Rud. 1298 a. Const. III Nr. 258 S. 253.
[70]) Redlich Reg. Rud. 1717. Mo. Zoll. II. 138. 214.
[71]) Redlich Reg. Rud. 1721.
[72]) Redlich Reg. Rud. 1725. Helfrichs Bernhard Wencks Hessische Landesgeschichte. Darmstadt-Gießen 1783 I b Nr. 74.

sen, am 2. Oktober 1285 Markgraf Otto d. J. von Brandenburg. Die Konsensformel lautet bei Wenzel und Herzog Albrecht: „nostrum benivolum, spontaneum et liberum adhibemus consensum." Auffallend ist, daß auch nicht ein einziger Willebrief der Urkunde vorangeht.[72])

12. Entgegengesetzt ist das Verhältnis zwischen der Urkunde vom 27. Dezember 1282, in der Rudolfs Söhne mit Oesterreich usw. „de libero et expresso consensu imperii principum ius in electione regis Romani ex longa consuetudine tenencium" belehnt werden, und den dazu gehörigen Willebriefen. Mit folgenden Daten sind sie gegeben: am 27. Juli 1282 von Erzbischof Siegfried von Cöln, am 22. August von den Herzögen Johann und Albrecht von Sachsen und Markgraf Otto von Brandenburg, am 22. September von den Erzbischöfen Werner von Mainz und Heinrich von Trier und Pfalzgraf Ludwig. Nur der Böhmenkönig fehlt. Cöln stimmte in folgender Form zu: „nostrum consensum plenum et liberum damus, quod ipse dominus rex principatum . . concedat et conferat . ., quando velit. Cui collacioni seu concessioni nos exnunc consensum liberum et spontaneum adhibemus"; Brandenburg und Sachsen: „voluntatem nostram adhibemus plenariam et consensum . . ut autem . . de nostra voluntate consensu et nulli dubium oriatur et ut presens scriptum robur obtineat firmitatis, id ipsum sigilli nostri munimine duximus roborandum;" Mainz, Trier und Pfalz: „consentimus expresse ac nostrum ad hoc liberaliter impertimur assensum, ut ipse principatus . . conferat et concedat in feodum, quandocumque sue fuerit voluntatis, eidem collationi seu concessioni exnunc ut extunc spontaneum et liberum adhibentes consensum". Man sieht, wo es sich um besonders wichtige Urkunden handelt, daß auf vorzeitiges Erscheinen der Willebriefe Wert gelegt wird. Gerade hier trifft dieser Grund zu, galt es doch einem Recht für das eigene Haus möglichst feste Unterlagen zu geben, und diese Sicherung geschah eben durch vorherige kurfürstliche Genehmigung.[73])

13. Die Belehnung des Grafen Heinrich von Fürstenberg mit Villingen und Haslach, die am 24. Mai 1283 „principum imperii ad hoc benivolo accedente consensu" stattfand, verbrieften sämtliche Kurfürsten, am 19. September 1282 die drei Erzbischöfe, Pfalzgraf Ludwig und anscheinend auch Otto von Brandenburg, am 4. Juni 1297 Herzog Albrecht von Sachsen, am 23. August 1297 König Wenzel von Böhmen. Obwohl also ein Teil der Zustimmungen dreiviertel Jahr vor der Belehnung erfolgte, wurde die letzte erst rund 14 Jahre danach erteilt. Böhmen drückte sein Einverständnis in den Worten aus: „nostrum benigne prestamus assensum",

[73]) Redlich Reg. Rud. 1711, 1740 b. Const. III Nr. 339 — 42 S. 325.

die übrigen außer Brandenburg: „composicionem seu ordinationem, quam Rudolfus . . et predictus Heinricus comes . . duxerint faciendam, . . ratam et gratam habemus et . . nostrum super ipsa adhibemus consensum voluntarium et expressum.“[74])

14. Aehnlich liegen die Verhältnisse bei der Verleihung von Patronatsrechten über Augst und Zeiningen an die Kirche von Basel, die am 18. Oktober 1285 „de consensu maioris partis principum quorum consensus in hoc fuerat requirendus“ erfolgte. Tatsächlich hatte bis dahin der größere Teil der Kurfürsten seine Zustimmung erteilt: am 21. Dezember 1282 Erzbischof Siegfried von Cöln, am 1. Januar 1283 Erzbischof Werner von Mainz, am 19. Februar 1285 Pfalzgraf Ludwig, am 30. März 1285 Herzog Albrecht von Sachsen, am 16. April 1285 König Wenzel, während der kleinere Teil, Markgraf Otto von Brandenburg am 17. August 1297 und Erzbischof Boemund von Trier am 20. November 1298 folgte. Die Konsensformeln sind hier verschieden. Die von Cöln besagte: „Ad presentium et posterorum publicam noticiam volumus pervenire, quod nos dedimus ac presentium litterarum damus et concedimus nostrum spontaneum consensum. In cuius consensus nostri evidens testimonium et cautelam sigillum nostrum presentibus est appensum“; von Mainz: „Ad universitatis vestre publicam noticiam volumus pervenire, quod nos . . nostrum donamus, impertimur et adhibemus consensum spontaneum . .“; von Pfalz und Sachsen: „nostrum adhibemus consensum voluntarium et expressum . ., sicut et reverendi in Christo patres et domini Sifridus Coloniensis et Wernherus quondam Maguntine ecclesiarum archiepiscopi in translationem huiusmodi consenserunt“; ähnlich der Böhmenkönig und Brandenburg: „Nos Otto . . notum facimus . ., quod . . de consensu principum, quorum super hoc patentes littere sunt conscripte, nos dicte translationi seu donationi consentimus et ratam haberi volumus et habemus eandem“; Trier: „Cum alienationes seu gratie a quocunque Romanorum regle facte nullius sint momenti, nisi auctoritate et consensu principum fuerint confirmate, nos igitur attendentes principum donationis affectum, . . eidem capitulo ius patronatus . . de auctoritate et consensu benivolo nostrorum conprincipum conferendo, dictam collationem ratam et gratam habemus et eidem presentibus consentimus, prout in littera serenissimi domini R. Romanor(um) regis predicti et aliorum nostrorum conprincipum plenius continetur.“[75])

15. Zur Belehnung des Grafen Meinhard von Tirol mit dem Herzogtum Kärnten am 1. Februar 1286 findet sich nur ein Wille-

[74]) Redlich Reg. Rud. 1707. 1787. Const. III Nr. 355/57 S. 340/42.
[75]) Redlich Reg. Rud. 1943. Const. III Nr. 656/63 S. 646—49.

brief, der Albrechts von Sachsen vom 29. März 1285. Darin heißt es: „Quia Albertus et Rudolfus duces Austrie et Stirie petiverunt, de nostro beneplacito et consensu procedi, quod serenissimus dominus noster Romanorum rex . . Meinhardum comitem Tyrolensem . . infeodet . . predictorum ducum Austrie precibus inclinati nostrum ad hoc benivolum adhibemus consensum . . In cuius nostri consensus evidens testimonium presens scriptum sigillo nostro fecimus communiri.“[76])

16. Gleichfalls ungenau sind wir über das zeitliche Verhältnis zwischen Willebriefen und Urkunde unterrichtet, als Rudolf dem Abt in Waldsassen Patronatsrechte in Luhe am 22. März 1287 überträgt, da nur drei Willebriefe überliefert und durch Regesten bekannt sind: von Pfalzgraf Ludwig am 28. September 1282, von Erzbischof Heinrich von Mainz am 2. November 1286, von Herzog Albrecht von Sachsen am 16. März 1287. Auffallend ist, daß Heinrich, der als Zeuge die königliche Urkunde unterfertigt, seinen Willebrief bereits so früh ausgestellt hat.[77])

17. Dagegen gehen die sämtlichen 4 Willebriefe nur um einen Tag der Urkunde voraus, in der Adelheid von Hanau mit ihrem Sohn am 26. März 1287 für frei erklärt wird. Sie stammen von den Kurfürsten von Mainz, Cöln, Pfalz und Sachsen und haben dieselbe Ausführung: „Ut autem . . Rudolfus . . personam vestram et Ulricum . . ex plenitudine regie potestatis reddat, donet et faciat liberos . . „ plenum nostrum beneplacitum et consensum benivolum ex certa scientia impertimur.“ Nicht derart wird auf die königliche Urkunde Bezug genommen, daß man daraus schließen könnte, sie habe bereits bei der Abfassung der Willebriefe vorgelegen.[78])

18. Die zur erneuten Belehnung Albrechts von Schenkenberg, Grafen von Löwenstein, die am 11. November 1287 ausgesprochen wurde, gehörigen vier Willebriefe datieren wieder erheblich früher, nämlich von Mainz, Trier, Pfalz zu Boppard am 22. September 1282, von Sachsen zu Znaim am 15. März 1283. So erklärt Pfalzgraf Ludwig: „Volentes . . Rudolfi . . devote votis occurrere et suis beneplacitis cum reverentia debita complacere, consentimus expresse, ac nostrum ad hoc liberaliter impertimur assensum, ut ipse in bonis . . nobili viro Alberto de Schenckenberg . . „ ubicumque voluerit et quandocumque sue fuerit voluntatis, valeat assig-

[76]) Redlich Reg. Rud. 1971. Const. III Nr. 373/75 S. 355. Ueber seine Erhebung in den Reichsfürstenstand siehe S. 12.

[77]) Redlich Reg. Rud. 2066. 1716. 2049 a.

[78]) Redlich Reg. Rud. 2072. Const. III Nr. 392/93 S. 378—79.

nare. Eidem assignationi seu collationi exnunc, ut extunc, spontaneum et liberum adhibentes consensum."[79])

19. Am 17. September 1288 wird Johann von Chalon-Arlay das Recht der Zollerhebung zu Jougne verliehen. Die beiden in Betracht kommenden Willebriefe von Mainz und Trier erschienen wieder danach, und zwar am 30. Mai 1291 zu Frankfurt. Ihre Zustimmung drückt sich in gleicher Weise in den Worten aus: „prout haec omnia in litteris regiis inde confectis sigillo regio sigillatis plenius continetur, approbamus, consentimus et presentium testimonio confirmamus."[80])

20. Daß der Willebrief eigentlich das Ursprüngliche sein sollte, zeigt das Einverständnis König Wenzels vom 13. April 1290, wonach auf die erfolgte Kaiserkrönung Rudolfs sein Sohn zum König gewählt werden sollte: „in eleccione illustris regis Romanorum ius habentes cum aliis ad hoc principibus Germanie deputatis, presentibus dilucide profitemur, quod . . nostrum expressum consensum et ex certa scientia adhibemus . . Ratum et gratum habitum, quidquid predictus dominus R. Romanorum rex . . super predicto negotio fecerit disposuerit seu ordinaverit."[81])

21. Schwieriger ist die Frage bei den beiden Urkunden vom 29. Mai 1291, in denen Johann von Chalon „de consensu nostrorum et imperii principum" das Münzrecht und „nostrorum principum de consilio" die Schirmherrschaft über das Kloster St. Claude zuerkannt wird. Sie sind in Mainz ausgestellt, doch befand sich Rudolf damals in Frankfurt. Hierzu finden sich folgende Willebriefe: am 24. Mai 1291 zu Frankfurt von den drei Erzbischöfen und Albrecht von Sachsen, am 7. Juli 1291 zu Prag von König Wenzel und am 6. September 1291 von Pfalzgraf Rudolf. Boemund von Trier stimmte mit den Worten zu: „approbamus, consentimus et praesentium testimonio confirmamus." Es ist nun sehr wahrscheinlich, daß Rudolf die Urkunden in Mainz, also vor dem 20. Mai ausstellen wollte, da er bis dahin auf das Erscheinen bestimmter Willebriefe rechnete. Ihre Verspätung war daher der Anlaß, erst am 29. Mai in Frankfurt die Ausfertigung vorzunehmen.[82])

Ueberblickt man die Entwicklung, die in der zeitlichen Beziehung zwischen den königlichen Urkunden und Willebriefen un-

[79]) Redlich Reg. Rud. 2129. 1712. Böhmer Reg. 1246—1313 Reichss. Nr. 139 S. 362. Caroli Ludovici Tolneri Historia Palatina. Frankfurt 1700 Anhang Nr. 111 S. 77.

[80]) Redlich Reg. Rud. 2190. 2472. Const. III Nr. 667/68 S. 653—54.

[81]) Redlich Reg. Rud. 2296. Const III. Nr. 427 S. 418.

[82]) Redlich Reg. Rud. 2463/64. Jakob Schwahn Reise nach Oberitalien und Burgund im Herbst 1901 II N. A. 28 S. 228/29. Gallia christiana XIII b S. 359.

ter Rudolf vor sich geht, so kann man sagen, daß ursprünglich die Tendenz vorlag, wenigstens einen Teil der Willebriefe vor Veröffentlichung der königlichen Verfügung einzuholen, wie sich das besonders aus dem letzten Beispiel ersehen läßt. Aber dieses Prinzip ist schon unter seiner Herrschaft vielfach durchbrochen worden.

Bemerkenswert sind auch die Namen der Aussteller, die für diese Zeit genannt werden, sofern man sie zu der Kontroverse über die böhmische und bayrische Kur in Beziehung setzt. Nach den abschließenden Ergebnissen Zeumers[83]) galt der Böhmenkönig als siebenter Kurfürst, wenngleich im Sachenspiegel um 1230 und in der Glosse des Kardinalbischofs Heinrich von Segusio zur Dekretale Venerabilem Innocenz' III. vom März 1202 gewisse Einwendungen gemacht werden. Soviel ist sicher, daß er bei der Wahl König Richards am 13. Januar 1257 zu denen gehörte, die dazu berechtigt waren.[84]) Dem widerspricht nicht die Teilnahme Herzog Heinrichs von Bayern an dieser Wahl, sondern sie ist herzuleiten als Mitstimmrecht an der pfälzischen Kur, wie aus der königlichen Urkunde vom 15. Mai 1275 erhellt. Dagegen bedeutet seine Mitwirkung bei der Wahl Rudolfs die Ausübung eines Kurrechts, das ihm auf Grund seines Herzogtums zustand, wie nachdrücklich betont ist.[85]) Da die böhmischen Gesandten sich nicht an dieser Wahl beteiligten, aber Wert auf einhelligen Beschluß aller Kurfürsten gelegt wurde, so ließ man den Bayern zu, um auf diese Weise die Siebenzahl zu erhalten. Entweder blieb danach die Kur bei Böhmen und Bayern erhielt die achte Würde, oder aber sie wurde Böhmen entzogen und Bayern trat an seine Stelle. Gleichwohl geschah in der Folgezeit nichts, um den hier gekennzeichneten Anfang zum tatsächlichen Ende zu bringen. Da Heinrich sich nicht mit dem König zu stellen wußte, andererseits nach Ottokars Untergang kein Anlaß vorlag, seinem Nachfolger die Kurwürde auf die Dauer vorzuenthalten, so wurde durch zwei königliche Verfügungen vom 4. März 1289 und 26. September 1290 den bayrischen Ansprüchen völlig der Boden entzogen.[86])

Somit handelte es sich bei der Wahl Rudolfs in der Frage der bayrischen Kur nur um einen halben Schritt: man ließ wohl Bayern sich an der Wahl beteiligen, bekannte sich also zu einer Prämisse, aber befriedigte nachher die Ansprüche Heinrichs nicht und vergaß also, den Schluß folgen zu lassen. Diese Tatsache ergeben auch die Willebriefe.

---

[83]) Karl Zeumer Die böhmische und bayrische Kur im 13. Jahrhundert. Hist. Zschr. 94. 1905 S. 209 f.
[84]) Const. II Nr. 385 S. 484.
[85]) Const. III Nr. 83 S. 71.
[86]) Const. III Nr. 415 S. 408 Nr. 444 S. 426.

Als Niederschlag der bayrischen Ansprüche hätten diejenigen zu gelten, die von den Herzögen zu Bayern als Kurfürsten ausgestellt sein müßten. Es sind aber keine vorhanden, und damit entfällt auch die letzte Wahrscheinlichkeit dafür, daß der König an Stelle des Böhmen die Kurwürde Heinrich übertragen habe, und so besteht die Ansicht Zeumers voll zu Recht, nach der eben nur für 1273 die bayrische Stimme ratione ducatus angesehen worden wäre. Auch bei dem Willebrief für die Römische Kirche läßt sich ein kurfürstliches Einwilligungsrecht Bayerns nicht feststellen. In dem Schreiben des Papstes an die Kurfürsten vom Dezember 1278 wird Heinrich nicht erwähnt, ebensowenig wie er den Gesamtwillebrief mitbesiegelt. Zwar gab er am 8. März 1279 seinen Konsens, allein das taten andere Fürsten gleichfalls. Und wenn auch die zweite päpstliche Aufforderung an die Kurfürsten vom 3. Juni 1279 wie an Pfalzgraf Ludwig so an seinen Bruder Heinrich erging: „Dilecto filio nobili viro Henrico comiti palatino Reni, duci Bawarie", so wird damit seine Teilnahme an der pfälzischen Kur gemeint sein, zumal sich jene Aufforderung gleichzeitig an die beiden Herzöge von Sachsen und beide Markgrafen von Brandenburg richtete. Zur Erteilung von Willebriefen zugelassen zu werden, daran mußte Heinrich ein starkes Interesse haben, wenn er tatsächlich als Kurfürst gelten wollte. Daß von ihm keine vorliegen, beweist eben nur, wie schlecht gegründet seine Ansprüche waren, wenn man nicht gerade die Ueberlieferung dafür verantwortlich machen will. Gewiß war auch das Verhältnis, in dem er zu Rudolf stand, bis 1275 direkt feindlich, danach aber begann er sich seiner Partei zu nähern, so daß der König wohl mit seiner Konsensbewilligung hätte rechnen dürfen, wenn er ihm überhaupt eine solche zugebilligt hätte. Oder man müßte annehmen, sein Bruder Ludwig, der die Ansprüche Heinrichs bekämpfte, hätte Mittel und Wege gefunden, ihn vom Konsensrecht auszuschließen.

Allerdings sieht es auch mit den böhmischen Willebriefen für diesen Zeitraum nicht gerade ermunternd aus. Leicht erklärlich ist es, daß solche von Ottokar fehlen. Rudolf hat ihn gar nicht erst gefragt, andererseits hätte jener auch seine Zustimmung verweigert. So wurde am 25. Oktober 1273 Adelheid, Tochter Ulrichs von Minzenberg, für frei erklärt „de consensu principum nostrorum qui coronacioni nostrae felici interesse poterant et debebant." Unter den Fürsten sind vorzugsweise auch die Kurfürsten zu verstehen. Da diese alle außer Böhmen bei der Krönung zugegen waren, so ist er eben gar nicht erst um seinen Konsens angegangen. Zur Bestätigung der von Konradin an Herzog Ludwig von Bayern gemachten Schenkungen am 1. März 1274 hätte billigerweise wohl der eigene Bruder seinen Willebrief geben müssen, wenn es in seiner Macht gestanden hätte, da er damals noch von

Ludwig in seinen Bemühungen um das Kurrecht unterstützt wurde. Freilich muß man dabei sein gespanntes Verhältnis zum König berücksichtigen, das Rudolf veranlaßt haben kann, von ihm gar nicht den Willebrief einzufordern. Um so merkwürdiger berührt derjenige von König Wenzel, der allerdings erst am 15. April 1291 erging. Aus den erwähnten Gründen fehlt ein solcher von Ottokar, wollte man aber bei Wenzel, der 1283 zur Regierung kam, erst die Großjährigkeit abwarten, so hätte er sich bereits früher äußern können. Da aber die Erzbischöfe von Mainz und Trier noch später urkunden, so kommen für seine späte Ausstellung vielleicht entsprechende Gründe in Frage wie für die beiden. Für eine Verleihung an Otto von Ochsenstein am 18. März 1278 datiert der Willebrief Wenzels vom 3. März 1289 als letzter. Da bei der Vergabung von Reichsgut seit 1281 es genügte, wenn die Majorität der Kurfürsten ihre Zustimmung gab, also die böhmische übrig war, so darf man hieraus wohl den Schluß ziehen, daß die Aufforderung zur Konsenserteilung bereits verhältnismäßig früh an Böhmen erging, also damals sein Konsens- und damit sein Kurrecht nicht bestritten war, vielleicht bald nach 1281, als er großjährig wurde. Zur Verpfändung des Reichszolls in Boppard an Eberhard von Katzenellenbogen vom 11. November 1282 gab Wenzel am 13. April 1285 seinen Willebrief, und zwar innerhalb eines Zeitraums, in den auch die Ausstellung der übrigen Willebriefe fällt, also keineswegs besonders spät. Das zeigt doch, daß wesentlich zur selben Zeit um seine Erklärung nachgesucht wurde wie die der anderen, vielleicht also schon Monate vorher. Es ist der früheste Willebrief, der das böhmische Kurrecht bestätigt. Zur Belehnung von Rudolfs Söhnen mit Oesterreich usw. vom 27. Dezember 1282 ist von Böhmen zweifellos keine Einwilligung verlangt worden. Zwar war damals Wenzel noch minderjährig, aber er hätte das Versäumte ja später nachholen können, wie er das mehrfach getan hat. Bei der Wichtigkeit, die Rudolf dieser Urkunde beimaß, wäre ihm auch die Einwilligung des siebenten Kurfürsten willkommen gewesen. Aber schon in der bloßen Zumutung hätte eine Kränkung Wenzels bestanden, da die genannten Länder zur Krone Böhmen gehört und endgiltig 1278 losgetrennt worden waren. Daß Rudolf einer solchen Demütigung fern stand, scheint schon aus seinen Worten hervorzugehen „de libero et expresso consensu imperii principum ius in eleccione regis Romani ex longa consuetudine tenencium." Mit der Betonung, daß die Zustimmung nur derjenigen Kurfürsten vorliege, die das Kurrecht aus langer Gewohnheit besäßen, wird Böhmen anscheinend ausgeschlossen. Denn von ihm hatte ja jene bereits erwähnte Glosse des Hostiensis ausgeführt „nec istud ius habuit ab antiquo, sed de facto hoc hodie tenet." Damit will Rudolf das Kurrecht des Böhmen nicht

an sich ausschließen, er will ihm eben nur eine Demütigung ersparen, und in dieser Rücksichtnahme zeigt sich eher geradezu eine ganz ausdrückliche, wenn auch mehr latente Anerkennung seines Konsens- und Kurrechts. Wesentlich verspätet, am 23. August 1297, folgt sein Willebrief auf die Urkunde für Heinrich von Fürstenberg vom 24. Mai 1283; allerdings datiert vom selben Jahre auch der sächsische. Dagegen urkundete er zur Ausstattung der Kirche von Basel vom 18. Oktober 1285 bereits am 16. April, drei Tage, nachdem er der Vergabung des Bopparder Reichszolls zugestimmt hatte.

So ergeben die Willebriefe ohne Zweifel eine Stütze für die Darlegungen Zeumers, obwohl die aus der Minderjährigkeit Wenzels hervorgehenden Schwierigkeiten eine restlose Erhellung der Kontroverse auch von dieser Seite aus nicht gestatten. Man sieht, nicht erst die Bestätigungsurkunden von 1289 und 1290 waren für Böhmen der Anlaß zur Erteilung von Willebriefen, vielmehr datiert der Zeitpunkt für die Betätigung dieses kurfürstlichen Rechts beträchtlich früher.

22. Besonders beachtenswert sind nun die Beziehungen, die zwischen der Erhebungsurkunde für Landgraf Heinrich von Hessen vom 11. Mai 1292 und den zugehörigen Willebriefen bestehen. Erhalten sind die Briefe des Erzbischofs Gerhard von Mainz, des Pfalzgrafen Ludwig II., des Markgrafen Otto IV. mit dem Pfeil und Otto V. des Langen und des Herzogs Albrecht von Sachsen. Sie sind sämtlich am Tage vorher in Frankfurt ausgestellt. Der Konsens wird in folgender Weise ausgedrückt: „Quodque idem dominus lantgravius et sui heredes . . pro principibus imperii habeantur . ., prout in litteris ipsius domini nostri regis Romanorum pre(fat)i super hoc confectis plenius continetur, ratam et gratam gerimus et habemus ac nostrum consensum, scientes, libentes, utilitatem imperii ex hoc facere cupientes, duximus adhibendum." Man sieht also, daß die Erhebungsurkunde bereits vorlag, obwohl sie einen Tag später datiert.[87])

23. Am 17. Mai 1292 verpfändet Adolf „de consensu principum imperii, quorum ad hoc consensus est merito requirendus" dem Pfalzgrafen Ludwig die Stadt Lübeck oder Goslar. Am selben Tag versicherte Otto von Brandenburg: „ex nunc, prout ex tunc presentibus consentimus et nomine principatus nostri ad eam (nämlich ypothecationem) adhibemus consensum nostrum voluntarium et expressum, dantes eas in testimonium super eo, sigilli nostri robore

---

[87]) Böhmer Reg. 1246—1313 Nr. 3. S 160. Höhlbaum Zur Geschichte der Verleihung der Reichsfürstenwürde an Landgraf Heinrich von Hessen. Mitt. Oberh Gesch. Vereins N. F. 4 1893. Const. III Nr. 476/78 S. 464—66.

communitas.“ Boemund von Trier gab dieselbe Erklärung am nämlichen Tage und Ort.[88])

24. Bereits am 11. Dezember 1296 hatte König Adolf dem Kloster Volkerode bestimmte Abgaben erlassen. Erst am 4. Juni 1297 gaben die Kurfürsten von Mainz, Brandenburg und Sachsen zu Prag, am 20. Juni der Böhmenkönig die Zustimmung; dieser in folgender Weise: „iuxta continentiam litterarum, quas eis ipse dedisse dicitur super eo, tamquam membrum sacri imperii praesentibus assentimus.[89])

25. Daß auch unter Adolf lange die Vorstellung lebendig blieb, die Willebriefe müßten das Ursprüngliche sein, zeigt die gemeinsame Zustimmung der Kurfürsten von Mainz, Böhmen, Brandenburg und Sachsen zur Belehnung des Klosters Waldsassen mit bestimmten Ortschaften am 4. Juni zu Prag: „Nos . . publice protestamur, quod . . ad hoc quod serenissimus dominus . . villas Hohentan . transferat et libere, si sibi placuerit, largiatur eisdem, favorem nostrum apponimus benignum et consensum benivolum adhibemus.“ Dabei ist zweifelhaft, ob die Belehnung selbst stattgefunden hat.[90])

26. Andererseits deutet des Königs Versprechen, als er am 17. Juli 1297 dem Pfalzgrafen Rudolf einige Reichspfandschaften anweist, hierzu die Willebriefe zu beschaffen, darauf hin, daß sie auch nachfolgen konnten.[91])

27. Die Ansprüche des Grafen Eberhard von Württemberg auf verschiedene Ortschaften erkannte König Albrecht am 19. Nov. 1298 in zwei besonderen Urkunden an und versprach dabei in der zweiten: „darzu soln Wir im vber dis sache der fursten gunst vnd willen gewinnen.“ Zwei Tage später gab der Kurfürst von Böhmen ebenfalls in Nürnberg seinen Willebrief: „Wir Wenzeslaus . . .tuen kunt allen luten, . . . daz Wir vnsern willen vnd vnsern gunst mit andern fursten, die zuo der kur dez Romischen riches herent, han gegeben vnd getan darzuo . . . Dirro rede aller veriehen wir also sie geschrieben stat an den briefen, die der vorgeschriben vnser herre der Romische kung Albreth darvber gegeben hat. Daz aber daz stete blibe, des geben Wir disen brief . . .“[92])

28. Vom gleichen Tag und Ort stammen königliche Urkunde und Willebrief des Pfalzgrafen, wodurch des edlen Siegfried von

---

[88]) Böhmer Reg. 1246—1313 Nr. 6. S. 161. Codex Lubecensis I. 1. 533.
[89]) Böhmer Reg. 1246—1313 Nr. 336. S. 185. Schöttgen und Kreysig Diplomataria et scriptores historiae Germanicae. Altenburg 1753 I. S. 778.
[90]) Böhmer Reg. 1246—1313 Nr. 211 S. 369. Const. III Nr. 643. S. 627.
[91]) Böhmer Reg. 1246—1313 Nr. 359. S. 187.
[92]) Böhmer Reg. 1246—1313 Nr. 77 S. 205. Christian Friedrich Sattlers Geschichte des Herzogthums Würtenberg. Ulm 1767 II Beylagen Nr. 23/25.

Eppenstein Gattin und Sohn für frei erklärt werden. In der Urkunde findet sich der Hinweis auf die kurfürstliche Einwilligung: „dilectorum principum nostrorum consensu eciam accedente concorditer." In dem Willebrief lautet der Konsens: „donacioni libertatis facte per serenissimum dominum nostrum Albertum Romanorum . . . favorabiliter assentimus."[93])

29. In dem Ehevertrag, den König Albrecht am 8. Dezember 1299 zwischen seinem Sohn und Blanca von Frankreich schließt, verpflichtet er sich, die Willebriefe von wenigstens drei Kurfürsten zu verschaffen: „ceterum cum omnium electorum principum predictorum assensus . . . propter aliorum absentiam vel auctoritatem [non] prestitam in hac parte contractus matrimonii . . . nullatenus differatur, sed bona fide modis omnibus consumetur." Daß diese wirklich gegeben wurden, erhellt aus der Ulmer Urkunde vom 5. Febr. 1300, in der auf den Vertrag Bezug genommen wird: „adveniente insuper consensu illustrium principum electorum regis Romanorum, videlicet Rudolfi comitis palatini Reni ducis Baioarie. Rudolfi ducis Saxonie et Henrici marchionis Brandenburgensis."[94])

30. Einen tieferen Einblick gewährt wieder die Verpfändung von Westhoven und Baldeburnen an den edeln Johann von Lichtenberg am 21. Okt. 1302, zu welcher der König zwei Tage danach die Einwilligung der Kurfürsten nachsuchte: „sinceritatem vestram studiosa precum instantia deprecamur, quatinus eundem Johannem . . . sinceris affectibus amplectentes ad obligationem villarum huiusmodi per nos factam vestrum assensum et consensum benivolum apponatis." Diese erfolgte dann auch durch die Erzbischöfe von Mainz und Cöln am 23. Okt., von Trier am 9. Nov. mit dem Ausdruck: „prout in litteris ipsius nostri regis apparet . . . nostrum consensum apponimus et assensum"; durch Rudolf von Sachsen und Hermann von Brandenburg ebenso, und zwar nach der römischen Datierung am 21. April, nach der Festdatierung am 14. August 1303; durch Pfalzgraf Rudolf zuerst am 14. August 1303, durch Wenzel am 25. Mai 1303, durch den Pfalzgrafen abermals am 31. Juli 1305 mit den Worten: „nostrum consensum et assensum plenissimum impertimur."[95])

31. Die Bestätigung der Rechte für die bayrischen Herzöge am 28. Nov. 1308 zu Frankfurt geschah „de bona voluntate et unanimi ac expresso consensu uener: principum Mogunt. Coloniens. ac Trevirens. ecclesiarum archiepiscoporum, nec non Woldemari marchionis Brandenburgensis et Rudolphi ducis Saxoniae, principum

[93]) Const. IV 1. Nr. 37, 38. S. 33.

[94]) Böhmer Reg. 1246—1313 Nr. 243 S. 218. Const. IV, 1. Nr. 84, 90. S. 64, 68.

[95]) Böhmer Reg. 1246—1313 Nr. 401 S. 231. Const. IV, Nr. 150 S 121.

nostrorum illustrium, omnia privilegia . . . aprobamus . . . promittentes de consensu principum nostrorum praedictorum omnium et singulorum." Darüber haben die Kurfürsten von Mainz, Cöln, Trier und Sachsen am gleichen Tage ihre besonderen Willebriefe ausgestellt.[96])

32. Der Tausch gewisser Ortschaften mit dem Bischof von Straßburg am selben Tag geschah „de consilio principum nostrorum, ad quos ius eligendi regem promovendum in imperatorem pertinet, et illorum accedente consensu" und „de consensu principum nostrorum predictorum concedimus." Der einzig überlieferte Willebrief des Markgrafen von Brandenburg vom selben Tag bezieht sich folgendermaßen auf die königliche Urkunde: „permutacionem, donacionem ac provisionem huiusmodi per ipsum dominum Heinricum in Romanum regem electum de consilio nostro recognoscimus esse factas, prout in litteris suis regalibus super eo confectis et traditis exprimitur et lucide continetur, et ad omnia premissa consensum nostrum expressum et benivolum adhibemus."[97])

33. Zu der Bestätigung des Bergwerkregals für den Grafen Berthold von Henneberg durch Heinrich VII. am 23. Juli 1309 in Hall gaben folgende Kurfürsten ihre Willebriefe: am 27. April 1310 Pfalzgraf Rudolf, am 29. Mai Erzbischof Peter von Mainz, am 18. Juni Markgraf Heinrich von Brandenburg, am 26. Juni Herzog Rudolf von Sachsen, am 25. Juli Erzbischof Balduin von Trier und Markgraf Woldemar von Brandenburg, am 29. August Erzbischof Heinrich von Cöln, am 22. Mai 1311 König Johann von Böhmen.[98])

34. Vom selben Tag und Ort datiert die Bestätigung über das Stadtrecht von Wasungen für denselben, und dazu erteilten die genannten Kurfürsten mit Ausnahme von Mainz und Sachsen entsprechend ihre Zustimmung. Die Konsensformel hieß: „nos huic gracie per . . . Albertum . . . facte . . . et Heinricum . . . innouate et confirmate super eo traditarum presentibus consentimus." Kein Willebrief ist vor der königlichen Urkunde ausgefertigt.[99])

35. Zur Belehnung der Herzöge von Oesterreich, Uebertragung der Rechte Johanns, des Neffen König Albrechts, auf sie und Verpfändung von Mähren verspricht Albrecht am 17. September 1309 die kurfürstlichen Willebriefe zu verschaffen: „promittimus . . impetrare et obtinere . . consensum et litteras venerabilis Petri

---

[96]) Böhmer Reg. 1246—1313 Nr. 1 S. 257. D. Fried. Christ. Jon. Fischers Kleine Schriften. Halle 1781 II, S. 523.

[97]) Böhmer Reg. 1246—1313 Nr. 4 S. 258. Const. IV, I Nr. 263 a, b, S. 231—33.

[98]) Böhmer Reg. 1246—1313 Nr. 129 S. 265. Hennebergisches Urkundenbuch I Nr. 66/70.

[99]) Böhmer Reg. 1246—1313 Nr. 130 S. 265 Hennebergisches Urkundenbuch I Nr. 75—81.

archiepiscopi Maguntinensis et aliorum principum electorum imperii." Ueber die beiden ersten Punkte stellten die drei Erzbischöfe in besonderer Ausfertigung am 18. September ihre Willebriefe aus: „de consilio nostro et aliorum coelectorum nostrorum . . nos huiusmodi collacioni et investiture consensum nostrum adhibemus benivolum et expressum." In einer gemeinsamen Ausfertigung für jeden Punkt besonders folgten am 10. und 20. Okt. die Brüder Rudolf und Ludwig von der Pfalz.[100])

36. Die von den Königen Adolf, Albrecht und Heinrich zuletzt am 14. Juli 1310 den Erzbischöfen von Trier zuerkannten Privilegien bestätigt Johann von Böhmen erst am 27. Dez. 1313: „nos causis concessionum predictarum cognitis ex certa scientia premissa omnia et singula ratificantes et approbantes eisdem omnibus et singulis consensum nostrum et assensum presentibus duximus adhibendum."[101])

37. Zu der Verleihung von fürstlichen Rechten an den Grafen von Henneberg am 25. Juli 1310 sind die Willebriefe von Mainz, Cöln, Trier, Pfalz und Brandenburg zu Frankfurt an demselben Tage erlassen, von Böhmen am 22. Mai 1311 mit der Konsensformel: „prout superius et in litteris regalibus exprimuntur, consensum nostrum expressum et benivolum adhibemus."[102])

38. Die Willebriefe, die sich auf die Verleihung der Patronatsrechte über die Pfarrkirche in Nördlingen an Kloster Heilbronn am 27. Juni 1310 beziehen, stammen sämtlich aus späterer Zeit: aus Nürnberg vom 23. Jan. 1313 der böhmische, vom 24. Jan. der pfälzische, vom 27. Jan. der cölnische, aus Frankfurt vom 21. Okt. 1314 der brandenburgische. König Johann gebrauchte die Konsensformel: „auctoritate electionis, quam in imperio tamquam eius princeps et unus de electoribus tam de iure quam de consuetudine obtinemus, nostrum prestamus consensum benivolum et expressum." Pfalzgraf Rudolf „consensum auctoritate presencium adhibuimus et adhibemus, ex certa scientia voluntarium et expressum."[103])

39. Am 1. Sept. 1310 hatte in Speyer der König dem Erzbischof Heinrich von Cöln Gerechtsame an Zöllen, am 2. und 3. September am Kloster Essen und Hof Brakel verliehen und zu diesen drei Punkten in einem Schreiben vom 2. Sept. die Kurfürsten einzeln um ihre Willebriefe ersucht: „te rogamus et requi-

---

[100]) Böhmer Reg. 1246—1313 Nr. 146 S. 270. Const. 4. 1. Nr. 320—323 S. 280/81 Nr. 325—326 S. 283.

[101]) Böhmer Reg. Ludwig Nr. 361 S. 291. Const. V. Nr. 14 S. 12 Note.

[102]) Böhmer Reg. 1246—1313 Nr. 261 S. 278. Const. IV, 1 Nr. 405/06 S. 353.

[103]) Böhmer Reg. 1246—1313 Nr. 266 S. 278. Reg. Ludwig Nr. 487 S. 334 Daniel Eberhart Dolp Gründlicher Bericht der Stadt Nördlingen, ebenda 1738 Anhang Nr. 18—21.

rimus seriose, quatinus super hiis tuum consensum adhibendo litteras tuas super hiis ipsi archiepiscopo tradendo sigilles, quia ceteris principibus nostris idem scripsimus et nostre in hoc celsitudini regie quam plurimum complacebis." Zu der Urkunde über die Verleihung von Zöllen, die „ex certa nostra scientia de nostrorum principum consilio et assensu" erfolgt war, gab der Erzbischof von Mainz am 6. Sept. zu Speyer seine Einwilligung: „nostro et conprincipum nostrorum aliorum ad id accedentibus consilio et consensu, prout in litteris ipsius domini nostri regis super hiis confectis plenius continetur, . . secundum formam litterarum prefati domini nostri super premissis ut dicitur confectarum expressum consensum presentibus adhibendo;" ebenso der Böhmenkönig. Zu den Urkunden vom 2. und 3. Sept. erließen die Kurfürsten von Mainz, Cöln, Brandenburg und Böhmen ihre Willebriefe am 2. Sept. in ganz ähnlicher Weise. Doch deutet der Satz: „prout in litteris ipsius domini nostri regis super hiis confectis plenius continetur" darauf hin, daß die königliche Verfügung bereits vorlag. Am 27. Jan. 1313 gab der Böhmenkönig zu Nürnberg nochmals seine Zustimmung: „prout in litteris dicti patris nostri continetur, sicut ceteri coelectores et conprincipes nostri fecerunt, consensum nostrum tamquam princeps imperii adhibemus."[104])

40. Zu der Verleihung von Reichsgut an den edlen Albert von Hohenlohe am 7. Sept. 1310 erließen Willebriefe: am 27. Okt. 1310 Erzbischof Peter von Mainz, am 12. März 1311 Woldemar von Brandenburg in der Form: „prout in litteris antedicti domini nostri regis eidem Alberto traditis continetur, . . ratam et gratam habentes presentibus consentimus;" am 7. Jan. 1312 König Johann: „prout in litteris per dictum genitorem nostrum super eo sibi datis expresse continetur, in omnibus consentimus ipsamque presentibus approbamus."[105])

41. Nur ein Willebrief findet sich zur Verpfändung von Zeil am 22. Juli 1311 an Graf Dietegen von Castell, der Heinrichs von Cöln am 25. Jan. 1313 mit der Konsensformel: „nos tamquam princeps imperii, qui vocem in electione Romanorum regis habere dinoscimur et obtinere, predicte obligationi, sicut rite facta est, nostrum damus consensum pariter et favorem ipsamque obligationem ratificamus et presentis scripti patrocinio confirmamus."[106])

42. Am 25. Nov. 1314 verzichtete Ludwig auf die Ansprüche der deutschen Könige an Holland, Seeland, Friesland: „libere et

---

[104]) Böhmer Reg. 1246—1313 Nr. 288/89 S. 280 Nr. 290/94. Reg. Ludwig Nr. 535 S. 389. Const. IV, 1 Nr. 418. 422. 417. S. 364. 368.
[105]) Böhmer Reg. 1246—1313 Nr. 310 S. 281. Const. IV, 1 Nr. 431/4 S. 373.
[106]) Böhmer Reg. 1246—1313 Nr. 413 S. 292. Const. IV, 2 Nr. 1282. 1283 S. 1417/18.

absolute de consensu et assensu nostrorum principum quittamus." Dazu hatten bereits am 21. Okt. zu Frankfurt Erzbischof Balduin von Trier, Johann von Böhmen und Johann von Sachsen ihre Zustimmung erteilt: „ratum et gratum habentes eam tamquam princeps et elector sacri Romani imperii ex certa sciencia approbamus et confirmamus ac nostrum consensum et assensum eisdem quittationi et renunciationi duximus adhibendum."[107])

43. Am 4. Dez. 1314 hatte das Ruprechtskloster bei Bingen das Patronat über Friedberg erhalten. Dazu gab am 29. April 1315 der Erzbischof von Mainz sein Einverständnis: „in quantum nostra tanquam electoris imperii interest, nostrum consensum apponimus"; am 22. Febr. 1320 König Johann.[108])

44. Friedrich der Schöne gelobt am 21. Mai 1315 zu Basel seinen Verleihungen an Graf Ulrich von Helfenstein und seinen Sohn Johann die Willebriefe der Kurfürsten zu erwirken, die für ihn sind und die er noch zu gewinnen hofft. Das zeigt deutlich, wie in diesem Fall der königliche Erlaß das Primäre gewesen ist.[109])

45. Wenn Ludwig am 30. Juni 1315 die Stadt Weißenburg an den Bischof von Ingolstadt verpfändet und erst am Tage darauf verspricht, für die Willebriefe zu sorgen, so beweist das wieder, daß sie durchaus nicht der Urkunde vorangehen mußten, ja daß selbst die Absicht, sie zu verschaffen, erst hinterher sich äußert, obwohl der König großen Wert auf sie legt: „quia tamen ad obligacionem huiusmodi horum principum qui sunt electores imperii pro habundanti cautela fuit forsitan requirendus assensus, ut in hac parte obligacio per nos facta debitum firmitas et roboris sorciatur effectum, promittimus quod quam primum iidem principes electores, quorum aliqui inter se iam quodammodo discordare noscuntur, concordati fuerint ad invicem et uniti, ad obtinendum ad hoc eorum consensum interponemus et adhibebimus omni qua poterimus sollicitudine partes nostras."[110])

46. Am 11. Juli 1315 erhält der Graf von Henneberg bestimmte Gerichtsprivilegien; am 25. Juli werden sie von Pfalzgraf Rudolf, am 13. Sept. von König Johann, am 7. März 1316 von den Erzbischöfen von Mainz und Trier bestätigt: „nos igitur . . in huiusmodi gracie regalis donum predicto comiti et suis heredibus iure perpetuo collatum consentimus et ipsum nichilominus presentibus approbamus."[111])

---

[107]) Böhmer Reg. Ludwig Nr. 2 S. 1. Const. V, Nr. 130 S. 129.

[108]) Böhmer Reg. Ludwig Nr. 579 S. 392. Stephan Alexander Würdtwein Dioecesis Moguntina. Mannheim 1777 III S. 24

[109]) Böhmer Reg. Ludwig Nr. 313 S. 382.

[110]) Böhmer Reg. Ludwig Nr. 129. 131 S. 9. Const. V, Nr. 298 S. 258.

[111]) Böhmer Reg. Ludwig Nr. 133 S. 9. Const. V, Nr. 300/301 S. 260/61.

47. Am 9. Jan. 1316 verleiht König Ludwig an Augsburg Privilegien und verspricht dazu die Willebriefe zu besorgen: „vobis promittimus, quod ad cautelam maiorem et firmitatem pleniorem apud illustres principes nostros electores imperii sine capcione qualibet laborabimus et diligencia qua possumus efficiemus, quod graciis . . vobis et civitate vestre predicte per nos factis et traditis consensum suum adhibeant voluntarium et expressum." Dem entsprachen zu Nürnberg die Erzbischöfe von Mainz am 8., von Trier am 9. März folgendermaßen: „Supplicationibus nobis tamquam uni ex principibus precipuis, cuius tam de iure quam de approbata consuetudine interest regem Romanorum eligere in imperatorem postea consecrandum, prudentibus viris consulibus . . , ut gratias ipsis . . per serenissimum dominum Ludowicum Romanorum regem factas dignaremur ex vigore auctoritatis que nostri interest, esse debet et poterit, approbare, . . nos . . favorabiliter annuentes premissas gratias, prout rite date sunt et racionabiliter . approbamus." Johann von Böhmen urkundete am 9. April: „Nos fatemur . . , Ludwicum . . pridem per suas litteras benigniter nos rogasse, ut ad instar aliorum conprincipum nostrorum electorum imperii gracias et libertates per eum et litteras suas . . concessas pro parte nostri ratas habentes et gratas, eis ad . . regis preces et instanciam nostrum adhibemus consensum, sigilla nostra ratihabiciones et consensus nostri litteris apponentes. Preces igitur . . regis predicti estimantes . . libertates . . pro parte nostri ratas habentes et gratas eis ut digne ac mature concessis velut princeps et membrum imperii nostrum in hiis scriptis adhibemus consensum voluntarium et expressum."[112])

48. Auch das Versprechen des Königs am 19. Juni 1317, dem Erzbischof Balduin von Trier die Einwilligung des Pfalzgrafen Ludwig in die Verpfändung von pfälzischen Besitztümern zu verschaffen, die am 10. März 1316 stattgefunden hatte, spricht durchaus nicht für die Ursprünglichkeit der kurfürstlichen Willebriefe. Er versicherte: „Item quod idem frater noster obligacionem eidem archiepiscopo factam per nos de bonis comitatus palatini Reni approbabit et ratificabit per suas patentes litteras suo sigillo sigillatas."[113])

49. Spät nach der Urkunde, durch die Konrad von Schlüsselberg am 3. Okt. 1322 mit Gröningen belehnt wird, erscheinen die Willebriefe. Vom 2. Aug. 1331 datiert der böhmische, in deutscher Sprache ausgestellt und in dem Konsens gipfelnd: „in aller der weise, also desselben kaysers Ludwichs brief darüber sprechent

[112]) Böhmer Reg. Ludwig Nr. 180 S. 11. Const. V, Nr. 341/44 S. 287/89.
[113]) Böhmer Reg. Ludwig Nr. 249 S. 15. Const. V, Nr. 351 S. 294 Nr. 418 S. 353.

und sagent, als ein glied und kurfürste des reichs, gantz und stet halden, . . und besteten sullen." Vom 14. Aug. datiert der von Trier: „tanquam membrum et archicancellarius sepe dicti imperii in quantum in nobis est, iuxta tenorem et continenciam literarum a dicto imperio eis desuper traditarum, tenore presencium approbamus." Die gemeinsame Erklärung Ruprechts und Rudolfs von der Pfalz am 7. Nov. 1332 ist deutsch abgefaßt: „thun chund . ., daz wir . . alle die gnade und lehen, die ihm . . von Unsers lieben herren und vettern, cheyser Ludewichs brief darüber sprechent und sagent, Unser guten willen und gunst darzu gegeben haben, und geben auch mit diesem brief daz gantz und stet zu halten, und zu bestätigen suln, als kurfürsten des reichs thun suln."[114])

50. Zu den Verleihungen mit Reichsgut an den Burggrafen Friedrich von Nürnberg fehlen die Willebriefe noch am 9. Jan. 1328, obwohl Ludwig bereits am 8. Sept. 1325 zum ersten Mal gelobt hatte, sie zu erwirken: „Wir Ludewig . . veriehen ofenlich an disem brieve, daz wir . . uns gen im versprochen, daz wir . im gewinnen sullen des reichs kurfürsten brieve vnd insigel, damit si besteten vnd stet haldent di selben satzunge."[115])

51. Selbst die Willebriefe, die zu dem wichtigen Vertrag von Pavia über die pfälzische Kur am 4. August 1329 überliefert sind, rühren Jahre danach her, nämlich vom 8. Dez. 1333 zu Frankfurt von Böhmen und Sachsen. Der Böhmenkönig versicherte: „Wir . . veriehen ofentlich an diesem brief, daz wir alle die gemächt und thailung . . stät halten, und bestätigen si auch mit diesem brief in aller der weise, als die brief sagent von wort zu wort die si darüber gen einander geben habent."[116])

52. Anfang April 1330 wurde an Graf Ulrich von Württemberg Achalm und Reutlingen verpfändet. Am 26. Mai stimmte der Böhmenkönig zu: „quia . . Ludwicus . . de nostro tamquam coelectoris et principis imperii favore et consensu ac consilio in certa summa pecunie iuxta ipsius litterarum co[n]tinenciam obligavit, nos eandem obligationem legittime et iustis de causis factam approbamus ei . . nostrum benivolum prebentes assensum et expressum." Am 1. Juni folgten die Pfalzgrafen Rudolf und Ruprecht gemeinsam mit einer entsprechenden Erklärung.[117])

53. In der Urkunde, in der Ludwig am 6. Aug. 1330 den Herzögen von Oesterreich verschiedene Ortschaften verpfändet, ver-

---

[114]) Böhmer Reg. Ludwig Nr. 150 S. 196. Lünig R. A. 23 S. 1763/64.
[115]) Böhmer Reg. Ludwig Nr. 843 S. 49 Nr. 959 S. 58. Const. VI, 1,1 Nr. 114 S. 79.
[116]) Böhmer Reg. Ludwig Nr. 195 S. 200 Nr. 145 S. 249. D. Fried. Christ. Jon. Fischers Kleine Schriften. Halle 1781 II S. 659/600.
[117]) Böhmer Reg. Ludwig Nr. 130 S. 194. Const. VI, 1,2, Nr. 767/68 S. 652/53. Paul Fried. Stälin Geschichte Württembergs I S. 494.

spricht er auch: „und sullen wir in ouch di selben phand mit der walfursten brief und urchunde bestetigen, als wir aller chiriste mugen an geverd." Damals also waren solche noch nicht ergangen. Vom 25. Nov. 1330 datiert das Schreiben Ludwigs von Brandenburg: „prout in ipsius domini imperatoris litteris plenius continetur, . . cum in talibus noster merito sit consensus requirendus, cum instantia extiterit petitum, ut eandem obligacionem provide factam ratificare et approbare nostris litteris vellemus, . . tamquam princeps et coelector ipsius sacri imperii ratam habemus et gratam eamque de nostri consensus et assensus plenitudine approbamus, ratificamus et presentis scripti patrocinio confirmamus."[118])

54. Am 11. Aug. 1338 macht Ludwig einen Vertrag über den Wechsel in der pfälzischen Kur, den am 7. Sept. 1340 zu Frankfurt die Erzbischöfe von Trier und Mainz und Tags darauf der Markgraf von Brandenburg bestätigten, während am 1. Sept. 1338 bereits Rudolf von Sachsen und am 18. März 1339 der Böhmenkönig zugestimmt hatten. Rudolf hatte erklärt: „Wir Ruedolff . . thun kund offenlich an disem brieff, daß wir so getan thailung . . stäte haben, vnd Vnser wille vnd wort ist, in aller der weiß, als die brief sagend, die sy baident halben darüber geben habend." Balduin von Trier bezeugte: „Wir Baldewin . . tün künt allen lüden, daz wir durch ernstliche bede . . vnsers . . keyser Ludewiges von Rome haben vns versprochen vnd versprechen vns ouch an disem gegenwertigen brieue, daz wir soliche gemechede vnd ordenunge . . stete vnd veste wollen halden." Markgraf Ludwig versicherte: „Wir Ludowig veriehen fur vns . . vnd tun kunt allen luetin, daz . . her Hainrich ertzbischof ze Mentz . . sein gehengnis vnd willen geben hat."[119])

55. Der Bestätigung aller Besitzungen für Erzbischof Balduin von Trier durch den König am 10. März 1339 zu Frankfurt folgen die Willebriefe der Kurfürsten von Pfalz, Sachsen, Brandenburg erst am 15. März 1339 ebendort, dann die der übrigen.[120])

56. Am 12. März 1339 wird das Dorf zu Ekenheid verpfändet. Hierzu geben die Kurfürsten von Brandenburg, Sachsen und der Pfalz ihre Zustimmung am 9. März, von Mainz und Böhmen am 10., der von Trier am 13., während Cöln fehlt. Dies ist wieder einmal ein Fall, wo mit einer Ausnahme die Willebriefe der königlichen Urkunde vorausgehen. Balduin von Trier bekannte: „iuxta

[118]) Böhmer Reg. Ludwig Nr. 2730 S. 278. Const. VI, 1,2 Nr. 836 S. 703 Nr. 884 S. 736.

[119]) Böhmer Reg. Ludwig Nr. 1923 S. 121. Quellen zur bayrischen und deutschen Geschichte. München 1861 VI S. 351. 371. Scheidt Bibliotheca Historia Goettingensis. Göttingen-Hannover 1758 I. S. 248 Acta Academiae Theodoro-Palatinae. Mannheim 1778 IV S. 204.

[120]) Böhmer Reg. Ludwig Nr. 3432 S. 372.

continenciam literarum memorati domini nostri dicti . . fratibus desuper traditarum prout rite factae sunt, consensum nostrum beneuolum adhibuimus et tenore presencium adhibemus." In einer Bestätigung dieser Rechte nahm Karl am 25. Nov. 1347 auf diese Briefe folgendermaßen Bezug: „wann wir vnderweist sein mit der Hochgeborn des heiligen Romischen reichs kurfürsten, geistlichen und werltlichen, offen brifen vnd vrkunden daz si ir willen vnd gut gunst vnd ouch ir bestettigheit darzu geben vnd getan haben."[121])

57. Zur Erbeinigung zwischen Böhmen und Oesterreich am 10. Febr. 1346 zu Brünn gaben Tags darauf Rudolf von Sachsen und Wenzel, dieser in seiner Eigenschaft sowohl als Kurfürst von Böhmen als auch von Brandenburg, ihre Zustimmung. So schrieb Wenzel: „So haben Vvir mit wolbedachtem mut, mit rechter wissen, als ein kunig ze Behmem und markgraf ze Brandenburg, des heiligen Römischen reichs obrister schenck und kamermeister, unsern guten willen, gunst und verhengnuß getan ze allen den vorgeschriben sachen mit rate aller unser mitkurfürsten, geistlicher und weltlicher und tun sie dartzu mit krafte ditz briefs."[122])

58. Kaiser Karl bestätigte am 2. Dez. 1346 Trier die Belehnung mit Cochem, wozu Rudolf von Sachsen am 22. Dez. 1346 seinen Willebrief gab: „Libertates . . tamquam princeps coelector prelibati sacri imperii ratificandas et approbandas duximus easque tenore presencium ex certa nostra scientia approbamus, ratificamus et eciam confirmamus nostrum consensum super premissis omnibus et singulis benivolum adhibentes."[123])

59. Wichtig sind überhaupt die Fälle, wo Karl als Kurfürst von Böhmen seine eigenen kaiserlichen Verfügungen bestätigt. Hatte er am 31. Okt. und 21. Dez. 1347 den Burggrafen von Nürnberg verschiedene Privilegien zuerkannt, so gab er als Kurfürst seinen Willebrief erst am 6. Juni 1349: „da si vnser offen brief vber habent, geben wir als ein kunig von Beheimen vnd ein kurfürst des Romischen richs vnsern gueten willen vnd gunst dare zu." Am selben Tag sprachen Erzbischof Gerlach von Mainz und Pfalzgraf Rudolf ihre Einwilligung aus: „als die brief sprechent, die vnser egenannter herre volkumenlich dar über geben hat, . . vnd wollen die selben pfantschaft vnd saczunge stet, gancz vnd vnczer-

---

121) Böhmer Reg. Ludwig Nr. 1969 S. 123 Nr. 803 S. 406. Anzeiger für Kunde der deutschen Vorzeit 1865. S. 62. 92.

122) Huber Reg. Karls Reichss. 400. Lichnowsky Geschichte des Hauses Habsburg. Wien 1839 IV Reg. 550, 552/53. Anton Steyerer commentarii pro historia Alberti II. Leipzig 1725 S. 388.

123) Huber Reg. Karls Nr. 286. Const. VIII, 1 Nr. 138 S. 219 Nr. 155 S. 240.

brochen halten vnd haben, vnd bestetigen si auch mit craft dicz gegenwertigen briefs."[124])

60. Auch für die Urkunde, worin Karl am 15. Febr. 1348 den Burggrafen das Recht erteilt, ihr Gericht mit einem Ritter zu besetzen, erteilt er seine eigene kurfürstliche Genehmigung erst am folgenden Tage: „Vnd wanne wir des Römischen reiches oberster kurfürste seine, so geben wir . . vnser willen vnd gunst, vnd verhengen auch willechliche dar zu, als ein kunch zu Peheim vnd dez Römischen reiches oberster kurfürste, in aller der weise vnd maze, als di brief sagen, di wir in dar vber geben haben." Am selben Tag stimmte auch Rudolf von Sachsen bei: „Vnd haben mit verdahtem mut vnsern willen vnd gunst dar zu geben, vnd willechlich verhengt, . . in aller der weise vnd maze, als in der vorgenant Vnser herre der kunig gnade getan vnd sein brief dar vber geben hat;" entsprechend Gerlach von Mainz. Am 26. Juni 1349 folgte Markgraf Ludwig von Brandenburg: „Daz auch wir zu der selben genade vnsern guten willen vnd gunst geben haben, vnd bestetigen auch die mit disem gegenwertigen brif."[125])

61. Am 30. Juli 1348 belehnte Karl Graf Johann von Nassau-Hadamar zu Linz mit Camerstein und gab noch am selben Tage seinen Willebrief, ebenso Rudolf von Sachsen, während Gerlach von Mainz am 31. Juli folgte.[126])

62. Die Verpfändung von Goslar und Nordhausen am 26. Mai 1349 geschah „mit rathe, wissen und willen der churfürsten . . Auch sollen wir ihme schaffen der churfürsten briefe, daz wir ihnen alle diese fürgenante pfandschaffte mit ihren rathe, wissen und willen gesetzt haben." Sein Willebrief datiert vom 30. Mai (vom 8. Juni eine zweite Ausstellung), ebenso der von Brandenburg, während Pfalzgraf Rudolf und Gerlach von Mainz am 5. Juni zustimmten.[127])

63. Zu einer Urkunde für die Stadt Frankfurt vom 25. Juni 1349 verspricht der Kaiser: „vnd han ihn vnser brieff dar vber geben, das wir ihn darzu darfür han gesprochen, das die churfürsten des reichs, die iezund zu Frankfurth seint, ihn auch ihre brieff geben sollen, das sie die bürger vnd die iuden zu Frankfurth an der verpfandung beschirmen vnd behalten sollen, in aller der weiß, als vnser brieff sagen, die wir ihn dar vber geben haben, vnd welche churfürsten iezund zu Frankfurth nicht seint, darvor sprechen wir ihn auch, das wir ihn der churfürsten brieff auch

[124]) Huber Reg. Karls Nr. 992. Mo. Zoll. III S. 202/3.
[125]) Huber Reg. Karls Nr. 611. Mo. Zoll. III S. 180/82. 207.
[126]) Huber Reg. Karls Nr. 724. Reg. Boica 8 S. 139.
[127]) Huber Reg. Karls Nr. 957. Olenschlager Staatsgeschichte Urkunden-Buch 280. Friedrich Lorenz Hoffmann Günther von Schwarzburg. Rudolstädt 1819 S. 21/23.

zwischen hie vnd Sanct Martins-tagk, der nehst kommt, schaffen wollen ohn alle gefehrde." Am 29. Juni bemüht er sich noch besonders für die Mainzer Einwilligung: „vnd wir . . verheischen haben und gelobbt der churfürsten brieffe zu schaffen in alle der maaß alss . . Rudolph pfartzgrave . . und Ludvvig hertzogk in Bayern . . iezund ihre brieff geben han besigellt und die andern churfürsten geben sollen, darumb geloben vvir besonder, vvelcher herr bey dem stifft von Mayntz bleibet, . . das vvir schaffene vvöllen vnnd sollen, das er auch seine versiegelte brieff geben soll." So steht fest, daß auch hier die Willebriefe nicht vorher erlassen worden sind, wenn auch die von Pfalz und Brandenburg am 25. Juni ausgestellt sind. Pfalzgraf Rudolf erklärte: „vnd hat ihnen daruber seine offene brieff gegeben, vnd hat vns auch gebetten, das vvir sie durch seinen und des reichs ehren vvillen zu der verpfändung vvöllen beschirmen: darumb vvöllen und geheißen vvir mit dießem unsern brieff . . in aller der maß und weyße, als die brieff sagen, die unser herr . . hat gegebenn."[128])

64. Zur Anerkennung Ruprechts d. Ae. als Kurfürst von der Pfalz am 22. Mai 1354 ersucht der Kaiser am 27. Mai den Herzog von Sachsen um seinen Willebrief: „Et quia praescripta rationem sapiunt, dilectionem suam attento studio requirimus, exortamur, ut super eadem materia literas tuo sub sigillo sigillatas praefato Ruperto principi nostro iuxta formam notulae, quam tibi praesentibus mittimus interclusam, in qua aliud continetur, quam in nostra litera est expressum, eo duntaxat excepto, quod nos sub certis modo et forma et tua dilectio sub aliis loquimur, prout convenit, velis exibere."[129])

65. Am gleichen Tage, wo Karl den Burggrafen von Nürnberg das Recht verleiht, ihr Gericht mit einem Ritter zu besetzen, am 5. April 1355, gibt er auch seinen Willebrief: „vnd wann wir des Romischen reichs kurfürste vnd oberster schenke sin, so geben wir zu den selben vnserm gnaden vnd besetzungen dez vorgeschrieben lantgerichtes vnsern willen vnd gunst, vnd verhengen ouch willencliche darzu, als eyn kung zo Beheim vnd des Romischen reichs koirfurste vnd oberster schenke, in aller der wise vnd masze, als die briue sagent, die wir yn dar uber geben haben, vnd die sie von vnsern vnd dez Romischen reichs wegen inne habent, als wir yn ouch vormals solche gnade mit vnsern kuniglichen brieuen getan haben."[130])

---

[128]) Huber Reg. Karls Nr. 1035/36. Senckenberg Selecta iuris et hist. VI S. 567, 569, 571.

[129]) Huber Reg. Karls Nr. 1857, 1860. Caroli Ludowici Tolneri Historia Palatina. Frankfurt 1700 Anhang S. 89/92.

[130]) Huber Reg. Karls Nr. 2040/41. Mo. Zoll. III 271/72.

66. Die Wiederholung der Inkorporation von Schlesien und der Oberlausitz am 9. Oktober 1355 in die Krone Böhmen wurde am 13. Dezember desselben Jahres von dem Erzbischof von Mainz, dem Pfalzgrafen, dem Markgrafen von Brandenburg und Herzog von Sachsen bestätigt, wahrscheinlich gaben damals auch die Erzbischöfe von Cöln und Trier ihre Zustimmung. Ludwig von Brandenburg urkundete: „uelut marchio Brandemburgensis et Lusacie, sacri imperii archicamerarius et princeps elector, animo deliberato et sano procedente consilio, nostrum beniuolum consensum et assensum presentibus adhibemus ac . . ex officii nostri debito laudamus, approbamus et de certa nostra sciencia confirmamus"; die übrigen entsprechend.[131])

67. Die am 27. Dezember 1355 vom Kaiser zu Nürnberg beurkundete Erklärung des Pfalzgrafen Ruprecht d. J., daß Ruprecht d. Ae. die Kur habe, genehmigen am gleichen Tage und Ort die Erzbischöfe von Mainz, Cöln, Trier und die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg. Gerlach von Mainz erklärte: „Und wanne .. herr Karl Römischer kayser .. alle die obgenante sache mit siner keiserl. macht bestetigit u. confirmiret hat, als in sinen .. brieven die darubir geben sint, vollenkomelichen begriffen ist; darumb durch merer sicherheit so geben u. tun wir darzu unsir gunst, willen und wort als ein ertzebischoff zu Mentze, ertzcanceller des heil. Rom. richs in Dutschen landen vnd ein rechter kurfurste desselben h. R. r. off die rede, daz alle die obgenante dinge in iren kreften bliben."[132])

68. Die Aenderung des Vertrags von Pavia vom 4. August 1329 bestätigte der Kaiser am 7. Januar 1356 zu Nürnberg, woher auch die Willebriefe der eben genannten Kurfürsten von demselben Tage stammen. Diese kaiserliche Erklärung ist gleichzeitig als Willebrief aufzufassen. „Nos Karolus .. notificamus .., quod nos cum omnibus principibus, electoribus, ecclesiasticis et secularibus, et ipsi nos cum voluntate communi et unanimiter in imperiali curia nostra Norimbergae deliberavimus et concordavimus .., .. pronunciamus pro iure, tanquam rex Bohemiae, sacri imperii Romanii archipincerna et coelector, praefatorum principum .." Aehnlich ist die deutsche Fassung.[133])

69. Zu der Uebertragung von gewissen Reichspfandschaften an den Bischof von Straßburg am 8. Januar 1356, wobei die

---

[131]) Huber Reg. Karls Reichss. Nr. 252. Franz Martin Pelzel Kaiser Karl der Vierte. Prag 1781 II S. 500. Grünhagen und Markgraf Lehns- und Besitzurkunden Schlesiens. Leipzig 1881. I S. 12. Riedel C. D. Br. II, 2, 385.

[132]) Huber Reg. Karls Nr. 2360. Tolneri H. Pal. Anhang Nr. 140 S. 90 Gudenus Codex Diplomaticus Anecdotorum. Frankfurt-Leipzig 1751 III S. 394. Zs. Gesch. Oberrh. A. F. 23 Nr. 50/51 S. 449.

[133]) Huber Reg. Karls Nr. 2380. Zs. Gesch. Oberrh. A. F. 23. Nr. 53 S. 450. Tolneri H. Pal. Anhang Nr. 139 S. 90, Nr. 144 S. 93.

andern sechs Kurfürsten Zeugen waren, gibt Karl als Böhmenkönig am folgenden Tag seinen Willebrief mit den übrigen Kurfürsten.[134])

70. Am 12. Januar 1356 bestätigte der Kaiser für Straßburg ein älteres Privileg über die Pfahlbürger „omnium principum electorum ecclesiasticorum et secularium sano accedente consilio." Sämtliche Kurfürsten zeugen. Noch am selben Tag urkundete Karl als Kurfürst: „Ideoque tenore presentium ex certa scientia profitemur eandem, de qua supra fit mentio de predictorum coelectorum nostrorum consilio processisse . ., prout in nostris literis imperialibus super hoc editis clarius continetur, cuius quidem legis sanctioni per nos ut imperatorem Romanorum condite et solempniter ac publice promulgate nos ut rex Boemie sacri imperii archipincerna et princeps elector rite et sponte consensimus et presentibus consentimus .. sicut de nostro et coelectorum nostrorum consilio prodigit, ita ratificamus eique nostrum adhibendo consensum eam tamquam princeps elector, ut permittitur, ex certa scientia approbamus . . ac etiam de nono collata ratificantes et ut princeps elector similiter approbantes." In ähnlicher Art stimmten sämtliche andern Kurfürsten ebenfalls am 12. Januar zu.[135])

71. Daß die Burg Floß zu Böhmen gehöre, bestätigt Karl am 30. Juni 1358 „sano electorum et aliorum principum S. R. J. accedente consilio". Dazu gaben ihre Willebriefe: am 28. Juni der unter den Zeugen genannte Rudolf von Sachsen, am 22. Juli Erzbischof von Trier, von Cöln am 3. August, von Mainz am 14. August wie der Pfalzgraf, die Markgrafen Ludwig und Otto von Brandenburg am 2. Februar 1360. Otto schrieb: „wann Wir vnd ander Vnser mit-churfürsten mit wahrhafftiger kundschafft wol unterweiset seyn, daß Floß .. des kunigreichs zu Beheim recht eigen ist, .. in der weise, als in Vnser und in ander Vnser mitchurfürsten briefen, die wir darüber geben haben, vollkomblich begriffen ist; so meinen, sprechen und leutern wir mit wolbedachtem muth als ein churfürst des heil. reichs vnd obrister cämmerer .."[136])

72. Am 26. März 1359 werden Prag, Breslau, Kuttenberg und Sulzbach für zollfrei erklärt „animo deliberato sanoque principum electorum tam ecclesiasticorum quam secularium accedente consilio et expresso consensu." Die Kurfürsten von Cöln und Sachsen, die als Zeugen in dieser Urkunde genannt sind, geben Tags darauf ihre Willebriefe. Rudolf von Sachsen schrieb: „animo deliberato nostris et aliorum principum ecclesiasticorum et secularium coelec-

---

[134]) Huber Reg. Karls Nr. 2390/91.
[135]) Huber Reg. Karls Nr. 2410/11 Lünig R. A. 17 S. 880/84.
[136]) Huber Reg. Karls Nr. 2803. Pelzel U. B. II S. 264. Siegfried Grotefend Die Erwerbungspolitik Kaiser Karls IV. Berlin 1909 S. 31.

torum nostrorum accedentibus consilio et consensu .. nos tanquam Saxonie ducem sacri imperii archimarescallum ac principem electorem attencius requirendo vt premissis omnibus et singulis nostrum pro stabilitate rei perpetua vellemus adhibere consensum, sicut imperialibus priuilegiis super his confectis plenius continetur, consensum nostrum beniuolum adhibuimus ac adhibemus tenore presentium et assensum .. et tanquam Saxonie dux, sacri imperii archimarescallus ac princeps elector ratificamus, gratificamus et ex certa nostra sciencia approbamus." Die entsprechenden Willebriefe von Trier und Pfalz datieren zu Koblenz am 8. April, von Mainz am 13. April 1359, von Brandenburg erst am 28. April 1366.[137])

73. Am selben Tage, wo Karl den Städten Weißenburg und Windsheim ihre Unveräußerlichkeit garantiert, nämlich am 8. Januar 1360, gibt er als Kurfürst von Böhmen auch seinen Willebrief: „Vnd daz den vorgenanten burgern der stet ze Weyßemburg vnd ze Wynsheim dise gnad gancz vnd stet vnd vnzerbrochen ewiclichen beleib vnuerruckt, so haben wir geschaft vnd gemacht mit den kurfursten des heiligen reichs, daz sie in daz ouch verschreiben vnd bestetiget haben mit iren offen briefen." Doch ist von weiteren Willebriefen nichts bekannt.[138])

74. Die Urkunde, in der Karl den Verkauf von Altdorf an Burggraf Albrecht von Nürnberg bestätigte, datierte vom 27. Juni 1360: „mit rat vnd gunst aller kurfursten, vnd als die briefe sagen, die der egenant Johans von vns vnd den kurfursten hat, vnd daz wir auch den kouf bestetigen solten." Sein Willebrief folgte einen Tag später: „Vnd wann wir durch fleizzig bete desselben burgraf Albrechten solchen kouf gelobt vnd von keyserlicher macht bestetigt haben, als er des vnser sunder brief hat, so haben wir gegeben vnd geben ouch zu einer merern vnd volkomenern sicherheit vnser gunst, wort vnd willen zu dem obgenanten kouffe als ein kunig ze Beheim, des heiligen Romischen reiches obrister schenk vnd kurfurst." Aus demselben Jahr, auch aus Nürnberg, stammt die Zustimmung des Herzogs von Sachsen. Aus ihr erhellt, daß sie auch nach der kaiserlichen Verfügung erteilt worden ist. Die Konsensformel lautet: „vnd wenn auch der obgenant vnser liber herre, her Karl der Romisch keyser an vns begert hat vnd auch gebeten, daz wir zu obgenanten kauff vnsern willen vnd gunst geben vnd .. vnser brief daruber liezzen werden: vnd des geben wir obgenanter Rudolff herczog zu Sachsen vnd des heiligen Romischen richs erczmarschalk, dar zu vnd daruber, zu einer merern vnd zu einer volkomnern sicherheit vnsern guten willen, wort vnd

[137]) Huber Reg. Karls 2921. Pelzel U. B. II S. 231. 327.
[138]) Huber Reg. Karls Nr. 3028/29. Mo. Zoll. III 363/64.

gunst als ein ertzmarschalk vnd kurfurst des heiligen Romischen richs, daz der vorgeschriben kauff mit vnsern rehten wizzen, willen vnd wort geschehen ist."[139])

75. Dagegen bestätigt er seine kaiserliche Verfügung über die Erneuerung eines Pfandbriefs für die Grafen von Oettingen vom 12. September 1360 als Kurfürst erst am 19. September: „vnd wann wir von dem kunigreich vnd der cronen zu Beheim vnd als ein kunig zu Beheim ein furfurste sein vnd obrister schenke des heiligen reichs .. gebn ouch .. vnser stimme, wort, willen vnd gunst, .. vnd uf die rede, daz die egenanten ding in ewigem gedechtnuzze vnd stete vnd vnuerrucket beleiben, haben wir disen brif schreiben lassen."[140])

76. Unter der kaiserlichen Urkunde, die am 30. September 1360 zu Mainz über den Verkauf von Besitzungen des Klosters Pergen ausgestellt ist, stehen als Zeugen die Kurfürsten von Mainz, Cöln, Pfalz und Sachsen. Diese geben am 9. Oktober ebendort ihre Einwilligung, dazu auch Boemund von Trier, alle in derselben Fassung. Gerlach von Mainz versicherte: „Supra dicto contractui .. de verbo ad verbum, prout expressantur superius, tanquam archiepiscopus Moguntinensis, princeps elector et sacri imperii per Germaniam archicancellarius, nostrum beneuolum consensum et assensum animo deliberato ac de certa nostra scientia presentibus adhibemus, ipsumque contractum .. ex officii nostri debito laudamus, approbamus et de certa nostra scientia confirmamus, plenissime temporibus valitura."[141])

77. Zur Versöhnung zwischen dem Kaiser und seinem Bruder Johann von Mähren, einerseits und dem Herzog Rudolf von Oesterreich andererseits, die am 5. September 1360 beurkundet wurde, schrieb Johann am 14. Dezember 1360 an Karl: „Idcirco Magestatum Vestram attencius deprecamur, .. benivolum consensum apponere vel, si opus fuerit, ipsas tamquam Boemi rex, sacri imperii archipincerna et princeps elector, pro vestra nostraque securitate communiri et ducis Austrie memorati approbare et ratificare dignemini, iuxta vestri officii debitum et honorem." Aehnlich wandte sich der Kaiser an den Erzbischof von Mainz und Rudolf von Sachsen, allem Anschein nach auch der Herzog von Oesterreich, wie sich aus den Willebriefen ergibt. Es sind dies die Schreiben der Kurfürsten von Mainz, Sachsen, Brandenburg und Karls als Kurfürst vom 14. April 1361 aus Nürnberg. Bei ihm selbst heißt es: „cum .. nobis .. sit applicatum, quod nostrum consensum dictis litteris et

---

[139]) Huber Reg. Karls Nr. 3192/93. Mo. Zoll. III S. 385/88. Adam Friedrich Glafey Anecdotorum Historiam ac Ius Publicum Illustrantium Collectio. Dresden-Leipzig 1734 S. 264.

[140]) Huber Reg. Karls Nr. 3301. 3313. Glafey Anecdotorum S. 358.

[141]) Huber Reg. Karls Nr. 3330. Pelzel U. B. II S. 271.

contentis in eis adhibere et easdem litteras .. approbare et confirmare dignemur .. Igitur .. consensum nostrum adhibuimus ac literas predictas .. approbamus et tenore presencium confirmamus et hoc sicut rex Boemie sacri Romani imperii archipincerna et ut princeps elector eiusdem imperii ex certa sciencia iuxta officii nostri ius et dignitatem facimus in hiis scriptis"; bei Rudolf von Sachsen: „Quod .. requisiti fuimus et instanter rogati, quod eisdem literis consensum nostrum apponere ac ipsas pro parcium ipsarum securitate et commodo approbare et ratificare iuxta nostri officii debitum dignaremur. Nos igitur ad ambarum parcium desiderium et instanciam .. nostrum consensum apponimus, ea .. prout in predictis litteris continentur, tamquam dux Saxonie sacri imperii archimarescallus et princeps elector de certa nostra sciencia approbantes et ratificantes."[142])

78. Am 3. Dezember erwarb Karl durch Tausch Parkstein, Karlswald und Weiden, am 4. Dezember äußerte er sich: „una cum principibus electoribus praedictis voto unanimi .. animoque deliberato et praedictorum omnium consilio" und „antedictorum electorum consilio et assensu". Gleichwohl rührt der erste Willebrief erst 10 Tage später her. Es erließen nämlich in deutscher Fassung ihre Beglaubigungen die Kurfürsten von Sachsen am 13. Dezember 1360, Pfalz am 29. Januar, Mainz am 31 Januar, Cöln am 8., Trier am 16. und Brandenburg am 29. Februar 1361. Rudolf von Sachsen schrieb: „umb das geben Wir Vnsern guten willen und gunst .. in keine weiss, als dass alles davor in Vnsers herrn des keisers brief, die hierinne geschrieben ist, volkomenlichen ist begriffen, und alle dieselben sachen .. bestetigen und volziehen Wir mit wolbedachtem muth und guten rathe von Vnsers amts wegen als ein obrister marschalck des heiligen reichs und ein churfurst in allen iren puncten, artickeln und stücken von wort zu wort mit ganzer wissen, so dass es alles ewiglich krafft und macht habe." Ruprecht d. Ae. von der Pfalz, dessen Fassung sich die übrigen anschlossen, gebrauchte die Konsensformel: „So haben Wir als ein pfaltz-graff bey Rhein und obrister truchsess des heiligen reichs und ein churfürste mit wolbedachtem muth vnsern guten willen darzu geben und getan haben, geben und thun auch mit diesem brief und haben auch die ehegenandten sachen .. bewert, gelobt und bestetigt mit rechter wissen, beweren, loben und bestetigen auch mit diesem brief." Es datieren die lateinischen Fassungen: von Mainz am 30. Januar, Pfalz am 1. Februar, Cöln am 14. und Trier am 16. Februar, von Sachsen, Brandenburg und Böhmen in Nürnberg am 17. April 1361. Gerlach von Mainz urkundete: „velut archiepiscopus Moguntinensis, sacri imperii per Germaniam

[142]) Huber Reg. Karls Nr. 3633. 3283. Anton Steyerer, Commentarii S. 315.

archicancellarius et . . princeps elector animo deliberato et sano praecedente consilio consensimus et animum nostrum benevolum presentibus adhibemus eademque omnia .. ex officii nostri debito approbamus. laudamus et certa nostra scientia confirmamus." Entsprechend äußerten sich die andern, Ludwig von Brandenburg kürzer.[143])

79. Wenn Karl zu seiner Entscheidung über die Stadt Kempten vom 25. April 1361 die Kurfürsten von Cöln, Pfalz, Brandenburg, Trier und Sachsen erst am 27. April um ihre Willebriefe ersucht, so kann das als deutlicher Beweis dafür gelten, daß diese nicht vorher erscheinen mußten.[144])

80. Die Belehnung des Burggrafen Friedrich von Nürnberg mit Cammerstein, Schwabach und Kornburg war am 10. November 1364 zu Luckau erfolgt. Dort hatte am nächsten Tag Ludwig von Brandenburg und Rudolf von Sachsen die Urkunde bestätigt. Dieser schrieb: „als seine keiserlichen briefe sagen, die er doruber geben hat: des haben wir durch sunderliche liebe vnd flizzige bete des egenanten burggrafen als ein kurfurste vnd ein obirster marschalk des reiches zu sulchem kaufe vnd lehen mit rechter wizzen vnsern guten willen vnd gunst geben, vnd geben ouch vnd bestetigen sie mit craft dicz briefs in aller der mazze vnd wise, als die in vnsers herren des keisers vnd ouch in den kaufbriefen von worte zu worte vnd ouch genczlicher begriffen sint." Am 14. Dezember 1364 schloß sich ihm Pfalzgraf Ruprecht d. Ae. in gleicher Weise an. Der Erzbischof von Trier schrieb ein Jahr später am 29. Dezember: „So hat vns der egenant vnser herr der keiser geheizzen, daz wir als ein ertzbischoff zu Tryre, des heiligen reichs durch welische lant ertzcantzler vnd kurfursten, vnsern willen vnd gehengnuzze zu allen den egenanten sachen tun wollen." Der Kurfürst von Cöln stimmte in entsprechender Weise erst am 27. Juni 1372 zu.[145])

81. Am 1. Januar 1367 empfing der Sohn Karls Mainbernheim und Heidingsfeld als Reichslehen. Dem stimmten zu am 8. Januar Mainz, Cöln ohne Datum, Pfalz und Sachsen am 8. Januar. „Dauon han Wir .. vnsern willen, wort und gehengnusse gethan zu allen den vorgeschriebenen sachen und thue vnsern willen, wort, rath und gehengnusse zu denselben sachen mit crafft dits brieffs." Es folgten am 6. Januar 1368 Trier und Brandenburg am 9. Januar.[146])

---

[143]) Huber Reg. Karls Nr. 3443. 3652. Lünig R. A. 6 b S. 49/55. Lünig Codex Germaniae Diplomaticus. 1732 ff. I S. 1243/52. Grotefend S. 33.

[144]) Huber Reg. Karls Nr. 3689. Joh. Bapt. Haggenmüller Geschichte der Stadt und neugefürsteten Grafschaft Kempten. Kempten 1840 I S. 144.

[145]) Huber Reg. Karls Nr. 4092. Mo. Zoll. IV S. 49. 54. 82. 228.

[146]) Kronarchiv S. 553. Lünig Codex Dipl. Germ. I S. 1315. 1317.

Somit ergibt sich, daß von einer einheitlichen Regelung und Aufeinanderfolge von Urkunde und Willebriefen keine Rede sein kann. Selbst bei den Vergabungen von Reichsgut, wo in erster Linie das Einverständnis mit den Kurfürsten vorausgesetzt wird, folgen die Willebriefe zum Teil erst bedeutend später. Oft versucht man wenigstens die Fiktion festzuhalten, erst müsse die kurfürstliche Genehmigung vorliegen, bevor die königliche Verfügung erlassen werden könne, so bei der Erhebung des Landgrafen Heinrich von Hessen am 11. Mai 1292. Sicher war zuerst der Willebrief das Ursprüngliche. Das änderte sich im Lauf der Jahre, und die zeitliche Aufeinanderfolge verschob sich zu ungunsten des Willebriefes, nicht etwa weil die Macht der Kurfürsten nachließ, sondern weil es technisch vielfach unmöglich war, vorher ihre Einwilligung einzuholen. Andernfalls hätte der König oft darauf verzichten müssen, wichtige Erlasse an einem bestimmten Termin auszustellen.

Keineswegs handelt es sich bei der nassauischen Urkunde etwa um eine Erteilung von minderen Rechten, bei denen es nicht darauf ankam, wann die kurfürstlichen Briefe gegeben wurden. Datieren doch auch bei der Verleihung der fürstlichen Rechte an die Grafen von Henneberg am 25. Juli 1310 fünf Willebriefe wie die königliche Urkunde, also möglichst frühzeitig, und nur einer später; und es ist nicht abzusehen, warum sie nicht ebenso gut in den beträchtlichen Abständen hätten folgen können, wie es bei der nassauischen Urkunde der Fall ist. Dort lagen eben die Verhältnisse günstiger als hier.

Durch die Willebriefe wird die Urkunde ohne Zweifel gestützt. Wäre diese untergeschoben, müßte man mit demselben Recht an der Echtheit jener zweifeln. Im ganzen sind uns die Erklärungen fünf verschiedener Kurfürsten überliefert. Die von Cöln und Brandenburg fehlen und sind vielleicht gar nicht abgegeben. Schon bei einer andern Gelegenheit hatte Graf Johann die Willebriefe von nur fünf Kurfürsten erhalten, als ihm nämlich am 6. Januar 1356 die vom Kaiser bis dahin erlangten Rechte anerkannt wurden.[147]) Wohl waren damals Cöln und Brandenburg vertreten, aber darum mußten sie nicht unbedingt auch diesmal dabei sein. Vielmehr wird ihr Schweigen bestimmten Ursachen zugrunde liegen. Befinden sich doch unter den angeführten Beispielen auch solche, wo Kurfürsten als Zeugen in königlichen Urkunden genannt sind und trotzdem erst Tage danach ihre Willebriefe gegeben haben.

Auffällig wäre allerdings, wenn Otto keinen Brief gegeben haben sollte. Denn er steht unter den Zeugen und hatte somit Gelegenheit, früh seine Zustimmung zu geben. Möglich ist es, daß

[147]) Schliephake-Menzel Geschichte von Nassau V S. 60.

er sie aus irgendeinem Anlaß hinausschob und, als er sich dann seit 1370 mit dem Kaiser entfremdete, keinen Anlaß mehr sah, hierzu Stellung zu nehmen. Vielleicht war die Vorlage nicht fertig, die als Willebrief in Betracht kam und wohl an alle Kurfürsten ging, infolgedessen auch der mitzeugende Erzbischof Gerlach erst später zustimmte.

Anders liegen die Gründe für Cöln. Hier war Erzbischof Engelbert III. wegen Altersschwäche am 23. Dezember 1366 zurückgetreten und hatte die Verwaltung an Erzbischof Cuno von Trier abgegeben.[148]) Da Cuno bereits in seiner Eigenschaft als Kurfürst von Trier sein Einverständnis erklärte, schien ihm ein solcher Schritt als Administrator von Cöln wahrscheinlich übrig.

Ferner ist die Form bemerkenswert, in der die Willebriefe abgefaßt sind. Nur die lateinische Fassung des Erzbischofs von Mainz zeigt eine besondere Note, während die übrigen fast aufs Wort gleichlautend sind, wenngleich durch den verschiedenen Dialekt eine abweichende Schreibart bedingt ist, und daher dieselbe Vorlage zum Muster haben müssen. Fälle, wo die Willebriefe sich aufs Haar gleichen, sind nicht selten, und so ist es auch nicht auffällig, wenn sie hier übereinstimmen, obwohl natürlich für eine Fälschung eine solche einseitige Bearbeitung am wenigsten Mühe machen würde.

Daß der lateinische Willebrief des Erzbischofs von Mainz eine ganz abweichende Form zeigt, ja daß er außer der zweiten deutschen Fassung überhaupt gegeben wurde, beweist die Richtigkeit dieser Annahme. Denn da, wie schon erwähnt, die allgemeine Vorlage anscheinend eine Verzögerung erlitt und Gerlach seinen Bruder nicht im Stich lassen wollte, so schickte er am 26. Oktober 1366 in Würzburg diesen voraus. Er stand mit dem Kaiser in den besten Beziehungen und trat nachdrücklich für diese Ehrung ein.[149]) Daß Karl sich überhaupt hierzu bereit fand, lag wohl einerseits in seiner politischen Handlungsweise selbst begründet, die darauf ausging, dem Ehrgeiz gewisser Geschlechter entgegenzukommen, infolgedessen er bereits Mecklenburg und Luxemburg zu Herzogtümern gemacht und Nürnberg mit fürstlichen Rechten begabt hatte. Andererseits waren die Vorbedingungen in diesem Fall dadurch gegeben, daß die Beziehungen zwischen den Häusern Luxemburg und Nassau in einem gut nachbarlichen Verhältnis bestanden, wie sie sich nach der Thronbesteigung Karls in dem Anschluß der nassauischen Grafen an seine Partei auf bemerkenswerte Weise geäußert hatten, und wie ja Gerlach der erzbischöfliche Stuhl in der Absicht übertragen worden war, er solle sich für die Wahl einsetzen. Daher war die Auszeichnung eine Art

[148]) Leonard Ennen Geschichte der Stadt Cöln II S. 367.

[149]) Schliephake-Menzel V S. 6.

Gunst- und Dankbezeugung für Gerlach, aus dessen Bemühungen sich auch der verhältnismäßig frühe Zeitpunkt der Ausstellung erklärt, obgleich man erwarten müßte, daß gerade er seinen Willebrief schon vor der kaiserlichen Urkunde abgefaßt hätte, um für die nötige Sicherheit zu sorgen. Wahrscheinlich haben sich die Verhandlungen so lange hingezogen, bis es ihm nicht mehr möglich war, zu einem noch früheren Termin sein Schreiben einzureichen. Bei der Ausführlichkeit, in dem es gehalten ist, darf diese Unterlassung nicht verwundern. Es mußte ihm darauf ankommen, mit aller Deutlichkeit die Rechte noch einmal hervorzuheben, die seinem Bruder erwiesen waren, um damit diese Ehrung zu unterstreichen und ihr eine ganz besondere Sicherung zu geben, zumal doch seinem Einfluß in erster Linie die kaiserliche Gnade entsprang und er sozusagen für ihre Wirkung verantwortlich war.

Das geht deutlich aus seinen eigenen Worten hervor, wie die Urkunde zustande kam: „deliberacione matura nostro et aliorum coelectorum nostrorum accedente consilio et assensu." Sie entsprechen der Aeußerung des Kaisers: „illustrium principum, comitum, baronum et procerum sacri imperii sano accedente consilio", legen aber mehr Nachdruck auf die Mitwirkung der Kurfürsten. Gleichwohl ist es nicht nötig, aus dem Ausdruck „assensu" einen Gegensatz zur kaiserlichen Urkunde abzuleiten und ihn etwa mit Willebrief übersetzen zu wollen. Wohl kann assensus Willebrief bedeuten, braucht es aber nicht. Und so ist es klar, wie bereits aus der kaiserlichen Urkunde ersichtlich, daß allem Anschein nach tatsächlich kein Willebrief vorher gegeben wurde, auch wenn die Möglichkeit bestehen sollte, daß ein oder der andere, etwa der von Brandenburg, verloren ist.

Im engen Anschluß an die kaiserliche Urkunde hebt Gerlach als Grund für die Ehrung die Dienste hervor, die Johann und seine Vorfahren dem Reich erwiesen haben: „consideratis sui ac suorum progenitorum probitatum meritis et obsequiis divis Romanorum imperatoribus ac sacro Romano imperio dudum laudabiliter impensis." Aehnlich, aber ausführlicher spricht Karl davon. Dann wird die Ehrung selbst fast wörtlich wiederholt und besonderer Wert auf die Steigerung und Häufung der Ausdrücke gelegt, mit denen die Erhebung zum gefürsteten Grafen bezeichnet wird, ganz wie die kaiserliche Urkunde davon spricht, die von ihm durchgesehen und in Verwahrung genommen sei. Damit noch nicht genug, wird die ganze Urkunde selbst angeführt. Wollte man übrigens an ihrer Echtheit zweifeln, so müßte auch dieser Willebrief ganz besonders für untergeschoben erklärt werden wegen der inserierten Urkunde. Indem Gerlach zum Schluß nochmals die vollzogene Ehrung betont, erklärt er die Urkunde in allen Punkten für richtig und gibt

mit gehäuften Ausdrücken seine volle Zustimmung zu ihr, um ihre dauernde Gültigkeit zu verbürgen.

Die übrigen Willebriefe liegen in deutscher Sprache vor, so der zweite, den Gerlach am 17. Januar 1367 in Miltenberg gegeben hat und der sich in der Form ganz eng an die folgenden anschließt. Das Verwandtschaftsverhältnis tritt dadurch in Erscheinung, daß er von Johann als „unserm lieben bruder" spricht.

Das gleiche Datum trägt das Schreiben König Wenzels, das „zum Burglins" ausgestellt ist. Dieser Name ist durch mehrere Urkunden bekannt, die allerdings die Form Burgleins bringen.[150]) Jedenfalls handelt es sich um den Ort Pürglitz an der Beraun, fünf Meilen westlich Prag. Für Wenzel ist Karl nicht nur „gnediger herre", sondern auch „unser lieber vater", und von Johann berichtet er als „unserm lieben neven". Er versieht seine Zustimmungserklärung „mit unserm anhangenden insigel".

Der Brief Erzbischofs Cuno von Trier stammt aus Ehrenbreitstein vom 9. November 1368. Hier wird Johann „swager" genannt, und auf die eingefügte Urkunde Karls wird hingewiesen als auf „die briefe .., die her nach von worte zu worte geschriben stent". Ferner verbindet am Satzende vor Beginn des Schlusses ein „und" die Worte „gegeben hait" mit „beschriben stent".

Pfalzgraf Ruprecht d. Ae. urkundete am 19. Dezember 1369 in Heidelberg. Johann gibt er die Beinamen „unserm lieben oheim und getruwen" und „oheim" überhaupt und spricht von den Briefen des Kaisers als den „vorgenannten".

Den letzten Willebrief gab Rudolf von Sachsen am 5. Februar 1370 in Bingen. Johann belegt er mit der Bezeichnung „frunde", im übrigen gebraucht er dieselben Ausdrücke wie Ruprecht.

Bei allen Willebriefen ist der Inhalt derselbe. Es wird bezeugt, daß Kaiser Karl „dem hochgeborn fursten hern Johan, grafen zu Nassaw, .. und sinen erben furstenrecht und friheyte .. gegeben .. hat", wie des Kaisers Urkunde beweise, und dazu wird als Kurfürst des Reichs die Genehmigung gegeben. Es handelt sich also offensichtlich um eine Zustimmung zu einer Verleihung von fürstlichen Prädikaten und Rechten, aber keineswegs um eine solche zu einer Erhebung in den Reichsfürstenstand.

Darf man das Jahr 1449 als einen Zeitpunkt ansehen, in dem die Erinnerung an die Urkunde von 1366 noch lebhaft war, so findet sich von da ab lange kein Hinweis mehr auf sie. Erst um die Mitte des 17. Jahrhunderts ändert sich wieder das Bild, als die Erhebungen der verschiedenen Häuser der Grafen von Nassau in den Reichsfürstenstand einsetzten. Diesen gingen Streitigkeiten zwischen ihnen voraus, die wohl gewisse Rückschlüsse auf die Zeit vorher

[150]) Böhmer Reg. Karls Nr. 2690, 5453.

gestatten, aber auch hier nur als äußersten Termin das Jahr 1584 festlegen. Bei allen diesen Vorgängen berief man sich auch stets auf den Gnadenbrief Karls IV., und wie schon vordem für Henneberg und Nürnberg die Verleihung fürstlicher Rechte der Anlaß geworden war, aus Fürstengenossen Mitglieder des Reichsfürstenstandes zu werden, so beanspruchte Nassau eben im Hinblick auf seine früheren Privilegien Sitz und Stimme im Reichsfürstenrat, ja einige Linien sprachen sogar von einer Erneuerung jener alten Würde. Dem mußte einerseits die Wertminderung entgegenkommen, die der Reichsfürstenstand im Lauf der Jahrhunderte durchgemacht hatte, andererseits jene unklar ausgeprägte Stellung, die den gefürsteten Grafen zustand und eine Gleichsetzung mit dem Reichsfürstenstand erleichterte.

Die ganze Frage wurde durch Johann Ludwig von Nassau-Hadamar neu angeschnitten. Vor den Reichshofrat geladen, war er am 9. Oktober 1629 zum Katholizismus übergetreten und hatte um diesen Preis die Befreiung von den Lasten der Einquartierung und die Niederschlagung des gegen ihn angestrengten Hochverratsprozesses erlangt.[151]) Dagegen waren die walramischen Grafen, die sich wiederholt neutral erklärt hatten, zuletzt auf dem Fürstentag zu Regensburg am 19. Juni 1631, nach dem siegreichen Vordringen Gustav Adolfs der protestantischen Sache beigetreten, auch Graf Ludwig Heinrich von Dillenburg, der als Oberst ein Regiment aufstellte.[152]) Aber schon im Prager Frieden 1635 war er zur Partei des Kaisers übergegangen, und so waren Graf Wilhelm Ludwig, Johannes und Ernst Casimir, die walramischen Brüder, allein der kaiserlichen Ungnade preisgegeben, galten sie doch ausdrücklich von dem Frieden als ausgeschlossen. Ja, im November wurden sie sogar wegen Majestätsbeleidigung ihrer sämtlichen Besitzungen für verlustig erklärt, und Graf Johann Ludwig von Nassau-Hadamar hatte nichts Eiligeres zu tun, als die Aemter Merenberg und Burgschwalbach durch den Reichsvizekanzler Grafen Ferdinand Sigmund Kurtz 1636 für sich zu erwerben.[153]) Am 17. Dezember 1639 hatte ihm Ferdinand III. zu Wien den Titel „Wohl- und Hochgeboren" verliehen und am 31. Dezember 1640 das Kammergericht davon benachrichtigt.[154]) Besonders aber kam das gute Verhältnis, in dem er zum Hofe stand, durch seine Berufung zum Bevollmächtigten für die Friedensverhandlungen in Münster 1643 zum Ausdruck. Dabei versuchte er den walramischen Grafen, die zum wetterauischen Grafenverein gehörten und 1645 auch noch einige Gesandte nach Osnabrück geschickt hatten, möglichst Schwierigkeiten in den

[151]) Schliephake-Menzel VI S. 473.
[152]) Schliephake-Menzel VI S. 482.
[153]) Schliephake-Menzel VI S. 505, 509.
[154]) Originalbrief im Staatsarchiv Wetzlar. Siehe die Beilage.

Weg zu legen, um ihre Amnestie zu verhindern. Doch vermochte er nicht, sich auf die Dauer dagegen zu stemmen, sondern mußte mit ansehen, wie die walramischen Brüder allmählich wieder in den Besitz ihrer Rechte und Länder kamen und der Frieden zu Münster sie völlig restituierte.[155])

Gleichwohl waren diese Verhandlungen der Anlaß zu neuen Streitigkeiten zwischen den beiden Linien, der walramischen und ottoischen. Denn in dem Schlußprotokoll, das der saarbrückische Gesandte erhalten hatte, war der Namen seines Herrn, des Grafen Ernst Casimir, allen anderen der ottoischen Linie nachgesetzt worden, obschon im ersten Entwurf gerade die umgekehrte Reihenfolge eingehalten worden war. Dagegen hatte der Gesandte Protest eingelegt und für seine Linie den „vorzug im gehen, sitzen, votiren vnd schreiben" verlangt. Diesen Standpunkt vertrat eine Druckschrift, die 1647 von den Grafen zu Saarbrücken herausgegeben wurde und den Titel führte: „Kurtze information vber den praecedenzstreit zwischen dess gräfflichen hauses Nassaw beyden linien Weilburg oder Sarbrucken vnd Dillenburg oder Catzenelnbogen." Unter den Gründen, aus denen der Vorrang gerade für Saarbrücken verlangt wird, spielt die Berufung auf das alte Privileg von 1366 eine wichtige Rolle, durch das Kaiser Karl den Grafen Johann mit dem Fürstenrecht begabt habe. Es wird also an dieser Stelle keine Erhebung in den Reichsfürstenstand angenommen, sondern nur eine Verleihung fürstlicher Rechte. Daß man von ihnen keinen Gebrauch gemacht und daher auf sie verzichtet habe, davon könne keine Rede sein, zumal alle ihre Privilegien wiederholt eine kaiserliche Bestätigung und Erneuerung erfahren hätten. Solche fanden statt am 16. Dezember 1414, am 25. Januar 1493, am 26. Mai 1495, am 27. August 1561.[156]) Hierunter fällt nach dieser Beweisführung auch der Gnadenbrief von 1366. Wenn das der Fall ist und wenn seine Billigung in späterer Zeit keine besondere Wirkung zur Folge hatte, in keiner Weise Merkmale des Reichsfürstenstandes an den Tag zu bringen vermochte, so darf auch das nur für einen neuen Beweis angesehen werden, nicht daß etwa überhaupt seine Existenz geleugnet werden müßte, sondern daß es sich eben nur um eine Auszeichnung an Fürstengenossen handelte. Und als solche blieben die Grafen von Nassau nur Magnaten, ohne sich von den übrigen in bemerkenswerter Art hervorzuheben. In dieser Schrift ist besonders wichtig der Hinweis auf eine Streitsache, zu der Graf Albrecht (1559—1593) im Jahre 1584 beim kaiserlichen Kammergericht verschiedene Belege einreichte. Unter diesen soll sich auch das Diplom von 1366 in der lateinischen und deutschen Fassung mitsamt den Willebriefen im Original und beglaubigten Ab-

[155]) Schliephake-Menzel VI S. 521.
[156]) Schliephake-Menzel VI S. 130. 181. 183. 341.

schriften befunden haben. Dasselbe gälte vom Jahre 1607, wo Graf Ludwig II. (1602—1627) bei der kaiserlichen Hofkanzlei auf dem Reichstag zu Regensburg diese Urkunden vorgezeigt habe. An der Wahrheit dieser beiden Vorgänge, über die wir nicht genauer unterrichtet sind, darf nicht gezweifelt werden, wäre doch sonst ein Widerspruch nicht ausgeblieben. Ferner wird in der genannten Druckschrift auf Archivalien hingewiesen, die im Besitz der Grafen von Nassau wären und ihr altes Privileg beglaubigten: „So befinden sich auch noch andere actus missiven u. dgl. briefliche sachen bey Nassaw-Sarbruckischen archiv: vnd reposituren darin nicht allein der titul hochgeboren ihme graf Johannen noch anno 1370 nur ein jahr vor seinem in anno 1371 teste Textore pag. 88 erfolgtem absterben von churfursten Rudolpho zu Sachsen dem hochgebornen fursten herrn Johannen, graffen zu Nassaw, vnserm lieben oheimb vnd freunde, vnnd von lehen-auch andern leuthen dergleichen vielmal geschrieben, auch wohl von gottes gnaden beygesetzt vnnd sonsten namhafft das furstliche praedicat, sondern auch solches dessen nachkomlingen dieser linien herrn in latein vnd teutsch gegeben vnnd widerumb von denselben respective gebraucht worden." Auch die Beziehung auf „dess reichs fursten vnd lieben getrewen Johannssen graffen zu Nassaw vnnd Sarbrucken" wird angeführt, die noch am 22. Juni 1468 lebendig war, als Kaiser Friedrich III. in einer Appellationssache zwischen einem Herrn von Esch und Coppenstein die Entscheidung an Graf Philipp II. (1429—1492) übertragen habe. Indem, wie die Schrift besonders hervorhebt, auf die Erwähnung noch weiteren Materials verzichtet wird, das die fürstliche Stellung der Grafen von Nassau nachweisen könnte, erscheinen als Beilage die „copiae diplomatum imperialium et electorialium, quibus iura principum illustrissimae familiae Nassovio-Saraepontanae olim collata sunt", d. h. die beiden Fassungen der Urkunde von 1366 und die Konsense der Kurfürsten.

Hier wird also immer nur darauf zurückgegriffen, daß es sich um ein fürstliches Recht handle. Darin zeigt sich die Interpretation von Kaiser Karls Ehrung, wenn man unter ihr vielleicht auch eine Stellung verstand, wie sie den Reichsfürsten selbst zukam. Auf keinen Fall jedoch läßt sich auf Grund dieser Schrift die ursprüngliche Ansicht Fickers halten, die Urkunde sei als Antwort auf die Erhebung des Grafen von Nassau-Hadamar untergeschoben. Denn diese geschah erst am 8. Oktober 1650, während die Druckschrift bereits im Jahr 1647 erschien.

Auf sie antwortete im folgenden Jahre die „Nassaw-Catzenelenbogische gegeninformation vber den praecedentzstreit zwischen beyden lineen dess hausses Nassaw Catzenelenbogen vnd Sarbrucken sampt angehanckter reprotestation vnd extract der Nassawischen genealogie de anno 1648". Das von Kaiser Karl ver-

liehene Fürstenrecht wird hier keineswegs angezweifelt, sondern es wird nur betont, Nassau-Katzenelnbogen (d. h. der ottoischen Linie) gegenüber sei es nie zur Anwendung gekommen. Soviel dürfte wohl klar sein, daß von dem Gegner auch der geringste Zweifel an der Echtheit jener Urkunde oder an ihrem Inhalt zum Gegenstand eines heftigen Angriffs auf die walramische Linie gemacht worden wäre. Nun findet sich aber nicht das geringste Anzeichen davon, in Erwiderung dessen berufen sich die Grafen von Nassau-Katzenelnbogen nur auf ihr Fürstenrecht, das sie von Prinz Philipp Wilhelm von Oranien ableiten. Aber eine solche Begründung ihres Anspruchs läßt sich nicht entfernt mit dem Saarbrückens vergleichen. Hier handelt es sich um das verbriefte Recht eines direkten Vorfahren, während dem Hause Nassau-Oranien als Nachfolger der Fürsten von Chalons ohne besondere Erhebung der Reichsfürstenstand zuerkannt wurde und Philipp Wilhelm erst 1584 zur Regierung kam, sein Fürstenrecht also längst nicht so alt war.

Dem Grafen Johann Ludwig (1606—1653), der die ganze Veranlassung zu den Streitigkeiten gegeben hatte, wollte der Kaiser für die 1648 rückgängig gemachte Belehnung mit den Gebieten der geächteten walramischen Brüder sein Entgegenkommen bezeugen.[157]) Er fand volle Entschädigung durch seine Erhebung in den Reichsfürstenstand, die durch die Urkunde Ferdinands III. am 8. Oktober 1650 zu Ebersdorf ausgesprochen wurde. In breiter, ausführlicher Form und in deutscher Sprache ist sie abgefaßt, ihre rhetorische Einleitung erinnert entfernt an die Art der Erhebungsurkunden aus früherer Zeit, ist aber noch wortreicher. In Erwägung von Alter, Herkommen und Verdiensten des Hauses um das Reich, besonders Johann Ludwigs selbst, der als Geheimer Rat und als Bevollmächtigter bei den Friedensverhandlungen zu Münster und Osnabrück sich die kaiserliche Zufriedenheit erworben, „ordnen, setzen, würdigen und erheben demnach . . Johann Ludwigen von Nassaw, auch also seine eheliche leibss erben . . in den standt, ehr und würde unserer und des heylige reichss fürsten und fürstinnen, zuefügen, vergleichen, setzen und gesellen sy zu derselben schaar, gesellschaft vnd gemeinschafft". In Verbindung damit werden die zugehörigen Rechte genannt und die einzelnen Stände aufgefordert, dem Fürsten in jeder Beziehung die schuldigen Ehren zu erweisen, andernfalls Strafe und Geldbuße zu gewärtigen sei.[158])

War nachgewiesen worden, daß bei den Erhebungen in den jüngeren oder neueren Fürstenstand auch solche des Gebiets zum Fürstenland in sich schlossen, so kommt bei dieser Erhebung in den neuen Fürstenstand eine solche zum Fürstentum in Fortfall. Das zeigt sich auch bei den Gnadenbriefen, die den übrigen Mitgliedern

---

[157]) C. Spielmann Geschichte von Nassau. Wiesbaden 1910/12 I S. 224.
[158]) Siehe die Beilage.

der ottoischen Linie am 25. November 1652 zu Prag ausgestellt wurden. Ihre Ausdrucksweise lehnt sich fast wörtlich an das Diplom für Hadamar an.

Da hat Ludwig Heinrich von Dillenburg (1623—1662), „Vnser obrister feldtwachtmeister vnd obrister zu rosz vnd fuehz", sich ganz besonders wertvolle Verdienste im Kriege erworben, die dann in ihren Einzelheiten ausgeführt werden, und erhält dafür die Reichsfürstenwürde.

Ohne sich eigens darum beworben zu haben, wurde dieselbe Ehrung dem Grafen Johann Moritz mit dem Beinamen Americanus von Nassau-Siegen (1623—1679) zuteil, von dem außerordentliche Taten und Vorzüge nicht weiter erwähnt werden.[159])

Bei Wilhelm Friedrich von Nassau-Diez (1632—1662) hat der Kaiser auf seine vornehme Verwandtschaft Rücksicht genommen, die Häuser Braunschweig, Dänemark und England, und seine reiche Begüterung an Land und Leuten in Betracht gezogen.

Johann Franz genannt Desideratus, Graf von Nassau-Siegen (1638—1699), spanischer Generalfeldmarschall in den Niederlanden, hat sich durch seine Tätigkeit als Gesandter die kaiserliche Huld erworben, die ihn nunmehr zum Reichsfürsten macht.

Am 6. Mai 1664 folgten die übrigen reformierten Mitglieder von Nassau-Siegen, für die Kaiser Leopold zu Regensburg eine gemeinsame Urkunde ausfertigte: Georg Friedrich, Wilhelm Moritz (1652—1691) und Friedrich. Auch dieses Diplom hat dieselbe Ausdrucksweise; der Kaiser spricht davon, daß er die Johann Moritz 1652 erteilte Gnade hiermit auf die Genannten ausdehne.

Diese Erhebungen mußten auch den Ehrgeiz der saarbrückischen Grafen beeinflussen, und sie bildeten für sie den Anlaß, nun auch ihrerseits ihre Ansprüche auf die Fürstenwürde mit größtem Eifer zu vertreten. Aber selbst die Fürsten von Hadamar waren nicht zufrieden, und so setzten denn die Streitigkeiten mit Beginn des Jahres 1653 auf der ganzen Linie von neuem ein. In einem Memorial des hadamarischen Gesandten Matthias Geych vom 19. Januar zu Regensburg „ratione sessionis et praecedentiae" vor den neuen Fürsten von Hohenzollern, Eggenberg und Lobkowitz wird zur Begründung angeführt, daß sein Haus schon längst in den „gefürsteten grafenstand" erhoben und „graf- und fürstmässig" gewesen sei.[160]) Mit diesem Hinweis kann nur die Urkunde von 1366 gemeint sein. Ebenso bringt ein Kopialbuch des alten Dillenburger Archivs vom Jahre 1750, „Ausführung über die Standeserhöhung" betitelt, die Mitteilung, Matthias Geych habe „noch vor Ablauf des 1652ten Jahres, auch darauf in anno 1653 vielfältige, so schrift- als

[159]) Ludwig Driesen Leben des Fürsten Johann Moritz von Nassau-Siegen. Berlin 1899 S. 168.

[160]) Londorp VI S. 783. Moser Teutsches Staatsrecht 36 § 50 S. 120.

mündliche vorstellungen" für die Bevorzugung von Nassau-Hadamar erhoben und unter anderen Argumenten auch auf „die vor seculis obschon beschehene erhöhung des hauses Nassau i. e. Saarbruck zu einer gefürsteten grafschafft durch kayser Carol IV." hingewiesen. Auch in einem neuen Schreiben vom 14. Februar 1653 beruft sich Geych wieder darauf, „daß der fürstenstand schon vor vielen langen jahren im hauss Nassau gewesen".[161]) Damit entfällt auch die letzte Berechtigung zu der Annahme, als Protest gegen die Erhebung von Nassau-Hadamar könne die Urkunde von 1366 untergeschoben sein. Es wäre doch gerade widersinnig, wollte Nassau-Hadamar sich auf dieses Diplom berufen und damit trotz aller Feindschaft gegen Nassau-Saarbrücken ein Recht für sich in Anspruch nehmen, das auf so tönernen Füßen stehen konnte.

Zu diesen Streitigkeiten über die Introduktion in den Fürstenrat und über Sitz und Stimme in ihm nahm auch Graf Johann von Nassau-Idstein, der Senior der walramischen Linie, Stellung, indem er sich am 20. Februar 1653 um Aufnahme in das Fürstenkolleg wandte: „An das hochstlobl. churfurstliche collegium unterthanigstes Memorial Johann Grafen zu Nassau-Sarbrucken umb maintenirung bey dem fursten-recht und vermög desselben introduction ins furstliche collegium." Wie in der Information von 1647 wird auch hier auf das von Karl IV. verliehene Fürstenrecht hingewiesen und auf seinen, wenn auch nicht stets angewandten Gebrauch, der aus zahlreichen Urkunden erhelle, und besonders wird gleichfalls die Bekanntgabe der Originale am Kammergericht 1584 und auf dem Reichstag 1607 angeführt und die mit den Lehnserneuerungen als selbstverständlich verbundene Bestätigung ihres Privilegs hervorgehoben. Der Begriff des fürstlichen Rechts, der Stellung der gefürsteten Grafen und Fürstenmäßigen wird danach auf Grund juristischer Zitate erläutert. Daher stellt der Graf den Antrag, daß sein Haus vor der Einführung der Genannten in den Fürstenrat den Fürstentitel erhalte und eingeführt werde. Als Beilage erscheinen wieder Abschriften der Urkunden von 1366 und ihrer Willebriefe.[162])

Um seine Interessen noch besser vertreten zu können, begab er sich mit seinem Sohn Gustav Adolf selbst zum Reichstag nach Regensburg. Zu allen Enttäuschungen, die ihm dort zuteil wurden, gesellte sich später die persönliche Kränkung, die ihm sein eigener Sohn durch Uebertritt zum Katholizismus zufügte.[163]) Da seine Sache keinen guten Fortgang nahm, vielmehr ein kaiserliches Dekret vom 6. März dem Fürsten von Nassau-Hadamar den Sitz im Reichsfürstenrat zuwies, ließ er, während sein Gesandter Vietor in

---

[161]) Londorp VI S. 825.

[162]) Londorp VI S. 827—831.

[163]) Nassauische Annalen 30 S. 58.

öffentlicher Sitzung Protest erhob, am 6. März ein neues Schriftstück aufsetzen: „An das hochloblichste churfurstliche collegium graff Johansen zu Nassau-Saarbrucken unterthaniges memorial das ihme competirende fursten-recht betreffend." Als Grund gibt er an: „Euer churfurstlichen gnaden ... kan hiemit unterthanigst vorzutragen nicht umbgehen, welcher gestalt ich bey heutiger zusammenkunfft erfahren mussen, daß die von wenigen jahren hero in den fursten-stand erhobene häuser Hohen Zollern, Eggenberg, Lobkowitz und Nassau-Hadamar in dem furstlichen collegio introducirt und zur session und voto admittirt, also meinem von uhralten zeiten gefursteten hauß Nassau-Saarbrucken vorgezogen." Im folgenden erhebt er wieder seine Ansprüche auf Fürstentitel und Fürstenrecht in anbetracht der Verleihung Kaiser Karls IV. Zwei Beilagen sollen wichtige Ergänzungen bringen. In der ersten: „An die Rom. kayserl. mayestät graf Joh. zu Nassau-Saarbruck allerunterthanigstes memorial, die präzedentz im furstenrath betreffend" beschwert er sich, warum auf seine erste Anfrage noch keine Resolution erfolgt sei, erinnert wieder an die Vorlegung der urkundlichen Zeugnisse am Kammergericht in Speyer und auf dem Reichstag von 1607 und an die Bestätigung in den Lehnsbriefen. Den Einwand, er dürfe von diesem Privileg „ob non usum" keine Anwendung mehr machen, weist er mit der Bemerkung zurück, daß nach der Gewohnheit einmal gefürsteten Grafen ihr Stand verbliebe, wie denn auch Kaiser Rudolf II., bei dem man um Erneuerung des alten Brauchs nachgesucht hätte, an einer günstigen Entscheidung nur durch den Tod gehindert worden wäre. Als zweite Beilage erscheint ein „Verzeichniß derjenigen documenten, worin bey dem hauß Nassau-Saarbrucken der titul hochgeborn und hochgebohrner furst gebraucht."[164]) Auch bei dieser Gelegenheit wird also die Einführung in den Fürstenrat nur auf Grund des von Kaiser Karl zuerkannten Fürstenrechts und fürstlichen Titels verlangt, nicht etwa auf Grund einer ausgesprochenen Erhebung in den Reichsfürstenstand.

Auch die Fürsten der ottoischen Linie schwiegen nicht, sondern sandten am 9. Mai eine Erwiderung, in der sie sich gegen den Vortritt von Hohenzollern, Eggenberg und Lobkowitz aussprachen, während sie die Ansprüche des Hauses Nassau-Saarbrücken durch eine „Replic und gründliche widerlegung des von graf Johannsen zu Nassaw Saarbrucken zu vermeintlicher behauptung seines vorzugs vor dem furstl. und grafl. hauß Nassaw Catzenelebogen an sambtliche des heil. reichs churfursten und standen jungsthin ubergebenen memorials" vom 18. Mai bekämpften. Hierin wird das Privileg von 1366 nicht angezweifelt: „Derowegen vielleicht wohl seyn kan, daß weyland der christloblichste kayser Karl der vierdte

[164]) Moser 35 § 25 S. 300. Londorp VI 848.

graf Johannen zu Nassaw Saarbrucken zu einem principi comiti crafft ertheiten diplomatis im jahr 1366 erhebt und mit andern beneficiis begabt hat. Es ist aber sothane erhaltene dignitat auff dem blosen buchstaben sogar bestanden, daß die Nassaw Saarbruckische sich derselben weder in actibus publicis oder privatis jemahlen angenommen, weniger gebraucht haben oder sich biß auff diese zeit gebrauchen wollen." Deshalb würden sie auch von keinem Publicisten zu den gefürsteten Grafen gerechnet, vielmehr gehöre Nassau-Saarbrücken zur wetterauischen Grafenbank und bedürfe zur Führung des Fürstentitels der kaiserlichen Einwilligung, weil „das zwar erlanget, aber niemahl in gebrauch gekommen und dahero verschlaffenen fursten-rechts" keine Kraft mehr habe. Wie man also hieraus sieht, bezweifeln die Gegner keinen Augenblick die Urkunde von 1366. Daß sie aber weiter keine Wirkung hatte, indem sich irgend welche Anzeichen einer neuen Stellung bemerkbar machten, und daß niemand die Grafen von Nassau zu den gefürsteten zählte, daran war doch nur ihre Zugehörigkeit zu den Magnaten schuld, eine Tatsache, die damals freilich nicht auf der Hand lag.[165])

Noch verschiedene Schwierigkeiten waren zu überwinden, ehe die Mitglieder des ottoischen Hauses zum Reichsfürstenrat zugelassen wurden. Am 26. Februar 1654 fand ihre Introduktion statt, dergestalt, daß nach den hinter Aremberg votirenden Häusern Hohenzollern, Eggenberg und Lobkowitz nunmehr die Fürsten von Salm, Dietrichstein, Nassau-Hadamar, Piccolomini, Nassau-Dillenburg, Siegen, Diez und Auersberg ihren Platz angewiesen erhielten.[166]) Dagegen erhob am 10. März 1654 der nassauische Bevollmächtigte Johann Cramer Protest, indem er sich wieder auf die von Karl IV. verliehene und von den Kurfürsten genehmigte fürstliche Würde berief und damit die Rechte seines Hauses aufrecht erhielt, während er den evangelischen Ständen für ihre Unterstützung dankte.[167])

Damit waren die Bemühungen der Saarbrücker Grafen zunächst abgewiesen, aber sie wurden deshalb nicht endgültig eingestellt. Je nachdem sich die Aussichten besser gestalteten und die Gelegenheit günstig schien, erhoben sie ihre Ansprüche von neuem in der Oeffentlichkeit, auf deren Erfüllung sie im stillen unablässig hinarbeiteten. Im Jahre 1667 fand die Einführung der Fürsten von Ostfriesland und Fürstenberg in den Fürstenrat statt. Johann Philipp Sinold genannt Schütz, der damals als nassauischer Gesandter nach Regensburg beordert war, wandte sich dagegen im

[165]) Londorp VI S. 902.

[166]) Ausführung über die Standeserhöhung 1750. Copialbuch altes Dillenburger Archiv.

[167]) Lünig R. A. 10 b S. 483.

Hinblick auf den schon einmal erfolgten Protest vom Jahre 1654, um den Anspruch seines Hauses auf das Fürstenrecht und den Vorrang im Fürstenrat in nichts nachzugeben.[168])

Zu den drei walramischen Linien Idstein, Saarbrücken und Weilburg waren durch Teilung noch zwei neue Zweige hinzugetreten (31. März 1659), Ottweiler und Usingen. Auf einer Hauskonferenz zu Idstein im November 1668, an der sämtliche Grafen außer Saarbrücken teilnahmen, kam auch die Frage der Erneuerung des Fürstenstandes zur Sprache, infolgedessen Graf Friedrich von Nassau-Weilburg (1655—1675) nach Regensburg ging, um dort persönlich unter anderem besonders sich dieser Angelegenheit anzunehmen. In einem Schreiben vom 22. Juli 1669 hob er die ablehnende Haltung des Reichs gegenüber Session und Stimme im Fürstenrat hervor.[169])

Ebenso zeitigte nach einer Vereinbarung von 1671 das folgende Jahr neue Schritte. An verschiedenen Anträgen auf Erneuerung der alten Würde hat es nicht gefehlt. Darüber erstattete am 28. Januar 1672 der nassauische Gesandte Clemens Vogt an seinen Herrn, den Grafen Friedrich von Weilburg, schriftlichen Bericht. Unter den evangelischen Ständen, die bei der Aufnahme des Hauses Schwarzenberg für die gleichmäßige Einführung von Nassau-Saarbrücken eintraten, zeichnete sich besonders Sachsen-Gotha mit seinem Beschluß vom 22. Mai 1674 aus, in dem auch von seiner Seite die Bedeutung der Urkunde von 1366 anerkannt wurde.[170]) Am 17. Juni desselben Jahres gab der Gesandte Georg Philipp Fabricius nochmals den Ständen anheim, zu erwägen, ob nicht in Ansehung des alten und von Zeit zu Zeit angewandten Fürstenrechts — hätte doch sogar Kaiser Sigismund einen Grafen von Nassau einen Fürsten des Reichs genannt — die Aufnahme des Saarbrückischen Hauses in den Fürstenrat vorgenommen werden müßte, wie schon in einem Memorial vom 3. Juni „wegen renovation und confirmation deß von Caroli IV. ... itzt hochgedachtem hauß conferirten fürsten-rechts, auch admission ad votum et sessionem in reichsfürsten-rath" verlangt worden[171]). Immer deutlicher also verdichten sich die Ansprüche dazu, direkt eine Erneuerung der Fürstenwürde zu verlangen, indem eben der Urkunde von 1366 tatsächlich der Gehalt des wahren Reichsfürstenstandes beigelegt wird, obgleich man immer nur schlechtweg von dem Fürstenrecht spricht. Merkwürdigerweise erhebt sich dagegen kein Zweifel oder Wider-

---

[168]) Collectanea, die Introduktion des Hauses Nassau in den Reichsfürsten Rath btfd. walramisches Hausarchiv.

[169]) Schliephake-Menzel VI S. 552.

[170]) Schliephake-Menzel VI S. 556. Moser Teutsches Staatsrecht 35 § 25.

[171]) Collectanea ..

spruch. Bald danach, am 10. September 1676, lehnte Johann Ludwig von Ottweiler seine Beteiligung am wetterauischen Grafenbund mit der Begründung ab, er würde sich sonst bei seinen Bemühungen um die Fürstenwürde etwas vergeben.[172])

Eine geraume Weile hört man nichts, erst das Jahr 1685 bringt die Angelegenheit wieder einen Ruck vorwärts. Damals verlangte Graf Georg August Samuel von Idstein vom Kaiser die Erneuerung der Fürstenwürde, wozu auch Graf Walrad von Usingen sein Einverständnis gab. Johann Ernst von Weilburg schreckte zwar vor den großen Ausgaben zurück, erbat sich aber eine dreijährige Bedenkzeit für Annahme der Würde und Beteiligung an den Kosten, die sie dann auf 6000 Reichstaler veranschlagten.[173]) Ganz ablehnend verhielten sich die Grafen Johann Ludwig von Ottweiler, der das Seniorat und Direktorium in seiner Linie beanspruchte und durch das eigenmächtige Vorgehen seiner jüngeren Verwandten anscheinend in die Opposition getrieben wurde, und Ludwig Krafft von Saarbrücken. Sie vertraten ihren Standpunkt in einem Schreiben an die Reichsfürsten und Stände vom 23. Oktober, worin sie besonders auf die Zersplitterung in die verschiedenen Linien und die Verarmung aufmerksam machten, die ein standesgemäßes Auftreten unmöglich erscheinen ließe.[174]) Am 11. Januar des folgenden Jahres erschien daraufhin von den Antragstellern „der diesseits des Rheins wohnenden herrn grafen zu Nassau bericht, aus welchen ursachen sie die fürstl. dignität auf ihr haus zu bringen gesucht und wie unbillig sie von ihnen jenseits Rheins wohnenden Agnaten daran gehindert worden." Es wäre unrecht, nachdem bereits andere Linien des Hauses Nassau in den Fürstenstand erhoben wären und sämtliche Agnaten von Nassau-Saarbrücken mehrfach, besonders aber im Jahr 1677 für dieselbe Ehrung gestimmt hätten, nunmehr von den eigenen Verwandten derart überfallen zu werden. Ihr Land wäre nicht kleiner als das des fürstlich ottoischen Hauses, jedenfalls aber größer, als der 1366 gefürstete Graf Johann je besessen.[175])

Noch mehrfache Bemühungen waren nötig, ehe Kaiser Leopold am 4. August 1688 zu Wien die Erhebungsurkunden für Georg August von Nassau-Idstein, Walrad von Nassau-Usingen und Johann Ernst von Nassau-Weilburg ausstellte.[176]) In ihrem Aufbau entsprechen sie den für das ottoische Haus erteilten Gnadenbriefen.

---

[172]) Schliephake-Menzel VII S. 4.
[173]) Schliephake-Menzel VII S. 41.
[174]) Londorp Acta publica 12 S. 500.
[175]) Lünig Grundfeste Europäischer Potenzen Gerechtsame. Leipzig 1716 II S. 456, Moser 4 § 101 S. 165 f.
[176]) C. Spielmann Georg August Fürst zu Nassau-Idstein. Nassauische Annalen 24 S. 34. Albert Ruppersberg Geschichte der ehemaligen Grafschaft Saarbrücken. Saarbrücken 1899 II S. 180 s. Beilage.

im besonderen wird der Fiktion Raum gegeben, daß es sich um eine Erneuerung des Reichsfürstenstandes handle: „Wan wir ... erwogen das uhralte, von vielen hundert jahren hero bekante und noch anno dreyzehenhundertsechsundsechzig von unserem hochgeehrten vorfahren am reich, weyland kayser Carln dem vierten mit dem fürsten-recht und standt begnadigte und begabte herrliche geschlecht der graffen zu Nassau-Saarbrückischer lini." Außer den üblichen Gründen und Diensten wird die kaiserliche Gnade erteilt, „insonderheit auch in ansehung der von gesambter reichsversammlung zu Regensburg eingelangt- und wiederholten einrathen," und diese ist „daß, wie obgedacht, von weyland kayser Carlen dem vierten seinen voreltern ertheilte: durch verschiedene erfolgte mutationes aber von denen nachkommen gar lange zeit hero nicht gebrauchte und gar abkommene fürstenstandsrecht widerumb respective erneuert, dasselbe confirmirt und ihme von neuem darein gesetzt." Ferner „geben ihnen ... den nahmen und titul, wie sie ihre oder ihre voreltern obgehörter maßen, von alters erlangt oder berechtigt gewesen." Dabei soll das Gesamthaus „mit einer session und stimm in versammlungen auf reichs-tägen und andern zusammenkunften befugt und berechtigt sein." Eine Erhebung des Landes zum Fürstentum findet auch hier nicht statt. Johann Ernst erhält außerdem das Zugeständnis, der Nichtgebrauch der Fürstenwürde werde in keiner Weise eine Rechtsminderung nach sich ziehen.[177])

Tatsächlich brachte er diese Klausel auch zur Anwendung, da die Kosten weit über den Anschlag hinausgingen, ja er ließ sich sogar seinen schon eingezahlten Anteil im folgenden Jahr zurückerstatten, wofür allerdings Usingen seine Urkunde mit Beschlag belegte. Ueber ihn schrieb die Herzogin Elisabeth Charlotte von Orleans, die Tochter des Kurfürsten Karl Ludwig von der Pfalz, am 17. Juli 1695: „Ich finde, daß die grafen lobenswerdt sein, so ihr fürstenbrief verachten, dadurch werden sie in meinem sin mehr als neue fürsten, und sein estimabler." Und über Ludwig Krafft von Saarbrücken vorher am 14. Mai: „Wir haben hier einen graffen von Nassau ..., der hatt auch brieffe, umb ein fürst zu sein, will es aber nicht sein, daß gefelt mir recht woll an ihm."[178]) Erst der Sohn Johann Ernst's, Karl August (1719—1753), nannte sich seit dem 27. September 1737 Fürst, ohne daß er mit Usingen über die Kosten und Uebergabe der Urkunde einig geworden wäre. Vielmehr lebten diese Streitigkeiten 1762 von neuem auf; Weilburg verlangte bestimmte Abzüge, und noch 1774 und 1776 war die Angelegenheit nicht ins Reine gebracht.[179])

---

[177]) Vgl. die Beilage.
[178]) Schliephake-Menzel VII S. 42.
[179]) Schliephake-Menzel VII S. 242. 403.

Aber die Fürsten des Hauses, die auf die drei Linien Weilburg, Usingen und Saarbrücken zurückgegangen waren, gaben sich mit der Erhebung an sich noch nicht zufrieden, sondern strebten nach Sitz und Stimme im Reichsfürstenrat, wofür ja Kaiser Leopold I. ausdrücklich nach den Urkunden von 1688 hatte Sorge tragen wollen. Ihrer nahm sich Kaiser Joseph I. an, indem er sich am 18. Januar 1707 in einem Kommissionsdekret beim Reichstag für sie verwandte. Wohl kam am 7. Mai 1708 ein Beschluß der Fürsten zustande, auf den am 1. September 1710 ein solcher der Kurfürsten folgte, „die introduction derselben dem reichsherkommen gemäß nunmehr würcklich und fördersamst zu vollziehen," allein es blieb bei der bloßen Zusicherung, obwohl noch der Fürst von Nassau-Idstein am 27. Juli 1713 besonders an den Reichskonvent herangetreten war.[180]) Und im Mai 1754 erhielt das Haus, das erneut in Regensburg einen Antrag gestellt hatte, trotz Zustimmung vieler Stände einen abschlägigen Bescheid.[181]) Um überhaupt Einfluß zu gewinnen, trat man wieder dem wetterauischen Grafenverein bei, und der Vertrag vom 15. Februar 1771 enthielt die Klausel, daß die nassauischen Fürsten nur bis zu ihrer Introduktion in den Reichsfürstenrat ihm anzugehören verpflichtet wären, während der Grafenverein selbst das seine dazu tun sollte, ihnen die Aufnahme zu verschaffen.[182])

Aber der Erfolg blieb aus, und als Ersatz wurden die drei walramischen Fürsten am 3. Dezember 1781 von Kaiser Joseph II. mit dem Prädikat „Durchlauchtig hochgeboren" entschädigt. Nachdem noch einmal 1788 auf einer Hauskonferenz die Angelegenheit beraten war, schien sie endlich durch die Bereitwilligkeit des Prinzen Wilhelm von Oranien, eine oranische Virilstimme an das walramische Haus abzutreten (13. Oktober 1792), ihrer Lösung nahe. Da traten ihr neue Hemmnisse in den Weg. Auch die Bestimmung des Reichsdeputationshauptschlusses, die Usingen und Weilburg je eine Virilstimme gab, wurde vom Kaiser nicht anerkannt.[183])

Es ist ein merkwürdiges Schauspiel, das sich hier bietet. Gerade das Haus Nassau-Saarbrücken blieb von Sitz und Stimme im Reichsfürstenrat ausgeschlossen, obwohl schon 1366 Graf Johann mit fürstlichen Rechten begnadigt war. Zwar wurde der Anspruch im Hinblick hierauf zu Unrecht erhoben, da es sich nicht um eine Erhebung in den Reichfürstenstand gehandelt hatte. Aber wenn überhaupt ein Grund bestand, jenes alte Privileg zu berücksichtigen, so hätten deshalb die Mitglieder der walramischen Linie nicht schlechter gestellt werden dürfen als die der ottoischen.

---

[180]) Druckschrift vom März 1803 aus Collectanea .. Moser Teutsches St. 35 § 25.
[181]) Schliephake-Menzel VII S. 308.
[182]) Schliephake-Menzel VII S. 401.
[183]) Schliephake-Menzel VII S. 471. 636.

VERZEICHNIS DER BEILAGEN.

1. Urkunde Kaiser Karls IV. für Graf Johann vom 25. September 1366 zu Würzburg in lateinischer Fassung.
2. desgleichen in deutscher Fassung.
3. Willebrief Erzbischofs Gerlach von Mainz vom 26. Oktober 1366 zu Würzburg in lateinischer Fassung.
4. desgleichen vom 17. Januar 1367 zu Miltenberg in deutscher Fassung.
5. Willebrief König Wenzels von Böhmen vom 17. Januar 1367 zu Burglins.
6. Willebrief Erzbischofs Cuno von Trier vom 9. November 1368 zu Ehrenbreitstein.
7. Willebrief Pfalzgrafen Ruprechts d. Ae. vom 19. Dezember 1369 zu Heidelberg.
8. Willebrief Herzog Rudolfs von Sachsen vom 5. Februar 1370 zu Bingen.
9. Schreiben König Sigmunds vom 7. September 1413 zu Chur an Grafen Philipp von Nassau-Saarbrücken.
10. Vidimus des Stifts von St. Arnual über die Urkunde von 1366 vom 26. Juli 1449.
11. 5 Regesten aus Urkunden und Briefen betr. den Titel der gefürsteten Grafen von Nassau.
12. Beglaubigung einer Abschrift der deutschen Urkunde von 1366 durch den Rat der Stadt Frankfurt vom 28. März 1676.
13. Kaiser Maximilians Privileg für die Gebrüder Adolf und Philipp von Nassau über das Prädikat „wohlgeboren“ vom 31. März 1497 zu Innsbruck.
14. Erhebungsurkunde Kaiser Ferdinands III. für Johann Ludwig von Nassau-Hadamar vom 8. Oktober 1650 zu Ebersdorf.
15. desgleichen für Graf Ludwig Heinrich von Nassau-Dillenburg vom 25. November 1652 zu Prag.
16. desgleichen für Johann Moritz von Nassau-Siegen.
17. desgleichen für Wilhelm Friedrich von Nassau-Diez.
18. desgleichen für Johann Franz von Nassau-Siegen.
19. Gemeinsame Erhebungsurkunde Kaiser Leopolds I. für Georg Friedrich, Wilhelm Moritz und Friedrich von Nassau-Siegen vom 6. Mai 1664 zu Regensburg.
20. Erhebungsurkunde Kaiser Leopolds I. für Johann Ernst von Nassau-Saarbrücken vom 4. August 1688 zu Wien.
21. Stammtafel des Hauses Nassau.

NUMMER 1

In nomine sancte et individue trinitatis feliciter amen. Karolus qartus, divina favente clemencia Romanorum imperator semper augustus et Boemie rex, ad perpetuam rei memoriam illustri Johanni principicomiti[184]) de Nassow et domino in Meremberg consanguineo et fideli suo dilecto graciam suam et omne bonum. E chorusco lumine throni cesarei, e splendore mirifico sedis auguste sic cetere dignitates prodeunt, sic ingenue nobilitates gratam sumunt originem, ut prime lucis integritas minorati luminis detrimenta non senciat, immo tanto dignius splendeat tantoque fulgorosius luceat radius principantis monarche, quanto plures eius privilegiato splendore illustrati. Sane dum levantes intelligencie nostre claros oculos in nostre dicionis circuitu longe lateque conspicimus, inter cetera, quibus animus noster ad dilatacionem boni communis imbuitur, persona tua consanguinee carissime gratissimis indiciis se nostris offert obtutibus, ut considerata claritate tuorum quibus videlicet fidei, virtutum et constancie meritis progenitores tui multis laboribus et studio exquisito sudaverint ad sacri Romani imperii propagandos honores et que tua pridem fuerit, sit et esse velit continuo tue sollicitudinis laudabilis diligencia, quia circa obsequia imperialis culminis innata tibi probitas frequenter et ferventer afficitur, ad augendos tuos honores inclinamur propensius, ut clariorem te reddat sacrum imperium, ad cuius procurandos honores clarissimis semper indiciis claruisti. Ideoque illustrium principum, comitum, baronum et procerum sacri imperii sano accedente consilio, animo deliberato, de imperialis potestatis plenitudine et ex certa nostra sciencia te carissimum consanguineum nostrum et heredes tuos legittimos imperpetuum dei invocato nomine illustra-

---

[184]) ein Wort

mus, honoramus, libertamus, exaltamus et illustres principes comites[185]) creamus, ordinamus et facimus, ut videlicet principescomites[185]) existatis et in collegio principumcomitum,[185]) qui vulgari Theutonico gefurstetet graven dicuntur, inantea computemini necnon omnibus et singulis privilegiis, honoribus, libertatibus, exempcionibus, graciis et indultis gaudeatis expresse, quibus illustres principescomites[185]) sacri imperii freti sunt actenus et jure seu honorabili laudanda et prescripta consuetudine quomodo libet potiuntur in consiliis imperialibus, in deliberandis, ferendis ac promulgandis interlocutoriis aut diffinitivis sentenciis in provocacione duelli, in regendis judicatibus et ceteris officiis sacri imperii et in quibuslibet publicis seu privatis actibus, quibus eciam specialibus possint vocabulis designari, omnem defectum, si quis forsitan in premissis racione sollempnitatis obmisse dubia interpretacione sentenciarum aut verborum seu alio quovis modo compertus fuerit, supplentes de certa sciencia et de plenitudine cesaree potestatis. Mandamus igitur universis et singulis principibus, comitibus, baronibus, proceribus et generaliter toti universitati sacri Romani imperii, ad quorum noticiam presencia deducentur, sub pena imperialis indignacionis et sub aliis penis, quas nostra aut successorum nostrorum Romanorum imperatorum seu regum deliberacio in contemptores quoslibet dignum duxerit, juxta qualitatem contemptus racione previa promulgandas, quatenus te carissimum consanguineum nostrum et heredes tuos legittimos illustres principescomites[185]) nominent, intitulent, revereantur, honorent et condignis semper prosequantur studiis cunctis temporibus affuturis. Signum[186]) serenissimi principis et domini Karoli quarti Romanorum imperatoris invictissimi et gloriosissimi Boemie regis.

Testes huius rei sunt venerabilis Gerlacus sancte Moguntinensis ecclesie archiepiscopus, sacri imperii per Germaniam archicancellarius, illustris Otto marchio Brandemburgensis et Lusacie, sacri imperii archicamerarius, principes electores, venerabiles Albertus Herbipolensis et Petrus Curiensis ecclesiarum episcopi, illustres Rupertus dux Bregensis et Wilhelmus marchio Misnensis, spectabiles Burchardus burgravius Magdeburgensis, imperialis curie nostre magister, Heinricus de Swarczburg, Ulricus et Johannes lantgravii Leutembergenses, Eberhardus de Wertheim et Ulricus de Helfenstein comites, nobiles Gerlacus et Goczo de Hoenloch, Andreas de Brunek, Ulricus de Hanow, Borscho de Rysemburg, Hasco de Swereticz et Thimo de Coldicz imperialis camere nostre

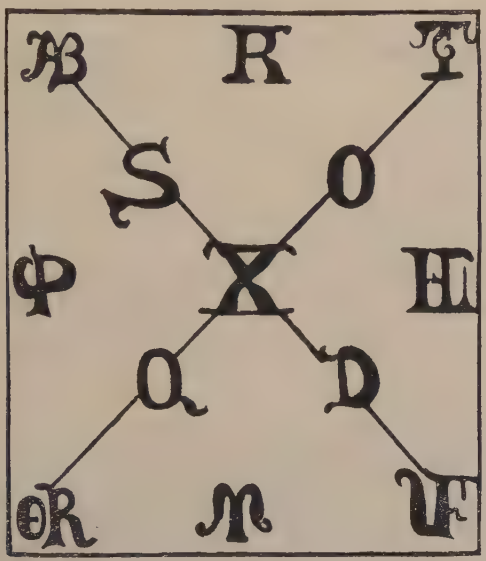
---

[185]) ein Wort.

[186]) Das Signum steht nicht, wie hier in der Abschrift oder Kopie, frei, sondern mitten im Text, ist also von allen Seiten von der Schrift umschlossen. Die Worte „Signum“ bis „regis“ haben etwas größere Buchstaben als der andere Text, heben sich also aus der Urkunde etwas heraus.

magistri, Potho de Czastolovicz et Wanco de Potenstein et quamplures alii nostri et imperii sacri principes, comites, nobiles et fideles, presencium sub bulla aurea typario imperialis nostre majestatis impressa testimonio litterarum.

Datum Herbipoli anno domini millesimo trecentesimo sexagesimo sexto indiccione quarta VII. kalendas octobris regnorum nostrorum anno vicesimo primo imperii vero duodecimo.



Ego Johannes dei gracia Olomucensis episcopus, regalis capelle Boemie comes et sacre imperialis aule cancellarius, vice reverendi in Christo patris domini Gerlaci Maguntinensis archiepiscopi, sacri imperii per Germaniam archicancellarii, recognovi.

Original-Pergament, Größe 67:44-45 cm, im Großhzgl. Luxbg. Hausarchiv, Biebrich a. Rh. Mit anhängender goldener Bulle in Blechkapsel. In den beiden Löchern (für die Siegelschnüre) auf der Plica hängend noch größere Reste der gelben und schwarzen zur Schnur gedrehten Seidenfäden, an denen die Bulle ursprünglich gehangen hat; von den schwarzen Fäden nur noch ein Restchen erhalten. Später sind, um die Bulle wieder anzuhängen, bezw. sie nicht verloren gehen zu lassen, Leinenfäden durch die Löcher der Plica und die inneren Oesen der beiden Platten der Goldbulle gezogen, so daß sie jetzt ähnlich wie vorher an den Seidenfäden hängt.

Auf der Plica in einer Falte eine kleine, durch Mäusefraß zerstörte Stelle.

Die Urkunde ist in schöner, sorgfältiger Schrift geschrieben, der erste Buchstaben J (11 cm, mit Schnörkeln 19 cm in der Länge) ist verziert in schwarzer Federzeichnung. Die Recognitionsformel des Bischofs von Olmütz ist in anderer Schrift als der Text der Urkunde geschrieben.

NUMMER 2

Wir Karl von gotes gnaden Romischer keiser, czu allen czeiten merer des reichs und kunig czu Behem, bekennen und tun kunt offentlich mit disem brieve allen den, die yn sehen oder horen lesen, daz wir angesehen haben die erbergen getruwen dienste des edeln Johanse graven czu Nassow, herren zu Meremberg, unsers lieben neven, domitt er und seliger gedechtnuzze seine vorfurdern das helige reiche allewege geeret und gewirdet haben und er noch teglichen tut mit stetem fleizze und mit ganczen truwen. Und dovon mit wolbedachtem mute, mit rate unserer fursten, graven, freyen, herren und anderer edlerr des reiches mit volkumenheit keiserlicher mechte und mit rechter wizzen hohen, wirden, fryen und eren wir den egenanten unsern neven und meynen und wollen, daz er und sine erben und erbes ewiclichen furbazzmerer[187]) von disem heutigen tage gefurstete, gefreyte und hochgebornen graven sin sullen und daz er und sie in geriechten urtele czu finden und czu sprechen und in unsern keiserlichen reten gefurster, gefrieter und hochgeborner graven genozz sich kempflich vorantwurten muge, und ob sin not geschicht, sie czu kempfen heischen und gemeinlich seczzen, und wollen wir mit keiserlicher mechte volkomenheit und mit rechter wizzen, daz der egenannte unser lieber neve, seine erben und erbes erben ewiclichen alle recht, gewonheit, adel, fryheit, ere und wirde haben sullen und sich der genczlich frauwen glich allen andern gefursteten, gefreyten und hochgebornen graven in allen sachen, welcherley die sint und wie man die benennen mag mit sunderlichen worten. Wer ouch das dheinerley gebrechen were in diesem brieve und in diesen gegenwortigen unsern keiserlichen genaden, das lichte ettliche schonheit und czierheit, die dorczu gehorent, sich dorinne nicht ergangen hetten oder daz lichte sinnes unde worter gebreche in diesem brieve, allen sullichen gebrechen, in welcher wise er in diesen sachen funden wirdet, erfullen wir genczlichen mit keiserlicher mechte volkomenheit und mit rechter wizzen. Und dovon gebieten wir allen fursten, graven, freyen, herren, edeln, rittern, knechten, burgern und gemeinschefften, unsern und des reiches getruwen ernstlich und vesticlich by unsern

[187]) ein Wort.

und des reiches hulden, daz sie den egenanten unsern lieben neven, seine erben und erbes erben ewiclichen als gefurstente, gefriete und hochgeborne graven eren, wirden, nennen, haben und halden sullen ewiclichen. Mit urkunde dicz briefes versigelt mit unserer keiserlichen majestat insigel, der geben ist czu Wurczburg nach Christus geburte dreuczehenhundert jar dornach in dem sechs und sechczigstem jare an dem nehsten freytage fur sand Michelstag, unserer reiche in dem eynundczwenczigsten und des keisertums in dem czwelfften jare.

Auf der Plica rechts: Per dominum . . cancellarium . . decanus Glogoviensis.

Auf der Rückseite: R[egistrata] Johannes Lust. (Vom Buchstaben R die rechte untere Hälfte lang heruntergezogen, daneben mit anderer Tinte die Buchstaben A und O.)

Original-Pergament Größe 46 : 26 cm, mit anhängendem großen Wachssiegel (in zwei Hälften zerbrochen und zusammengeklebt), auf dessen Rückseite das kleine Siegel in rotem Wachs eingelassen ist, an Pgtstreifen, jetzt im Großherzoglich Luxemburgischen Hausarchiv, Biebrich a. Rh.

Die Schrift der Urkunde zeigt keine besonderen Verzierungen.

NUMMER 3

Gerlacus dei gracia sancte Maguntinensis sedis archiepiscopus, sacri imperii per Germaniam archicancellarius, universis christifidelibus tenore presencium notificamus, quod serenissimus invictissimus princeps et dominus noster dominus Karolus quartus, divina favente clemencia Romanorum imperator semper augustus et Boemie rex, illustris dominus noster gratiosus, deliberacione matura nostro et aliorum coelectorum nostrorum accedente consilio et assensu illustrem Johannem principem comitem de Nassauwe, dominum in Meremberg, germanum nostrum dilectum, consideratis sui ac suorum progenitorum probitatum meritis et obsequiis divis Romanorum imperatoribus ac sacro Romano imperio dudum laudabiliter impensis eiusdem principis comitis Johannis ac suorum heredum legittimorum statum et honores cupitus adaugere ipsum et heredes suos legittimos perpetue illustravit, honoravit, libertavit et sublimavit et illustrem principem comitem dictum vulgariter gefurstet grafen creavit, prout in literis sue celsitudinis imperiali bulla aurea bullatas (!) sibi desuper traditis per nos cum ea qua decuit reverencia visis et receptis premissa lacius continentur, quarum tenor sequitur in hec verba. [Folgt die Urkunde Karls IV. vom 25. September 1366, latein. Text: „In nomine sancte" bis . . . „recognovi."] Nos igitur attendentes prefatas illustracionem, honoracionem, libertacionem et sublimacionem per do[minum][188])

nostrum imperatorem de illustri principe comite Johanne de Nassauwe fratre nostro prelibato et ipsius legittimis heredibus rite racionabiliter ac ligittime esse factas eas deliberato animo non per errorem seu improvide, sed de [ce]rta[188]) sciencia necnon prefatas literas in omnibus suis capitulis sentenciis, clausulis sive punctis de verbo ad verbum, prout superius exprimuntur, approbamus, laudamus et acceptamus ipsisque tamquam princeps elector nostrum benivolum adhibemus consensum pariter et assensum ad perpetuam roboris firmitatem presencium sub appenso nostro maiori sigillo testimonio literarum. Datum Herbipoli die XXVI. octobris anno domini M°CCC° sexagesimosexto.

Rückseite: Registrata est.

Original-Pergament, Größe 29,5:50; mit anhäng. stark zerstördem Siegel des Ausstellers in achteckiger Holzschachtel an Pgtstreifen, jetzt im Großherzoglich Luxemburgischen Hausarchiv, Biebrich am Rhein.

NUMMER 4

Wir Gerlach von gots gnaden des heilgen stuls zu Mentze ertzebisschoff, des heilgen Romschen richs in Dutschenlanden ertzekanceller, bekennen offenlich mit disem brieve, wann der allerdurchluchtigester furste und herre her Karl, Romscher keysir, zu allen zyten merer des richs und kunig zu Beheim, unser lieber gnediger herre, dem hochgeborn fursten hern Johan grafen zu Nassaw, unserm lieben bruder, und sinen erben furstenrecht und friheyte gnediglichen gegeben und virschrieben hat in alle der wyse, als unsirs egenanten herren des keysirs brieve, die daruber gegeben sint, volkomelichen haldent, so han wir mit wolbedachten mute, mit rechter wisse, als eyn ertzebisschoff zu Mentze und eyn kurfurste des heilgen richs unsern willen und virhengnisse getan zu alle den sachen, die in unsirs herren des keysirs brieven, die er dem egenanten unserm bruder grafen Johan und sinen erben gegebin hat, geschrieben steent. Mit urkunde dises brieves virsigelt mit unserm hangenden ingesigel, der geben ist zu Mildenberg uff sente Anthonien tag nach gots geburte drutzenhundert iar darnach in dem siben und sechtzigesten jare.

Auf der Plica rechts: . . per G.

Rückseite: Registrata est. A. (der Buchstabe A steht über Registrata est).

Original-Pergament, Größe 25,5 : 15,5; mit anhäng. tadellos erhaltenem Siegel des Austellers an Pgtstreifen, jetzt im Großherzoglich Luxemburgischen Hausarchiv, Biebrich a. Rh.

[188]) Durch Mäusefraß zerstörte Stelle.

NUMMER 5

Wir Wenczla von gots gnaden kunig zu Beheim, marggraff zu Brandemburg und zu Lusicz, bekennen offenlich mit diesem briefe, wann der allerdurchleuchtigiste furste und herre her Karl, Romischer keiser, zu allen cziten merer des reichs und kunig zu Beheim, unser lieber vater und gnediger herre, dem hochgeborn fursten hern Johan, graven zu Nassow, unserm lieben neven, und sinen erben fursten recht und freiheite gnedicliche gegeben und verschrieben hat in aller der weise, als unsers egenanten herren des keisers briefe, die daruber gegeben sind, volkomenlichen haldent, so han wir mit wolbedachtem mute, mit rechter wizze, als ein kunig zu Beheim und ein kurfurste des heiligen reichs unsern willen und gehengnuzze getan zu allen den sachen, die in unsers herren des keisers brieven, die er dem egenanten unserm neven grafe Johan und sinen erben gegeben hat, geschriben stent. Mit urkunt dicz briefs versigelt mit unserm anhangenden insigel, der geben ist zum Burglins[189]) nach Christs geburt dreuczenhundert jar darnach in dem siben und sechzigisten jar an sand Anthonii tag unsers kunigrichs in dem vierden jare.

Rückseite: R[egistra]ta est. A.

Original-Pergament, Größe 28 : 14,5, mit anhäng. groß. Wachssiegel, auf dessen Rückseite das kleine rote Siegel eingelassen ist, am Pgtstreifen, der nur noch mit einem Teil im Siegel haftet. Untere Hälfte des Siegels abgebrochen. Im Großherzoglich Luxemburgischen Hausarchiv, Biebrich a. Rh.

NUMMER 6

Wir Cune von gods gnaden ertzebisschoff zu Trire, des heilgen Romschen richs durch Welchsland ertzecantzeler, bekennen offenlichen mit disem briefe, wann der allirdurchluchtigeste furste und herre herre Karl, Romscher keyser, zu allen zyten merer des richs und konig zu Behem, unser lieber gnediger herre, deme hochgeborn fursten hern Johan graven zu Nassaue, unserm lieben swager, und sinen erben fursten recht und friheite gnediclichen gegeben und verschriben hait in alle der wyse, als unsers egenanten herren des keisers briefe, die dar uber gegeben sint, volkomelichen haldent, die her nach von worte zu worte geschrieben stent [folgt der lateinische Text der Urkunde Karls IV. vom 25. Sept. 1366], so han wir mit wolbedachtem mute, mit rechter wisze, als eyn ertzebisschoff zu Trire und ein kurfurste des heilgen richs

[189]) Man könnte versucht sein, auch „zum Burghus" zu lesen, aber im Text ist bei jedem h der Haken rechts hinuntergezogen, so daß nach den Schriftzügen hier nur Burglins gelesen werden kann.

unsern willen und verhengnisse getan zu allen den sachen, die in unsers herren des keysers briefen, die er dem egenanten graven Johanne und sinen erben gegeben hait und beschriben stent. Mit orkunde dises briefes versigelt mit unserm hangenden ingesigel, der gegeben ist zu Erinbrechtsteyn uff den nesten donrstag vor sente Mertins dage nach gods geburte drutzehenhundert jar darnach in deme achte und sechzigestem jare.

Rückseite: Registrata est.

Original-Pergament, Größe: 42,5—43 : 27,5—28 mit anhäng., im obern Teil stark zerstörten Siegel des Ausstellers in achteckiger Holzschachtel an Pgtstreifen. Im Großherzoglich Luxemburgischen Hausarchiv, Biebrich am Rhein.

NUMMER 7

Wir Ruprecht der elte, von gots gnaden pfalczgrafe by Ryn, des heiligen Romschen richs obrister druchsezz und herczog in Beyern, bekennen offenlich mit disem brif, wanne[190]) der allerdurchluchtigiste furste und herre her Karl, . . Romischer keiser, zu allen ziten merer des richs und kunig zu Beheim, unser lieber gnediger herre, dem hochgeborn fursten hern Johan, grafen zu Nassawe,[190]) unserm lieben oheim und getruwen, und sinen erben fursten recht und friheite gnediclichen gegeben und verschriben hat in aller der wise, als unsers egenanten herren des keisers brife, die daruber gegeben sint, vollenkomenlichen haldent, so han wir mit wolbedachtem mute, mit rechter wiszen, als eyn pfalczgrafe by Ryn und eyn kurfurste des heiligen richs unsern willen und verhengnisse getan zu allen den sachen, die in unsers hern des keisers furgenant brifen, die er dem egenanten unserm oheim grafen Johan und sinen erben gegeben hat, geschriben stent. Mit orkund dises brifs versigelt mit unserm hangendem ingesigel, der gegeben ist zu Heidelberg des nesten mitwochen vor sante Thomas tag des heiligen apostolen nach Christi geburthe drutzehenhundert jare und in dem nun und sechtzigisten jare.

Rückseite: Re[gistra]ta est.

Original-Pergament, Größe: 28½—29 : 16½, mit anhäng. gut erhaltenem Siegel des Ausstellers an Pergamentstreifen. Im Großherzoglich Luxemburgischen Hausarchiv, Biebrich a. Rh.

NUMMER 8

Wir Rudolff, von gotis gnaden . . hertzoge czu . . Angern . . Westevalen und czu Sachsen, des heiligen Romischen richs ertze-

[190]) Das e am Schluß ist übergeschrieben: wann

marschalk, phalczgrave czu Sachsen und grave czu Brehene, bekennen uffenlich mid diesem brive, wann der allerdurchluchtegiste furste und . . herre her Karl, Romischer keyser, czu allen cziten merer des richs und kunig czu Beheim, . . unser liebir gnediger herre, dem hochgeboren fursten, hern Johan, graven zu Nassow, unserm liebin oheim und frunde, und sinen erbin fursten recht und friheit gnediclichen gegebin und vorschribin hait in aller der wise, als unsers egenannten herren des keisers brive, dy dar ubir gegebin sint, vollinkomelichen haldent, so haben wir mid volbedachtem mute, mid rechter wiszen, als eyn phalczgrave czu Sachsen und ein kurfurste des heiligin richs unsern willen und vorhengnisse getan czu allen den sachen, dy in unsers herren des keisers vorgenanten briven, dy er dem egenanten unserm oheim, graven Johan, und sinen erbin gegebin hat, geschrebin stent. Mit urkund dicz brives vorsigilt mit unserm angehanden insegile, der gegebin ist czu Prage nach Christi geburd driczenhundirt jar in dem . . sebenczigstem . . jare an sandte . . Agathen tage der heiligin juncvrouwen.

Rückseite: Re[gistra]ta est.

Original-Pergament, Größe: 30,7—31,5 : 20,3—20,7 mit anhängendem, gut erhaltenem Siegel des Ausstellers. Im Großherzoglich Luxemburgischen Hausarchiv, Biebrich a. Rh.

NUMMER 9

Wir Sigmund von gotes gnaden Romischer kung, zu allen zyten merer des richs und zu Ungern Dalmacien Croacien etc kung, embieten dem wolgebornen Philipp graven zu Nassaw und zu Sarbrucke, unserm und des richs lieben getruen, unser gnad und alles gut. Wolgeborner lieber getruer, wann dir wol wissentlichen und landkundig ist, daz der hochgeborn Antoni von Burgundi und die sinen, die edeln Huwarten von Eltern und andere ritterschaft, die mit im in buntnusz ist, unsere liebe getruen langczyt wider reht und uber das, daz sy im reht fur unser und des richs kurfursten gebotten haben, gedrungen, genottet und beschedigt haben und teglich dringen, noten und beschedigen, sy von der cron zu Behem und uns als einen rechten erben derselben cron zu dringen, und wann wir die vorgenante ritterschaft und einen iglichen in dem riche begriffen pflichtig sin, by rehte zu hanthaben und zu schirmen, und du unser und des richs furste bist, dorumb haben wir dich mit wolbedahtem mute, gutem rate und rehter wissen der vorgenanten ritterschaft zu einem houptmann gegeben und geseczt, geben und setzen in kraft disz briefs und Romischer kungslicher maht und gebieten dir ouch ernstlich und vesticlich mit disem brief, daz du dich solicher houptmannschaft annemen und underwinden und der vor-

genanten unser getruen ritterschaft wider die obgenanten Antoni, sin helfere und die sinen, getrulich und ernstlich beholfen sin sollest, sy by der vorgenanten cron und und[191]) ouch by rehte zu beschirmen und zu hanthaben, als wir dir des genczlich gelouben und getruen. Ouch geben wir dir gancze und volle maht und gewalt, unser und des richs banier wider die vorgenanten Antoni, sin helfer und die sinen, an allen enden ufczuwerfen und zu furen und die vorgenannte ritterschaft damit zu beschirmen nach dem besten, wann wir derselben ritterschaft befolhen haben, dir als unserm houptmann gehorsam und gewertig zu sin in allen sachen. Geben zu Cure nach Christs gepurt vierczenhundert jar und dornach in dem driczehenden jare des nehsten donerstags vor unser frawen tag nativitatis, unser riche des Ungrischen etc in dem XXVII und des Romischen in dem dritten jaren.

Ad mandatum domini regis.

Johannes Kirchen.

Original-Pergament, 31,5 : 26.

Rückseite mit Oblatensiegel des Ausstellers. Im Großherzoglich Luxemburgischen Hausarchiv, Biebrich a. Rh.

NUMMER 10

Nos decanus et cappittulum ecclesie collegiate sancti Arnualis de sancto Arnuali Metensis diocesis notum facismus universis, nos vidisse et legisse quandam literam imperialem sigillatam seu bullatam sigillo aureo pendente filis sericeis nigri et glanci coloris cum certis signis et caracteribus in medio ejusdem litere insertis juxta stilum et consuetudinem imperialis curie sanam, integram, illesam, non cancellatam, non viciatam, non abolitam, non abrasam, sed prorsus omni vicio et suspicione carentem, nobis ex parte illustris et potentis comitis Johanni[s]comitis in Nassauwe et in Sarbrucken etc ad oculos et ad manus nostras ostensam, cujus tenor de verbo ad verbum sequitur in hunc modum. [Folgt die Urkunde Karls IV. von 1366, lateinischer Text.] In cujus rei testimonium sigillum magnum cappittuli nostri appensione fecimus communiri. Datum sabbato proximo post festum beati Jacobi apostoli anno domini millesimo quadringentesimo quadragesimo nono.

Original-Pergament, Größe: 53 : 32,5 cm, Plica: 11 cm, mit anhängendem, wohlerhaltenen Kapitelssiegel an Pergamentstreifen.

Rückseite: Registrata est. (Retaà.) Im Großherzoglich Luxemburgischen Hausarchiv, Biebrich a. Rh.

---

[191]) Im Text zweimal.

NUMMER 11

Regesten aus Urkunden und Briefen
betr. den Titel der gefürsteten Grafen von Nassau.

1551, 23/3. Augsburg.

1. Schreiben Karls V. an den Grafen Philipp von Nassau-Wiesbaden-Idstein.

Adresse: „Dem wolgebornen unnsern unnd des reichs lieben getrewen Philipsen graven zu Nassaw, herrn zu Wiszbaden und Yetzstain."

Anrede: „Wolgeborner lieber getrewer."

Inhalt: Wiederholte Mahnung, die dem Reichsabschied von 1548 angehängte kaiserliche Deklaration und Ordnung, „wie es mitler zeit bis zu erorterung eines gemainen concilii in der religion gehalten werden solle", in's Werk zu richten und darüber schriftlichen Bericht zu erstatten. „Geben in unser und des reichs stat Augsburg am XXIIIt tag des monats Martii anno etc im Lt unnseres kaiserthumb im XXXIt . ."

Originalbrief. Papier, 2 Blätter. Originalunterschrift Karls u. Oblatensiegel auf der Rückseite von Bl. 2.

1452, 16/12. Rhodus.

2. Originalschreiben des „magister hospitalis Jherusale[mitani] J. Meisters des Johanniterordens."

in Rhodus vom 16. 12. 1452 an „Illmo principi ac potenti et magnifico domino domino . . Nassoy . . .," in welchem der Fürst gebeten wird, sich für frater Johann Scelang. „preceptorem preceptorie de Rigespurch prioratus nostri Alamanie," dem der Meister „domum seu baiuliam nostram Terreveni dicti nostri prioratus" ... verliehen hat, zu verwenden.

Anrede: „Illustrissime princeps ... Original-Papier, Oblatensiegel des Konvents auf der Rückseite.

1369. Weilburg.

3. „Emmerich genand Widuwilt" verpflichtet sich, „dem hochgeborn fursten, greben Johann, greben zu Nassauwe, herren zu Merenberg," zu Diensten auf Lebenszeit.

Original-Pergament, Siegel des Emmerich und, als Zeugen, des Ritters Johann von Steyne und des Pastors Dietrich zu Nassau. Gut erhalten. „Datum Wilberg in die Valerii beati episcopi anno domini MoCCCo LXonono secundum stilum Treverensem."

1372. Gleiberg.

4. Eberhard Rubesam und Ludwig Lupelin von Göns (Gunsse) verzichten auf alle Einkünfte und Nutzen aus dem Schloß Gleiberg (Glipperg) nebst Zubehör, da „die hochgeborn frauwe . . frauwe Johanne von Sarbr[ucken], grefinnen zu Nassauwe und frauwe zu Merenberg," sie wieder zu ihrem Erbe und ihrer Habe in und vor dem genannten Schloß zugelassen hat.

Original-Pergament, 2 Siegel der Aussteller am Pergamentstreifen. „Datum et actum Glipperg in vigilia beati Jacobi apostoli anno domini millesimo trecentesimo septuagesimo secundo."

1367.

5. „Johan von Langenawe [Langenau], ritter, hern Wyriches son" ... bekennt, daß „der hochgeborne furste, grave Johan von Nassaw, herre czu Merenberg, myn liebe gnedige herre", alles, was er seinen Eltern schuldig war, bezahlt hat.

Original-Pergament, Siegel des Ausstellers am Pergamentstreifen. „Datum anno domini M. CCC. LXVII quarta feria proxima post festum omnium sanctorum."

Sämtlich im Großherzoglich Luxemburgischen Hausarchiv. Biebrich a. Rh.

NUMMER 12

Beglaubigung einer Abschrift[192]) der Urkunde Karls IV. vom 25. September 1366, deutscher Text, durch den Rat der Stadt Frankfurt vom 28. März 1676.

Voraus geht der deutsche Text der Urkunde[193]) Karls IV., dann folgt folgende Beglaubigung:

„Wir der rath des heyligen reichs statt Frankfurt am Mayn bekennen, daß diese vorstehende copia mit dem bey unserer cantzley vorgelegtem wahrem original mit allem fleiß conferirt und demselben allerdings gleichlautend befunden worden, in urkund gemeiner statt hievorgetrucktem insiegels. So geschehen den 28ten Martii 1676."

Unter dem Text das aufgedrückte Oblatensiegel der Stadt Frankfurt.

[192]) Die Abschrift ist nicht genau; es fehlt z. B. vom Datum „dornach in dem sechs und sechezigsten jare", so daß also nur 1300 zu datieren wäre.

[193]) Im Großh. Lux. Hausarchiv Biebrich a. Rh.

— Wir Maximilian von gottes gnaden Romischer kunig[194]), zu allenn tzeytten merer des reichs, zu Hunngern, Dalmatien, Croatien etc. kunig, ertzhertzog zu Osterreich, hertzog zu Burgundi, zu Brabannt, zu Ghelldern etc., grave zu Flanndern, zu Tiroll etc. bekennen, das wir den wolgebornnen unnsern und des reichs lieben getrewen Adolffen und Philipssen, graven zu Nassaw, umb irer getrewen nutzlichen diennst willen, die sy unns, dem heiligen reiche und unnsern hewsern Osterreich und Burgundi in manigfeltig weyse getan und erzaigt haben und hinfur inkunfftig zeyt wol thun mogen und sollen, die genad und freyheit getan und gegeben, thun und geben inen die auch von Romischer kunigklicher macht wissentlich in crafft ditz briefs, also, das wir und unnser nachkommen am reiche denselben gepruedern und iren eelichen leybserben hinfur wolgebornnen schreyben und sy also von menigklich gehaissen, genennet und gehalten haben sollen und wellen. Unnd gebieten darauf allen und yeglichen churfursten, fursten, geistlichen und weltlichen prelaten, graven, freyen, herren, rittern, knechten, haubtlewten, lanndtvogten vitzthumben, vogten, phlegern, verwesern, ambtlewten, schultheißen, burgermeistern, richtern, reten, burgern, gemeinden und sunst allen andern unsern und des reichs unndertanen und getrewen, in was wirden, stats oder wesens die sein, ernnstlich und wellen, das sy die gedachten gebrueder und ire eeliche leybserben bey solchen unsern gaben und begnadungen bleyben und yemanndt davon dringen, verhindern noch besweren lassen, als lieb yedem sey unnser und des reichs swer ungenad zu vermeyden und dartzu ein pen, nemlich funfftzig march loetigs goldes, die ein yeder, so oft er frevenlich hiewider tete, unns halb und den anndern halbenteil den obgemelten von Nassaw und iren eelichen leybserben unableslich zu bezalen verfallen sein soll. Mit urkund ditz briefs besigelt mit unnserm kunigklichen anhanngenndem insigel, geben zu Innsprugkh am freytag nach dem heiligen ostertag nach Cristi gepurd vierzehenhundert und im sibenundnewntzigisten unnser reiche des Romischen im zwelfften und des Hungrischen im achtenden jaren.

Auf der Plica rechts oben: Ad mandatum domini regis proprium.

Original-Pergament, Größe: 40,5 : 22,7 cm mit anhängd. Siegel des Ausstellers am Pergamentstreifen.

Rechts unten: C. Sturtzd der Buchen
cancellarius subscripsit.

Im Großherzogl. Luxemburg. Hausarchiv, Biebrich a. Rh.

---

[194]) Ueber den u- oder o- oder e-Silben ist oft das Zeichen w gemacht, im Druck wird man es wohl ohne Bedenken auslassen können.

Wir Ferdinandt der dritte von gottes gnaden erwölter Römischer kayser, zun allen zeitten mehrer des reichs, in Germanien, zue Hungarn, Böheimb, Dalmatien, Croatien, Schlavonien könig, ertzherzog zu Osterreich, herzog zu Burgundt, zu Brabandt, zu Steyr. zu Kärnten, zu Crain, zu Lützemburg, zu Würtemberg, Ober- und Nieder-Schlesien, fürst zue Schwaben, maggraf des heyligen Römischen reichs zue Burggauw, zu Mehzen, Ober- undt Nieder-Lausitz. gefürster graue zue Habsburg, zue Tyrol, zu Pfierdt, zue Kieburg undt zu Görtz, landt graffe in Elsass, herr auff der Windischen marck, zue Portenaw und zue Salinss.

Benkennen für Uns undt unnsere nachkommen am heyligen Römischen reich öffentlich mitt diesem brieff undt thun kund allermänniglich: wie wohl die höhe Römischer kayserlicher würdigkeitt durch macht ihres erlauchtten thronss hievor, nichtt allein zu erleuchtigung und würde, sondern auch zu nohtturfft unde ziehrung des heyligen Römischen reichs großmächtigkeitt mitt chur-fürsten. grauen, freyen unde andern hohen ständen unde edlen geschlechtten geziehret ist, jedoch sinttemahl durch absterben der menschen solche hohe geschlechter inss abnehmen gerahten unde ie mehr die kayserliche hochheitt diesselbe ihren stattlichen herkommen, ritterlichen thaten und meriten nach mit hohen ehren und würden begabt, ie herrlicher der kayserliche thron dadurch geziehret auch die underthanen bey erkanttnuss kayserlicher würdigkeitt und ihrem schuldigen gehorsamb erhalten, zu ritterlichen thaten und getrewen beständigen diensten bewegt undt angeleidet werden.

Ober dieses und obwohl Wir auss solcher kayserlichen höhe und würdigkeitt, darin Unnss der allmächtige nach seinem göttlichen willen gesetzet, auch angeborner Unser milte und gütigkeitt allzeitt geneigt sein, aller und ieder Unnserer und des heyligen reichs anuerwanter hohen und niedern ständen und gliedern ehr und würde auffnehmen und wohlfahrt zubetrachten und zubefördern.

So ist doch Unnser kayserlich gemüth billig mehr gewogen und begirlicher die ienige, deren vor eltern und sij von uhraltem hohem stamme, geschlechtt, herkommen unde nahmen enttsprossen unde gegen Unnsere vorfahren am reich, Römischen kaysern und königen, auch Unnss, dem heyligen reich unde Unseren löbl. ertzhaus Oesterreich ihre getrewe dienst zu kriegs- und friedenszeitten vor anderen beständig erwiesen und fürbass zuerweysen sein, berayde sein zu höherm sandt und ehren zuerheben.

Wann Wir nun gnediglich angesehen und erwogen dass uhralte von vielen hundert jahren hero entsprossene herrliche geschlechtt der grauen von Nassaw, welches fast in der christenheitt mit königlichen, chur- und fürstlichen häusern mitt blueth, freunde- und schwagerschafft verwande worden; insonderheitt aber nitt wenig zu

gemüth gezogen die vielfeltige, hochansehentliche, getrewe, dapffere, empsiche, ritterliche und hochersprieslіche, große dienst, welche die grauen von Nassau weylande Unnsern höchstgeehrten vorfahren am reich wie auch Unsern hochlöblichen ertzhauss Osterreich inn mancherley occasionen zue kriegs- und friedenszeitten; insonderheitt aber der hoch- und wohlgeborne Unnser und des reichs lieber getrewer Johane Ludwig, graff zu Nassaw Catzen Elnbogen, Vianden und Dietz, herr zu Beylstein, ritter des güldenen vliess, Unnser geheimber rath in vielen hochwichttigen expeditionen. handlungen, tractaten, legationen und anderen dem gemeinen wesen höchstangelegenen sachen und rühmblichen verrichtungen, ungesparrt leib, lebens, guets unde bluets gantz auffrechtt, redelich, bestendig, getrew, dapfer und ansehentlich zu aller vollkommen satisfaction, wohlgefallen und erwünschten genügen erzeigt unde bewiesen, wie sich dan in specie gedachter Unnser geheymber rath graff Johann Ludwig von Nassaw uber alle seine vor diesem sowohl Unserm in gott allerseligst ruhenden herrn vattern kayser Ferdimando dem andern glorwürdigsten angedencknuss alss auch Unns unde offternanten Unnserm hochlöblichen ertzhaus Oesterreich erzeigte allgemeine nutz- und hochersprieesliche dienste alss Unnser zu den anfänglich naher Cölln, folgents Münster unde Ossnabrück angestelten general friedens tractaten gevollmächtigter plenipotentiarius von anfang derselben tractaten (bey welcher er aus eigenem seckel zur vermehr- und erhaltung Unnserer kayserlichen reputation eine grose spesen auffgewendet) sich zu erwünschtem glücklichen ende unde also in das elffte jahr Unnss, dem heyligen reich, wie Unnserm hochlöblichen ertzhauss Österreich und dem allgemeinen wesen zuerspriesslicher wohlfahrt unde nutzen mitt höchst angelegener sorgfald, embsigem fleiss, eyferiger bemühung, groser geschicklichkeitt, vernunfft und dexteritet zu Unnserm gnedigsten, wohlgefelligen contento und seinem und der seinigen unsterblichen, unauflesslichen und ewig wehrenden lob unde ruehmb, eussersten seinem vermögen nach trewbestendigst und gehorsambst gebrauchen lassen: inmaasen er in solcher unbefleckten trew unde deuotion biss in sein gruben unaussetzlich undt bestendigst zu uerharren des undthenigsten erbietenss ist, auch wohl thun kan, mag und solle.

So haben Wir demnach aus obangezogenen undt anderen Unnser kayserlichs gemüth darzu bewegenden dapferen Ursachen zu dancknehmiger gnedigster erkanntnuss dess fürtrefflichen uhralten gräfflichen geschlechts der grauen von Nassaw und so vieler herrlichen, hochansehentlicher und immer continuirten meriten und rühmlicher trewisten diensten mitt wohlbedachtem muth, guttem zeittigen rath, auss selbstaigener kayserlichen bewegnus und rechtem wissen obbenanntem Unnserm geheimben rath Johann Ludwigen, graffen zu Nassaw, die besondere kayserliche gnade

gethan und ihme samptt allen seinen ietzig und künfftigen ehelichen leibs erben und derselben erbens erben, mannss- und frawen personhnen absteigender linien in ewigkeitt in den standt, ehr und würde Unnserer unde des heyligen reichss fürsten und fürstinnen gnediglich erhebt, gewürdigt unde gesetzt, sy auch der schaar, gesellschafft und gemeinschafft Unnserer unde des heyligen reichs fürsten und fürstinnen zugefügt, zugesellet und vergleichet, darzu ihnen den fürstlichen titel unde nahmen zugeben unde zueführen gegönnet unde bewilliget, auch sich also zunennen und zuschreiben zugelassen unde erlaubt. Ordnen, setzen, würdigen und erheben demnach aus Röm. kayserlicher machttvollkommenheit hiemit wissentlich in crafft dieses brieffs obbesagten graffen Johann Ludwigen von Nassaw, auch also seine eheliche leibss erben und derselben erbenss erben, mannss- und frawen personhnen absteigender linien, obgehörter massen in den standt, ehr und würde Unserer und des heyligen reichss fürsten und fürstinnen, zuefügen, vergleichen, setzen und gesellen sy zu derselben schaar, gesellschafft undt gemeinschafft, ertheylen ihnen auch sampt und neben denen zuuorhabenden ehrn tituln des nahmenss undt titul Unnserer und des heyligen reichss fürsten und fürstinnen zu Nassaw und erlauben ihnen auch sich gegen Unss, Unsere nachkommen und sonst jedermänniglichen hohen und niedern standss persohnen des heyligen reichss fürsten und fürstinnen zunennen und zuschreiben. Unndt mainen, setzen und wollen hierauf, das mehrgenanter Johann Ludwig, graff zu Nassaw, seine eheliche leibss erben und derselben erbenss erben, manns- und frawen personhnen absteigender linien dieses nahmenss, stammens und geschlechts, für und für in ewige zeitt Unnsere und des heyligen reichs fürsten und fürstinnen sein. sich also vor unde neben ihrem altten wohl und rühmlich herbrachten tituln nennen und schreiben, von Unss und Unsere nachkommen am reich und allermänniglich darfür geachtt, erkandt, geehrt, genennet und geschrieben werden, auch alle und jede gnade. freyheitt, ehr, würde, vortheill, praeminentz, regalien, session. stimm, fürstandt, rechtt und gerechtigkeitt in versamblungen und ritterspielen mitt beneficien auff hohe und niedere stifft, geyst- unde welttliche lehen unde ämptter zuempfangen und zutragen und sonst alle andere sachen haben, deren theillhafftig und empfänglich sein, sich auch dessen allen, sonderlich aber dess fürstlichen titulss. nahmenss, cron, schiltt und wapffenss allenthalben mitt allen ehren. regalien und zugehörigen praeminentz, sessionen, stimmen und processionen in des reichss versammlungen, reichs- unde craystägen und andern zusammenkünfften ahn allen enden und orthen nach ihren ehren, nohtturfften, willen und wohlgefallen frewen, gebrauchen und geniesen sollen und mögen; inmasen sich andere Unnsere und dess heyligen reichss rechtgeborne fürsten und fürstinnen von

rechtt oder gewohnheitt wegen frewen, gebrauchen und geniesen, vor aller männiglichen ungehindert.

Wir gebieten auch darauff allen und yeden churfürsten, fürsten, geystlichen und welttlichen prälaten, graffen, freyen, herrn, rittern, knechtten, landmarschalcken, landhauptleuthen, landtvögten, hauptleuthen, vicedomben, vögten, pflegern, verwesern, amptleuthen, landtrichtern, schultheisen, burgemeistern, richttern, rähten, kündigern der wappen, ehrenholden, perseuanten, bürgern, gemeinden und sonst allen andern Unsern und dess heyligen reichss, auch Unserer erbkönigreich, fürsten-thumb und lande undthanen und getrewen, wass würden, standtss oder wesenss die seyndt, ernstlich und vestiglich mitt diesem brieff und wollen, dass sy den hochgebornen Unnsere oheimb unde des heiligen Römischen reichss fürsten Johann Ludwigen zu Nassaw, seine eheliche leibss erben und derselben erbenss erben, wie obstehet, nun hinführo ewiglich für Unsere und des heyligen reichss fürsten unde fürstinnen ehren, halten, schreiben, annehmen, nennen und erkennen, sy auch in allen und ieglichen reichs- crays und anderen ehrlichen versamblungen, ritter-spielen, hohen und niedern stifftern und ämptern, geyst- und weltlichen, auch sonsten ahn allen orthen und endten für Unnsere undt des heyligen reichss fürsten und fürstinnen ehren zulasen, achten, halten und erkennen, ihnen auch den reichsfürstlichen nahmen und titul schrifft- unde mündtlich geben, sy auch bey aller und jeder ehr, würde, session, praeminentz, fürsten-standt, vortheill, recht und gerechtigkeit, deren sich andere geborne undt würckliche fürsten und fürstinnen des heyligen Römischen reichss von rechts oder gewohnheit wegen frewen, gebrauchen und geniesen, gäntzlich und geruhiglich verpleiben lasen und sy ahn allem dene, wass hieuor umbständtlich geschrieben stehet, nicht hindern noch irren, auch hierwieder nichts thuen, noch dass jemandss anderen zuthun gestatten, in kein weiss noch weeg, alss lieb einem jeden seye, Unnser und des reichss schwehre ungnadt und straff und darzu ein poen, nehmblichen zweyhundert march löttiges golts zuuermeyden, die ein jeder, so offt er freuentlich hierwieder thäte, Unns halb in Unser undt dess reichss cammer unde den andern halben theill vielbesagtem Johann Ludwigen, fürsten zu Nassaw, seinen ehelichen leibss erben und derselben erbens erben, so hierwieder belaidigt würden, unnachlesslich zubezahlen verfallen sein, und nichsts destominder offtermelter fürst zu Nassaw, seine eheliche leibs erben und derselben erbenss erben bey dem fürstlichen ehrnstant, würde und freyheitten verbleiben, auch würcklich geschützt und gehandhabt werden sollen, desen zu wahrem uhrkundt haben Wir Unnsere keyserliche güldene bullam an diesen brieff hangen lassen; der geben ist in Eberssdorff den achtten tag des monats Octobris nach Christi Unserss lieben herrn und seligmachers gna-

denreichen geburth im sechzehenhundert undt fünffzigsten, Unserer reiche des Römischen im vierzehenten, des Hungarischen im fünff und zwantzigsten und des Bohömischen im drey und zwantzigsten jahren.

Ferdinandh R

vt, Ferdinandt graff Kurtz

Ad mandatum Sac: ae

Caes: aē Majestatis pprium

Wilhelm Schröder.

Das Original der Erhebungsurkunde befindet sich wie die für die ottoischen Grafen überhaupt im Königlich Niederländischen Hausarchiv im Haag. Der Wortlaut dieser Urkunden stimmt größtenteils überein, nur wo besondere Verdienste und die Verwandtschaft des betreffenden Grafen hervorgehoben werden, zeigen sich Abweichungen.

Die vorliegenden Abschriften rühren von einfachen oder beglaubigten Urkundenabschriften aus dem 17. und 18. Jahrhundert her, die im Staatsarchiv Wiesbaden aufbewahrt werden.

Die Abschrift der Urkunde für Johann Ludwig enthält Zierformen, z. B. verlängerte Schrift im Titel, Verzierung des W bei Wir, ebenso verlängerte Schrift zu Beginn der Publicatio. Als Schreiber der Urkunde wird wie beim Fürstenbrief von 1664 Wilhelm Schröder genannt.

NUMMER 15

... Wan Wir nun gnediglich angesehen vnd erwogen .. insonderheit aber der wolgeborne Vnser und desz reichs lieber getrewer Ludwig Henrich, graue zu Nassaw, Catzenelnbogen, Vianden vnd Nietz, herr zu Beylstein, Vnser obrister feldtwachtmeister vnd obrister zu rosz vnd fuehz, .. wie sich dan in specie gedachter Vnser obrister feldtwachtmeister vnd obrister graf Ludwig Henrich zu Nassaw . . als auch Vnsz vnd offternantem Vnserm hochlöblichen ertzhausz Osterreich erzeigte allgemein nutz- vnd hochersprieszliche dienste, nicht allein ferrners Vnns, dem heyligen Römischen reich, Vnnserm hochlöblichen ertzhausz Osterreich vnd dem allgemeinen weesen, zu gedeilichem besten, wohlfahrt, nutzen vnd sicherung bei verwichener langwierigen vnd höchstgefehrlichen kriegsleüffen vnd troublen vnderschiedtliche vnd viel vornemme vestungen vnd plätze mit sonderbahrer reichskhündiger geschickhligheit, dapfferen helden mueth, wagnus seiner eigenen persohn im ersten angriff vnd vbersteigen nebst vorsichtigem commendo seiner vndergebener trouppen vnd rüehmblicher conduite denen feinden aus den rachen vnd klawen gerissen vnd entzogen, sondern auch mit denen, auf seinen eigenen seckhel aufgerichteten vnd vil jahr hero vnderhaltenen regimentern zu rosz vnd fuesz in vilen feldtzügen, treffen vnd allerhandt kriegsoccasionen wie nit weniger vber das zu verschiedenen reichs- craisz- vnd andern schwer-

wichtigen commissionen vnd handlungen heroischen gemüeths vnd resolution ... gebrauchen lassen ..

Der geben ist auf Vnserm königlichen schlosz zu Prag den fünff vnd zwaintzigsten tag desz monaths Nouembris nach Christi Vnsers lieben herrn vnd seeligmachers gnadenreichen geburtt, im sechzehenhundert zwey vnd fünffzigsten, Vnserer reiche desz Römischen im sechzehenden, desz Hungarischen im sieben vnd zwaintzigsten vnd desz Böhaimbischen im sechs vnd zwaintzigsten jahren.

Ferdinandh.

Johan Philipp — Ad mandatum Sac:ae Cae:ae

R^ta Leonhard Pipius Mria. — Maiestatis proprium.

Keine Zierform, einzelne Verbesserungen, das Schlußprotokoll vollständig.

NUMMER 16

... Wan Wir nun gnädiglich angesehen vnd erwogen .. dergleichen auch der wohlgeborne Vnser vnd desz reichs lieber getrewer Johan Moritz, graf zu Nassaw, Catzenelnbogen, Vianden vnd Dietz, herr zu Beylstein, seiner heroischen dapfferkeit, fürtrefflichen qualiteten vnd begierde nach ins khünfftig vnd bis an sein endt seines orths gleichfals zuthun, desz vnderthenigsten, gehorsambisten erbiettens ist, auch wohl thuen khan, mag vnd solle.

Ferdinandhus

Johan Philip ElA Episc
Ad mandatum Sac:ae Caes:ae
Maiestatis proprium.

R.^ta L. Pipius

Die Schrift ist beim Namen des Kaisers verlängert, des Empfängers und sonst bei: „Unsere vnd dess heyligen reichs fürsten vndt fürstinnen". Das Schlußprotokoll ist vollständig.

NUMMER 17

.. Wan Wir nun gnadiglich angesehen vnd erwogen das vhralte, von vielen hundert iahren hero becante herliche geschlechte der graffen von Nassaw, welches nicht allein eins von den eltesten vnd fornembsten im heiligen Rom. reich ist, daraus Romische kayser vndt konige entsprossen, sondern auch von vhralten zeiten hero vielen fürnehmen koniglichen chur vnd fürstl. haussern der christenheit, zumahlen aber der wohlgeborne, Unsser vnd des reichss lieber getrewer Wilhelm Friederich, graff zu Nassaw, Catzenelnbogen, Vianden, Dietz vnd Weylburg, herr zu Beylstein, baron zu Hiesfeldt, dessen mutter eine geborne fürstin

auss dem hauss Braunschweig gewessen beyden konigen zu Dennenmark und Engellandt mit naher blutfreundschafft als geschwister kinder zugethan auch derselbe von gott mit ansehenlichen land vnd leuthen bagnadet vnd gesegnet. auch Uns vnd dem heyligen reich damit immediate unterworfen ist, insonderheit aber vnd nicht weniger zu gemüht gezogen die vielfeltige, hochansehentliche, getrewe, tapfere, embsige, ritterliche vnd hoch erspriesliche grosse dienste, welche die graffen von Nassaw weiland Unsseren hochstgeerten vorfahren am reich, Romischen kaissern, konigen vnd dem heiligen reich wie auch Unsserem hochloblichen erzhauss Osterreich in mancherley occasionen zu krieg vnd friedens zeiten erwiessen, dergleichen auch vor besagter Wilhelm Friderich. graff zu Nassaw, seiner heroischen tapferkeit, fürtreflichen qualiteten vnd begierde nach inss künftig vnd bis an sein ende seines orthes zu thuen dess vnterthanigen anerbietens ist, auch woll thuen kan, mag vnd solle ...

Ferdinan
Johann Philip

Ad mandatum Sea Cas.
Maiestatis proprium.

Verlängerte Schrift im Kaisertitel bis „mehrer des", im Text beim Namen des Empfängers und einzelnen wichtigen Worten. Mit Schlußprotokoll.

NUMMER 18

.. Van Wir nun gnediglich angesehen und erwogen .. beuorab aber dess wohlgebornen Vnssers und dess reichs lieben getrewen Johan Frantzens, graffens zu Nassaw, Katzenelnbogen, Vianden und Dietz, vattern, weilandt graff Johan zu Nassaw alss Unssers lieben vettern dess königs in Hispanien le general feldtmarschalch in den Nidlandisch provinzien, nebens verrichtung vil undschiedtlicher. hochwichtiger dess heyl. reichs und gemeinen weesens, vorderst aber auch damit Vnssers gesambten ertzhauss Österreichs dienst betreffende lega[ti]onen sachen und geschefften seinen hocherleuchten verstandt, ritterlich valor, dapferkeit undt heroische tugendten nach, ungescheucht einiger leib und lebens gefahr, wie meniglich bekant, vilfeltig und biss an sein endt undthenigst und zu seinem immerwehrendem unaussleschlichen nachruehmb hocherspriesslich erzeigt und bewiesen, dergleichen auch obbesagter Johan Frantz. graf zu Nassaw, ins künfftig und gleichfals biss an sein endt zuthuen des undthenigsten gehors. erbietens ist, auch wohl thuen kan, mag und solle.

So haben Wir demnach .. graf Johan Frantzen zu Nassaw diese besondre kays. gnadt gethan und nicht allein ihne selbsten, sondern auch nach dessen ableiben seinen eltisten sohn und folgendts allzeit

den eltisten von seiner absteigenden lini eheleiblich geborner grauen von Nassaw in ewig zeit in den standt, ehr und würde Vnsserer und dess heyl. reichs fürsten gnediglich erhebt ..

Ordnen .. Johan Frantzen von Nassaw und nach seinem ableiben seinen eltisten sohn und hernach den iedesmahl von seiner descendenz herkhommenden eltisten grauen von Nassaw in den standt, ehr und würde Vnsserer und dess heyl. reichs fürsten ...

Und mainen, setzen und wollen hierauf, daß mehrernanter graf Johan Frantz zu Nassaw und nach ihm sein eltister hinderlassener sohn und fürbas alle seine erbens erben, wie obstehet, für und für in ewig zeit Vnssere und dess heyl. reichs fürsten sein ..

Wir gebietten auch darauf allen und ieden churfürsten par longum ins reich und erblandt p ernstlich und vestiglich mit disem brieff und wollen, dass sie den hochgebornen Vnssern oheimb und dess heyl. Röm. reichs fürsten Johan Frantzen zu Nassaw und nach seinem todt seinen eheleiblichen primogenitum und folgendts allezeit die eltiste decendentes seiner lini, wie obstehet, nun hinführo ewiglich für Vnssere und dess heyl. reichs fürsten halten ..

„Wir Ferdinand der dritte" steht in größerer Schrift mit verziertem W; der Titel ist aber ganz weggefallen, statt dessen steht nur die Angabe: „titulus maior". Vom Schlußprotokoll fehlen die Unterschriften und Vermerke.

NUMMER 19

Wir Leopoldt ..

Wan Wir nun gnediglich angesehen vnd erwogen .. dergleichen auch die wohlgeborne Vnsere vnd des reichs liebe getrewe Georg Friderich, Wilhelmb Moritz vnd Friderich, grauen zu Nassaw, Catzenelnbogen, Vianden vnd Dietz, herrn zu Beilstein, geuettern, ihrer angebornen heroischen dapferkheit, fürtrefflichen qualiteten vnd begierde nach ins khünfftig vnd bis an ihr endt auch ihres orths zu thuen des underthenigsten anerbiettens sein, auch wohl thuen khönnen, mögen vnd sollen: So haben wir demnach .. den von Vnserm freundlich geliebten herrn vnd vattern veilandt kaiser Ferdinandt dem dritten glorwürdigsten andenckhens vnterm dato Präg den fünff vnd zweintzigsten Nouembris anno sechzehenhun- 1652 dt. 25. Nov. dert zwey vnd fünffzig ihrem respective brueder vnd vetter, dem hochgebornen Johann Moritzen, fürsten zu Nassaw, grauen zu Katzenelnbogen, Vianden vnd Dietz, herrn zu Beylstein, Vnserm lieben oheimb vnd fürsten, ertheilten reichsfürsten standt mit wohlbedachtem mueth, guetten zeittigen rath aus selbst eigener kay. bewegnus vnd rechtem wissen auf obbenannte grauen Georg Friedrich, Wilhelm Moritz vnd Friderich zu Nassaw, gnediglichen extendiret ..

der geben ist in Vnserer vnd des heyligen reichsstatt Regenspurg den sechsten tag des monaths May nach Christi Vnsers lieben herrn vnd seeligmachers gnadenreichen geburtt im sechzehen hundert vier vnd sechzigsten, Vnserer reiche des Römischen im sechsten, des Hungarischen im neunten vnd des Bohaimbischen im achten jahre.

Leopoldt

Johanni philipletm

vt

Wilderich Tl von Walderdorff

Ad mandatum Sac: Caes
Maiestatis proprium

Wilhelmb Schröder.

Die Unterschriften des Kaisers, Johann Philipps und Walderdorffs sind mit Schnörkeln versehen.

NUMMER 20

Wir Leopold von gottes gnaden erwehlter römischer kayser. zu allen zeiten mehrer des reichs, in Germanien, zu Hungarn, Böheim, Dalmatien, Croatien und Slavonien etc. könig, ertzhertzog zu Österreich, hertzog zu Burgund, zu Braband, zu Steyr, zu Kärnten, zu Crain, zu Lützenburg, zu Wirtenberg, Ober und Nider Schlesien, fürst zu Schwaben, marggraff des heil. röm: reichs, zu Burgau, zu Mähren, Ober- und Nider Laussnitz, gefürster graff zu Habspurg, zu Tyrol, zu Pfird, zu Kyburg, und zu Görtz, landgraff in Elsas, herr auff der Windischen Marck, zu Portenau und zu Salins,

bekennen für unss und unsere nachkommen am heil: röm: reich, auch unserer erb- königreich, fürstenthumben und landen offentlich mit diesem brief und thuen kund allermänniglich: wiewohl die höhe römischer kayserlicher würdigkeit, durch macht ihres erleüchten throns hievor nicht allein zu erleüchtung und würden, sondern auch zu nothurfft und zierung des heil: röm: reichs grossmächtigkeit mit vielen churfürsten, graffen, freyen und andern hohen ständen, auch edlen geschlechtern gezieret ist, iedoch, sintemahlen durch absterben der menschen solche hohe geschlechter in abnehmen gerathen, und ie mehr die kayserliche hoheit dieselbe ihrem stattlichen herkommen, ritterlichen thaten und meriten nach, mit hohen ehren und würden begabt, ie herrlicher dadurch der kayserliche thron gezieret, auch die unterthanen bey erkantnus kayserlicher würdigkeit und ihrem schuldigen gehorsahm erhalten, zu ritterlichen thaten, und getreuen beständigen diensten bewegt und angeleitet werden: über diess, und ob wir wohl auss solcher kaym höhe und würdigkeit, darein uns der allmächtige nach seinem

göttlichen willen gesetzet, auch angebohrner unser milde und gütigkeit allezeit geneigt seind, aller und ieder unserer und dess heil: reichs anverwandter hohen- und nideren ständen und glider, ehr und würde, aufnemmen und wohlstand zubetrachten und zu befördern: so ist doch unser kays gemüth billig mehr bewogen, und begierlicher, die ienige, deren voreltern und sie von uhraltem und hohen stammen, geschlecht, herkommen und nahmen entsprossen, und gegen unsere vorfahren am reich, römischen kaysern und königen, auch unss und dem heil: röm: reich und gemeinem weesen ihre getreüe dienst zu kriegs- und fridens-zeiten vielfältig erwiesen, und fürbass zu erweisen bereit seind, zu höheren stand und ehren zu erheben.

Wan wir nun gnädiglich angesehen und erwogen, das uhralte, von vielen hundert jahren hero bekante, und noch anno dreyzehenhundert sechs und sechzig von unserem hochgeehrten vorfahren am reich, weyland kayser Carln dem vierten mit dem fürsten-recht und standt begnadigte und begabte herrliche geschlecht der graffen zu Nassau-Saarbrückischer lini, welches nit allein eines von den ältisten und vornehmsten im heil: röm: reich ist, daraus römische kayser und könige entsprossen, sondern auch von uralten zeiten hero, mit vielen vornehmen chur- und fürstlichen häusern, sonderlich aber der anderen unterschiedlichen linien dieses nahmens, mithin auch königl: geblüt verwandt ist; insonderheit aber, und nicht weniger zu gemüth gezogen die vielfältig hochansehentliche getreüe, tapfere, embsige, ritterliche undt hocherspriessliche dienste, welche insgemein das gantze geschlecht deren von Nassau, besonder aber die von dem haus Saarbrücken hievor geleistet, und noch dato unter anderen dieser linie verwandter vetter graff zu Nassau, der wohlgebohrne unser und des reichs lieber getreüer Johann Ernst graff zu Nassau Saarbrücken und Saarwerden, herr zu Laar, Wissbaaden und Jtzstein, wie bey vorigen im reich vorgewesten kriegen beschehen, bey dem noch instehenden ungarischen und türcken-krieg, mit darsetzung guets, auch leib und lebens unss und dem h: röm: reich, auch unserm löbln ertzhaus Oesterreich in mancherley occasionen erwiesen, dergleichen er auch ferner und ins künfftig bis an sein end zu thuen des allerunterthänigsten gehorsamsten erbietens ist, massen er auch wohl thuen kan, mag und soll.

So haben wir demnach aus obangezogenen und andern unser kayserliches gemüth darzu bewegenden ursachen, insonderhait auch in ansehung der von gesambter reichs-versammlung zu Regenspurg eingelangt- und widerholten einrathen, zu gnädigster erkantnus des uralten vornehmen herkommens und habender meriten, mit wohlbedachtem muth, gutem zeitigen rath, und rechten wissen, auch aus selbst eigener kayserlicher bewegnuss, obbenanten graffen Johan Ernsten zu Nassau diese besondere kayserliche

gnad gethan und ihme dass, wie obgedacht, von weyland kayser Carlen dem vierten seinen voreltern ertheilte: durch verschiedene erfolgte mutationes aber von denen nachkommen gar lange zeit hero nicht gebrauchte und gar abkommene fürstenstandsrecht widerumb respective erneüert, dasselbe confirmirt, und ihne von neüem darein gesetzt, also und dergestalt, das er und alle desselben eheliche leibs-erben und erbens erben manns- und frauen-personen absteigender lini, in ewig zeit in den stand, ehr und würde unserer und des heiligen röm: reichs fürsten und fürstinnen sein, geehrt, gehalten und dafür erkennt werden sollen: Ordnen, confirmiren, setzen, würdigen und erheben demnach auss römischer kayserlicher macht vollkommenheit hiemit wissentlich, in krafft dieses brieffs, obbesagten Johann Ernsten graffen von Nassau, auch alle seine eheliche leibs-erben und derselben erbens erben, manns- und frauen-personen absteigender linien obgehörter massen in den standt, ehr und würde unserer und des heiligen röm: reichs fürsten und fürstinnen; zuefügen, vergleichen, setzen, und gesellen sie zu derselben schaar, gesell- und gemeinschafft; ertheilen und geben ihnen, auch samt und neben denen zuvor habenden ehren-tituln, den nahmen und titul wie sie oder ihre voreltern obgehörter massen, von alters erlangt, oder berechtiget gewesen, unserer und dess heil: reichs fürsten und fürstinnen zu Nassau, und erlauben ihnen auch sich gegen unss, unsere nachkommen und sonst iedermänniglichen, hohen und nidern standts-personen, des heil. reichs fürsten und fürstinnen zu nennen und zu schreiben.

Und mainen, setzen und wollen hierauff, das mehrernanter Johan Ernst graff zu Nassau, seine eheliche leibs-erben und derselben erbens erben, manns- und frauen-personen, absteigender linien, wie obstehet, für und für, in ewigkeit unsere und des heil: reichs fürsten und fürstinnen sein, sich also vor und neben ihren alten wohl und rühmlich hergebrachten tituln nennen und schreiben, von unss und unsern nachkommen am reich und allermänniglich dafür geacht, erkennt, geehrt, genennt und geschriben werden, auch alle und iede gnad, freyheit, ehr, würde, vortheil, praeeminenz, processionen, wie auch dass gesambte hauss, so viel deren ietzo in den fürsten-stand erhoben worden, ins gesambt, allein mit einer session und stimm in versammlungen auf reichs-tägen und andern zusammenkunfften befugt und berechtigt sein, und sonst sich alles anderen an allen orthen und enden mit fürstenstand- recht und gerechtigkeit, in versammlungen und ritter-spielen, mit beneficien auf hohe und nidere stifft, geist- und weltliche lehen und ämbter zu empfahen und zu tragen, und sonst alle andere sachen haben, deren theilhafftig und empfänglich sein, sich auch dessen allen, sonderlich aber des fürstlichen tituls, nahmens, cron, schild und wappens allenthalben mit allen ehren regalien und zugehöriger prae-

eminenz, sessionen, stimmen, processionen in den reichs-versammlungen, reichs- und crayss-tägen undt anderen zusammenkunfften. obgedachter massen, nach ihren ehren, nothurfften, willen und wohlgefallen freüen, gebrauchen und geniessen sollen und mögen. inmassen sich andere unsere und des heiligen reichs recht geborne fürsten und fürstinnen von recht oder gewonheit wegen freuen, gebrauchen und geniessen.[195])

Ueber dieses geben wir vielgedachtem Johan Ernst graffen zu Nassau, sambt allen seinen ehelichen leibs-erben und derselben erbens erben die gnad und freyheit, das, wan ihnen oder theils ihrer descendenz belieben würde, nicht gleich ietz, sondern erst ins künfftig, nachdeme, oder wan ess ihnen oder einem ieden derselben gefällig, des heiligen reichs fürstenstandts sich zu bedienen, es ihnen auf ein oder andere weiss nicht praejudicirlich, nachtheilich, verhinderlich, oder daran schädlich sein, noch per non usum der usus tollirt und praescribirt werden, auch da etwan das originale durch feüer, kriegs- oder andere dergleichen gefahren, vel alios casus fortuitos tam solitos quam insolitos, wie ess auch sein oder nahmen haben mögte, zu grund oder verlohren gienge, die hievon vorhandene vidimirte abschrifften gleich als dass original selbsten bey ihren kräfften und würden, in unveränderlichem stand verbleiben solle, von allermänniglich unverhindert.

Wir gebieten auch darauff allen und ieden churfürsten, fürsten, geistlichen und weltlichen, praelaten, graffen, freyen, herrn. rittern, knechten, landmarschalcken, landshauptleüthen, landvögten. hauptleüthen, vizdomen, vögten, pflegern, verweesern, amptleüthen. land-richtern, schultheissen, burgermeistern, richtern, räthen, burgern, gemeinden, und sonst allen andern unsern und des heiln reichs- auch unserer erbkönigreich, fürstenthumb und lande underthanen und getreüen, wass würden, stands oder weesens die seind. ernst- und festiglich mit diesem brieff und wollen, dass sie den hochgebornen unsern oheim, und des heil: röm: reichs fürsten Johan Ernst zu Nassau, seine eheliche leibs-erben, und derselben erbens erben, wie obstehet, nun hinführo ewiglich wiederum für unsere und des heiligen römischen reichs fürsten und fürstinnen halten, ehren, schreiben, annehmen und erkennen, sie auch in allen und ieglichen reichs- crays- und anderen ehrlichen versammlungen, ritterspielen, hohen und nidern stifftern und ämptern, geist- und weltlichen, auch sonst an allen orthen und enden, für unsere

---

[195]) In den für Graf Walrad und für Graf Georg August ausgefertigten Originalurkunden schließt dieser Abschnitt mit den Schlußworten des folgenden Abschnitts, also mit „von allermennich ohnverhindert", und der ganze folgende Abschnitt von „Ueber dieses geben wir" bis „unverhindert" fehlt in den beiden Urkunden. (Aus Versehen? oder mit Absicht? ausgelassen?)

und des heil: reichs fürsten und fürstinnen ehren, zuelassen, achten. halten, und erkennen, ihnen auch den reichs-fürstlichen titul und nahmen schrifftlich und mündtlich geben, sie also bey aller und ieder ehr, würde, session, praeeminenz, fürstand, vortheil, recht und gerechtigkeit, deren sich andere geborne und würckliche fürsten, und fürstinnen des heil: röm: reichs von rechts- oder gewonheit wegen /: auff obbegriffene maas und weiss /: freüen. gebrauchen und geniessen, und gäntzlich verbleiben lassen, auch sie an allem dem, wass hiebevorn umbständlich geschrieben stehet. nicht hindern noch irren, auch hierwider nichts thun, noch dass iemands andere zu thun gestatten, in keine weiss noch weeg, als lieb einem ieden seye, unsere und des reichs schwehre ungnad und straff, undt darzu eine pöen, nemlich zweyhundert marck löthiges golds zu vermeiden, die ein ieder, so offt er freventlich hierwider thäte, unss halb in unsere und des reichs cammer, und den andern halben theil vielbesagtem Johan Ernst fürsten zu Nassau, seinen ehelichen leibs-erben, und derselben erbens-erben, so hierwider beleidiget würden, unnachlässlich zu bezahlen verfallen sein, und nichts desto weniger, öfftersernanter fürst zue Nassau, seine eheliche leibs-erben, und derselben erbens-erben, mann- und weiblichen geschlechts, wie obgedacht, bey diesem erneüerten und confirmirten fürstlichen ehrenstand, würden und freyheiten verbleiben. auch würcklich geschuzt und gehandhabt werden sollen, jedoch unss und unsern nachkommen an unsern, und sonst männiglich in seinen rechten und gerechtigkeiten ohnvergriffen und unschädlich. Dessen zu wahrem urkund haben wir unser kay^{e} guldene bullam an diesen brieff hangen lassen; so geben ist in unserer statt Wien, den vierten tag monaths Augusti nach Christi unsers lieben herrn und seeligmachers gnadenreichen geburt im sechzehenhundert acht und achtzigsten, unserer reiche, des Römischen im ein und dreyssigsten, des Hungarischen im vier und dreyssigsten, und des Böheimischen im zwey und dreyssigsten jahre.
Leopoldt.

[manu propria]

vt

Leopold Wilhelm
Gffz Königsegge. mpr
graff zu [manu propria]

Ad mandatum Sac: Caes:^{ae}
Majestatis proprium
Caspar Florentz Consbruch.

Auf der Rückseite des letzten Pergamentblattes:

Collationat[a] et registrat[a]
Virgilius A. Göpffert. V. S.
Reichs K. L. Registrator [manu prolpria.

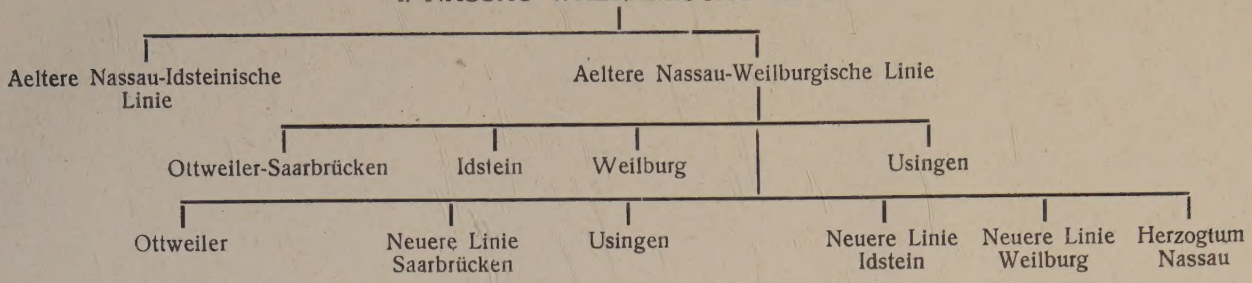
Größe der Pergtbl. 31,5 : 24 cm, 8 Blätter mit Goldschnitt. Das erste Blatt unbeschrieben, die 1. Seite des 2. Blattes zeigt die Worte „Wir Leopold" reich mit schwarzen, mit der Feder gezeichneten Ornamenten verziert, die den obern Rand und die beiden Seitenränder bis zur Mitte des Blattes einnehmen. Auch die Worte „bekennen für uns", die den Anfang der 2. Seite des 2. Blattes bilden, sind reich verziert; die erste Zeile jedes Abschnittes hebt sich durch größere, stärkere und verzierte Schrift von dem übrigen Text ab. Die Schrift ist schön und sorgfältig ausgeführt

Das erste und das letzte Blatt sind an einzelnen Stellen vom Wurm angefressen und durchlöchert, ebenso die (Papier-) Innenseiten der Einbanddeckel, die außen mit rotem Samt überzogen und auch stellenweise angefressen sind. An den Einbanddeckeln am oberen und unteren Rande je 2 gelbe und schwarze breite Seidenbänder, ebenso an der Seite je 2, zum Zubinden. — Die goldene Bulle hat einen Durchmesser von 9,9 cm, der Rand eine Höhe von 2,5 cm; sie hängt an geflochtenen goldenen Schnüren, mit denen die Pergamentblätter (noch einmal) geheftet sind; sie laufen innen zwischen dem 4. und 5. Pgtbl. und außen über den schmalen Samtrücken, durch den sie zweimal (oben und unten) durchgezogen sind. Die Bulle ruht in verzierter Holzkapsel, deren unterer Teil 4 Einschnitte für die Goldschnüre hat, die durch die Bulle selbst laufen. Die beiden Löcher dafür am oberen Rande der Bulle stehen ca. 1,8 cm auseinander, am unteren 6,8 cm.

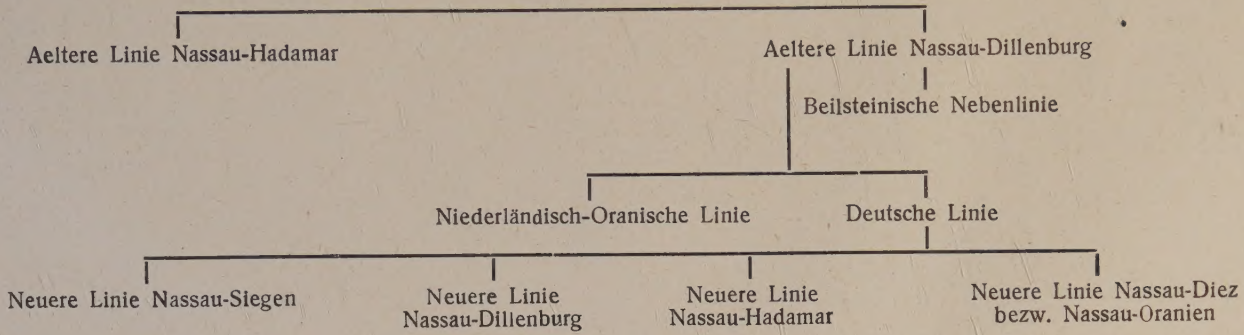
Im Großherzogl. Luxemb. Hausarchiv Biebrich a. Rh.

STAMMTAFEL

I. NASSAU-WALRAMISCHE LINIE.



II. NASSAU-OTTOISCHE LINIE.



a) katholisch. b) evangelisch.